alaska

Zeitschrift für Internationalismus

April/Mai 1997
Heft 211/212 9,- DM

gegenmacht von UNTEN

MISSION: IMPOSSIBLE?

Redaktion alaska

An: Don Durito de La Lacondona
Fahrender Ritter, dessen Schildknappe der Sub-Marcos ist
Ejército Zapatista de Liberación Nacional México
Mexiko

Von: Alaska
Graue Eminenz, deren Handlanger die Redaktionsgruppe der Zeitung des BUKO ist
z.Zt. noch Eine-Welt-Haus, Bremen

Teurer Durito!

Jetzt ist es doch soweit gekommen. Monatelang habe ich deinem Drängen standgehalten, diesen angeblich vielversprechenden jungen Leuten, deren Hintern ich schon bei so vielen Druckterminen diskret gerettet habe, alles zu geben und mich zudem der Öffentlichkeit preiszugeben. Denn so wie es war, konnte es nicht bleiben. Du weißt, revolutionäre Geduld ist meine Stärke nicht; und ich sehe immer noch nicht, woher deine Gewißheit kommt, daß ich ein *solches* Projekt mit *diesem* Personal zum Erfolg führen werde. Sie haben die gleichen Sehnsüchte wie alle, sagst du. Aber Sehnsüchte machen noch keine Zeitung, und entfachen auch nicht so ohne weiteres radikale Leidenschaften, sage ich.

Ich hätte dir gar nicht erst erzählen sollen von meiner Situation hier. Du, ein Käfer und fahrender Ritter, herumgetragen vom Subcommandante persönlich, dessen Briefe in der ganzen Welt gelesen werden, hast leicht reden. Gewiß, der Sub mag unpünktlich sein, ein Mann von schweifender Phantasie und unpräzisen Definitionen, an deren Klarstellung du hart zu arbeiten hast. Aber das ist doch etwas ganz anderes als das, was du von mir, einer ungeduldig bis aufbrausend, der lustvollen Seite des Lebens zugewandten Blattlaus verlangst. Du kennst sie nicht!! Es ist eine Gruppe junger Menschen mit besten Absichten, aber verworrenen Köpfen, die oft wochenlang nicht einmal daran denken die Grünpflanze zu gießen, auf der ich sitze (was wir schon genug Sorgen bereitet hat). Meine jahrelangen Bemühungen, ihnen etwas Stil und ein bißchen mehr Verständlichkeit beizubringen, mögen in *deinen* Augen ja das eine oder andere bewirkt haben; *ich* sehe in dieses Heft und finde, daß die revolutionären Fettaugen noch immer auf einer ziemlich dünnen Suppe schwimmen.

Ich weiß nicht, ob deine Überzeugung richtig ist, daß wir, die wir nie gefragt werden und in den Büchern unter der Rubrik "Schädlinge" firmieren, anfangen müssen uns einzumischen, und daß wir die menschliche Zivilisation dafür benutzen sollen. Deine Hoffnungen in allen Ehren, aber die Angehörigen dieser Zivilisation bestehen zu 50% aus Ohnmacht und zu 50% aus Größenwahn. Seit zwölf Wochen steht der Drucktermin für dieses Heft; heute ist Dienstag, der Tag vor dem Druck, und meinst du irgend jemand hätte ein Editorial geschrieben? Natürlich nicht. Seit beinahe einem Jahr steht fest, daß allerspätestens bis zum Kongreß ein neuer Name für diese Zeitung gefunden zu sein hat, aber glaubst sie könnten eine Entscheidung fällen? Lach mich nicht aus, daß ich, die Berufsskeptikerin, jetzt meinen eigenen Namen dafür hergebe; du hättest die Alternativen hören sollen! Immerhin klingt er nicht nach revolutionsromantischem Unsinn oder irgendwelchem touristischem Dritte-Welt-Gehabe mit Palmen und Äquator, und ich fand immer schon, daß er einen guten Klang hat.

Und dennoch grolle ich dir. Vielleicht hätte ich mich ja letztlich dazu entschieden, aber du hättest nicht zu solchen Tricks greifen brauchen. Streite es nicht ab: ich weiß genau, daß der Sub die alaska abonniert, nur auf deinem Mist gewachsen sein kann. Hat der Sub etwa Zeit zum Lesen? Braucht der Sub hochnotwendig das *Fischbuch* als Abogeschenk? Das hast *du* ihm eingeimpft, um mich an meinem Ehrgeiz zu packen. Nun gut. Ich werde deinen Rat brauchen.

Herzlichst und mit dem notwendigen Respekt

deine alaska

KONGREß

gegenmacht von UNTEN MISSION: IMPOSSIBLE? 4
21. BUKO-Konreß in Paderborn

FORUM 1 6
Internationale Solidarität: Freiheit, Gerechtigkeit und Demokratie weltweit für alle

FORUM 2 10
Den Norden abwickeln

FORUM 3 14
Rechtlos auf Arbeit

FORUM 4 18
Existenzrecht und solidarische Netze

FORUM 5 22
Emanzipation neu denken

Wider den rassistischen Normalzustand 26
Demonstration gegen Abschiebeknäste in Büren

Anträge für den BUKO 21 27

DEBATTE

MRTA/Peru: Die "Linken" Untiefen 29
Persönliche Einschätzungen

Frauen der Libreria delle donne di Milano
Das Ende des Patriarchats und die weibliche Autorität 30
Interviewt von Claudia Bernhard

Franck Düvell
Antirassistische Politik 34
Grundsätzliches zur politischen Verortung

THEMEN

Erika Feyerabend
Gentests im Vorsorgestaat 38
Die Bio-Gesellschaft

Katharina Vogelmann
Kochtopf und Weltmarkt 41
Wie die afrikanischen Frauen es unter neokolonialen Bedingungen immer noch fertigbringen, die Bevölkerung zu ernähren

Holger Heide
Südkorea: Ökonomischer Aufstieg - Krise - sozialer Konflikt 44
Das "Modell Korea"

AK Ökonomie & Staat
Organisieren wir uns selbst! 47
Thesen zur gesellschaftlichen Funktion des DGB

Franck Düvell
Living Antiracism 49
Berichte, Konferenzen, Proteste

Innenstadt-AG
Sicherheitswahn und Ausgrenzung in Frankfurt/West 51
Die politische Dimension von Stadtentwicklung

KONTEXTE

Uche Nduka
"Südafrika war leichter zu begreifen" 55
Interviewt von Christoph Spehr

Romuald Leonhardt
Comic-Terrorismus 59
Atari Teenage Riot: Future of War

BUKO

Rechenschaftsberichte 60
Geschäftstelle, Agros, Rüstis, AS Rassismus, AS Kurdistan

Protokoll 65
3. Vorbereitungsseminar BUKO 21

SHORT CUTS

Rezensionen 66
- Gegenmacht - aber wie?
- Agrarwissenschaft und Kritik des Entwicklungsdenkens
- Chiapas und die Metropolen
- Stadtarchäologie in Chicago

Alltagsforschung 69
- Leserinbrief
- Männer

Kongreßcomic 70

Zeitschriftenschau 71

Impressum 71

Inhalt

gegenmacht VON UNTEN

21. BUKO
Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen

Donnerstag, 29. Mai

13.00-15.00 Anreise, Anmeldung, Schlafplatzvergabe etc

15.00-18.00 Kongreßeröffnung und Begrüßung; thematische Einführung, Beiträge von Martha Duran, Fritz Storim, Annette Will

18.00 Abendessen

19.00-20.00 Plenum: Vorstellung der inhaltlichen Arbeitsblöcke (Foren und Arbeitsgruppen)

Freitag, 30. Mai

09.00-13.00 Foren und Arbeitsgruppen

13.00-16.00 Mittagspause

16.00-19.00 Foren und Arbeitsgruppen

19.00-20.00 Abendessen

20.00 Salons

Foren und

Forum 1:

Internationale Solidarität

AG 1/1
Global wirtschaften - lokal befreien? Nationale Befreiung und Solidaritätsarbeit am Beispiel Kurdistans

AG 1/2
Nigeria-Affäre Niedersachsen - Neue Netze gegen die Ohnmacht

AG 1/3
Für eine Welt, in die viele passen!

AG 1/4
Gegen ein Europa des Kapitals - Die europäischen Märsche gegen Arbeitslosigkeit, prikäre Beschäftigung und Marginalisierung

AG 1/5
K.O. oder o.K.(é)? Ring frei zur nächsten Runde im alternativen Bananenhandel.

Forum 2:

Den Norden Abwickeln

AG 2/1
Nach dem großen Gähnen. Postpatriarchale Betrachtungen

AG 2/2
„Dem Imperium keinen Tribut mehr zahlen", Region und Widerstand

AG 2/3
Der freie Raum. Organisierter Widerstand - widerständige Organisationen

AG 2/4
„Vertrauen sie niemandem!". Abwicklung für AnfängerInnen

Forum 3:

Rechtlos auf Arbeit

AG 3/1
Alternativen zum Standortpatriotismus: Produktionsverlagerungen, Arbeitsmigration und internationale Solidarität

AG 3/2
Kämpfe und (Selbst-)Organisation in prekarisierten, illegalisierten und/ oder informellen Arbeitsverhältnissen

MISSION: IMPOSSIBLE?

29. Mai - 1. Juni 1997
in Paderborn

Samstag, 31. Mai

10.00-13.00	Austausch in forenübergreifenden Kleingruppen
13.00-14.30	Mittagspause
14.30-16.00	Vorbereitung des inhaltlichen Plenums in den Foren
16.30-19.00	Plenum
19.00-20.00	Abendessen
20.00	Kultur ("Papalo System") und Fete

Sonntag, 1. Juni

10.00-13.00	Plenum zur BUKO-Politik
13.00	Verabschiedung, Mittagessen, Aufräumen und Abreise
14.00	Aktion am Abschiebeknast Büren

Arbeitsgruppen

Forum 4:

Existenzrecht und solidarische Netze

AG 4/1
Sozialbündnisse, garantiertes Mindesteinkommen und Existenzrecht

AG 4/2
Widerstand gegen Zonierung und Ausgrenzung

AG 4/3
Selbstverwaltete Projekte und alternative Formen der Ökonomie

AG 4/4
Kommunebewegung und Hausbesetzungen

Forum 5:

Emanzipation neu denken

AG 5/1
Autonomie und Ökologie

AG 5/2
Kritik des Entwicklungsdenkens

AG 5/3
Organisierung und Widerständigkeit

AG 5/4
Identitätspolitik

FORUM 1

Internationale Solidarität

Freiheit, Gerechtigkeit und Demokratie weltweit für alle

„Es gibt in allen Sprachen der Welt ein Wort, welches dasselbe bedeutet, und dieses Wort heißt „Nein". Wenn die Arbeitenden einmal begriffen haben, daß es in ihrer Macht steht, zu arbeiten oder nicht zu arbeiten, und daß sie es bestimmen können, mit wem sie zusammenarbeiten, dann werden die Reichen und die Gewaltherren ihre Macht verloren haben.
Es würde keine Diktaturen geben, wenn nur einige Millionen Menschen bereit wären, in ein und derselben Stunde dasselbe zu tun - nicht weil ein Diktatur es befiehlt, sondern weil sie von demselben Ideal und Zielbewußtsein durchdrungen sind." (Mahatma Gandhji)

„Entweder geben wir ihnen zu essen oder wir töten sie. Wenn nicht, dann werden sie uns auffressen - einschließlich der erleuchteten Mitglieder der radikalen Linken" schreibt Eleuterio Fernández Huidobro zum Problem des Hungerns auf der ganzen Welt in seinem Essay „Die große Aufgabe", einem Beitrag zum Thema Internationale Solidarität im globalen Kapitalismus. Anlehnend an einige seiner sehr guten Ideen und Thesen, möchten wir mit diesem Text eine Diskussion über Internationale Solidarität anregen. Wir laden alle herzlich ein, auf dem Buko das und anderes mehr zu diskutieren, konkrete Schritte zu erarbeiten, die nötig sind, um sich an den weltweit stattfindenden Widerständen gegen die durch den Kapitalismus hervorgebrachten Ungerechtigkeiten zu beteiligen. Damit im Zusammenhang mit dem Buko wieder von **„Internationaler Solidarität"** gesprochen werden kann, brauchen wir eine **„Gegenmacht von unten"**, die ihre Probleme in einen weltweiten Zusammenhang stellt und trotzdem nicht vergißt: ohne theoretische und praktische Gesellschaftsveränderung hier in unserem Land, ist jeder internationalistische Handlungsansatz längerfristig zwecklos. Beides gehört zusammen, es lassen sich für viele Ansätze gute Gründe finden. Laßt uns dafür konkrete, handhabbare Ideen und Wünsche aufzeichnen.

Erna Dinklage, Zen-Meister

„Es schien offensichtlich, daß das entsetzliche Elend einer so ungeheuren Zahl von Menschen früher oder später von sich aus an verschiedenen Stellen auf unserem Planeten zu revolutionären vulkanischen Ausbrüchen führen würde. Zunächst ist es wahr, daß es diese Ausbrüche gab und geben kann. Es ist aber nicht immer unbedingt wahr, daß diese Ausbrüche revolutionär sind. Sie können auch einfach nur chaotisch sein und sogar von Vorteil für den Kapitalismus, der sie deswegen manchmal auch fördert." (E. F. Huidobro)

Es reicht also nicht, auf irgend einen Aufstand an irgend einer Ecke dieser Welt zu warten und sich dann mit diesem Aufstand zu solidarisieren. Sondern bei jedem Einzelnen von uns muß ein Denkprozeß auch zum eigenen Handeln, zur eigenen kleinen Rebellion führen. Das wiederum muß gerechte Lebensbedingungen für alle Menschen auf der Erde als Ziel haben. Dazu gehört, daß Kinder und Jugendliche in Meinungs- und Entscheidungsprozesse einbezogen werden. Dazu gehört auch, daß ich beim schreiben, sprechen oder planen daran denke, daß es auch Leute gibt, die nicht lesen oder hören, oder bei Demos nicht auf eigenen Beinen laufen können.

Gerade rief eine Freundin an und fragte: „Was ist das konkret, internationale Solidarität?" Vielleicht ist es ganz einfach und wir machen es uns nur so schwer, weil wir glauben, unbedingt alles gleich mit Ideologien und Programmen überfrachten zu müssen. Solidarisch sein, darf nicht heißen, nur geben zu wollen, sondern es muß ein geben und nehmen sein. Ein gleichberechtigter Dialog. Eine gleichberechtigte Zusammenarbeit. Es ist das voneinander lernen, das Zuhören. Kreativität gehört dazu und Menschlichkeit. Eine internationalistische Praxis könnte heißen, immer drei verschiedene Elemente gleichwertig miteinander zu verbinden: die gemeinsame „grenzüberschreitende" Aktion (ziviler Ungehor-

sam), die gemeinsame Reflexion (kritische Distanz zur eigenen oder fremden Arbeit), das Fest (mit einem Lachen die Brutalität des Alltags besiegen). Ein Element unterstützt das andere, alle sind gleichberechtigt.
Doch hier in unserem Land hat der aktionsorientierte Internationalismus keine Konjunktur mehr.
Und davon betroffen ist vor allem auch der Buko (und damit all jene Gruppen im und um den Buko herum). Da ist nichts mehr mit: „letztes internationalistisches Überbleibsel der sozialen Bewegungen in der BRD"! Solidarität heißt Zusammengehörigkeitsgefühl bzw. Gemeinsinn, oder? Haben die internationalistischen Gruppen in der BRD noch etwas gemein? Haben sie sich überhaupt etwas mitzuteilen? „Aber obwohl es zwei mehrtägige Kongresse des Buko (1991 in Köln und 1992 in Stuttgart) zum Thema EG-Europa gegeben hat und obwohl von Internationalismusgruppen innerhalb wie außerhalb des Buko-Spektrums immer wieder analysiert worden ist, daß Kritik und Widerstand an den bestehenden Strukturen hierzulande ansetzen müssen, hat dies offensichtlich kaum noch praktische Konsequenzen." *(blätter des iz3w, Nr. 200)*

Angesichts der Globalisierung jeglicher Probleme auf der Erde ist internationale Aktion und Kommunikation wichtiger denn je! Auch in der Bundesrepublik gibt es in jüngsten Tagen wieder Anlaß zur Hoffnung, stellvertretend seien hier genannt: Frauengruppen (die internationale Zusammenarbeit hat stark zugenommen); die zahlreichen Gruppen, die die Anti-Rassismusarbeit zu einem wichtigen Bestandteil ihrer Arbeit gemacht haben (zu den aktuellsten praktischen Aufgaben gehört heute z.B., Flüchtlinge vor der Abschiebung zu schützen, sei es legal oder illegal) oder die Bündnisse gegen den zunehmenden Sozialabbau (europaweit wird im Moment gerade mobilisiert). Die schwierige Aufgabe besteht nun darin, den Funken dieser Hoffnung nicht verlöschen zu lassen, sondern aufzugreifen und zu pusten, zu pusten...
Der Wunsch aus dem „Ghetto der Szene" herauszukommen wird immer lauter, gleichwohl sich viele Gruppen selbst isolieren. Wir sollten deshalb offener sein im Umgang mit Projekten und Gruppen in der Region und darüber hinaus. Wie sähe eine internationale Verankerung und Verknüpfung des Bukos und seiner Mitgliedsgruppen aus? Werden neue Formen des lokalen Austausches benötigt? Ein Austausch von Gruppen an einem Ort, um gemeinsam Diskussionsprozesse voranzutreiben, geben der eigenen Arbeit neue Impulse. Auch während der Jahreszeiten zwischen den Bundeskongressen muß kontinuierlich bundesweit zusammengearbeitet werden, denn wir brauchen nicht großartig von internationaler Vernetzung reden, wenn nicht einmal die nationale funktioniert. Für die praktische internationale Zusammenarbeit haben wir einige Vorschläge: Delegationen vom Buko in Amsterdam (Anti-Maastrich-Gipfel) oder im Spanischen Staat (2. Interkontinentales Treffen für die Menschlichkeit und gegen den Neoliberalismus). Das „Wie pusten?" wird auf dem Buko in Paderborn wahrscheinlich eine total wichtige Fragestellung, die es zu beantworten gilt.
Auch wir haben keine fertigen Lösungen, sind nicht im Besitz der Wahrheiten, haben die Weisheit erst recht nicht gepachtet. Doch was wir geben können, sind unsere Ideen, Utopien, unsere Energie, den Buko gut vorzubereiten. Was wir mitnehmen wollen, ist die Hoffnung, daß die Buko-Zusammenhänge sich in Zukunft sowohl untereinander als auch mit Widerständen auf der ganzen Welt solidarisch zeigen und das auch durch praktisches Arbeiten an viele Menschen weitervermitteln. Das Forum 1 soll dazu beitragen, wir möchten einen offenen, horizontalen Charakter haben. Im Mittelpunkt steht die praktische Arbeit der Gruppen und Teilnehmenden. Wir wollen dies mit einer „Consulta" erleichtern, einer Befragung, wie sie die Zapatistas (Chiapas) angeregt und durchgeführt haben. Die Diskussion und Beantwortung der Fragen als Einzelne oder als AG oder als Kleingruppe kann das zweite Plenum des Forums 1 (am Samstag Nachmittag) zur Vorbereitung des danach stattfindenden Gesamtplenums des Buko 21 „beflügeln".

AG 1

Global wirtschaften - lokal befreien?

Nationale Befreiung und Solidaritätsarbeit am Beispiel Kurdistans

„Mit der Nähmaschine zur Befreiung - Projekte als Politikersatz?" war im Dezember '96 die zentrale Fragestellung auf einem Seminar der "Informationsstelle Kurdistan" in Aachen. Unser Anspruch war es, das Rad nicht noch einmal neu zu erfinden, sondern von anderen zu lernen. Immer wieder wurde die Erfahrung gemacht, daß der Aufbau von Projekten in der sogenannten 3. Welt einer Flucht vor den Verhältnissen im eigenen Land gleichkam. Was vor der eigenen Haustür nicht möglich scheint, wird geistig wie real in die exotische Ferne transportiert. Gleichzeitig sind Projekte anderswo immer auch ein stückweit deutsche Außenpolitik. Nichtstaatliche Organisationen können oft tiefer in bestehende Sozialstrukturen eindringen und damit beginnen, unter dem Etikett von Hilfe, „die anderen zu entwickeln".
Sobald die Türkei Projekte zuläßt, werden unserer Einschätzung nach viele damit beginnen „ihrem" Dorf in Kurdistan zu helfen und es zu entwickeln.
Diese Diskussion von Aachen möchten wir fortführen. Im Mittelpunkt steht diesmal die Auseinandersetzung mit den Chancen regionaler/nationaler Befreiungskämpfe am Beispiel Kurdistan. Anhand von zwei Punkten wollen wir dieses Thema öffentlich diskutieren:

Global wirtschaften - lokal befreien

Im ersten Teil geht es um die ökonomischen Rahmenbedingungen für Befreiungskämpfe. Ein nationaler oder regionaler Befreiungskampf ist nicht autonom, sondern muß mit den ökonomischen Verhältnissen in der jeweiligen Region aber auch im internationalen Maßstab umgehen. Ist eine lokale Befreiung z.B. in Kurdistan möglich, wenn gleichzeitig einige wenige Währungen und Wirtschaftsblöcke (USA, Westeuropa, Japan) den internationalen Handel dominieren? Wer verfügt beispielsweise über das kurdische Erdöl oder Wasser (Quellgebiet von Euphrat und Tigris)?

Nationale Befreiung und Solidaritätsarbeit

Im zweiten Teil der AG geht es um das Verhältnis zwischen Befreiungsbewegungen und Solidaritätsgruppen, das in der Vergangenheit von gegenseitigen Projektionen bestimmt war. Auf der einen Seite hatten Befreiungsbewegungen für 3. Welt- und Internationalismusgruppen oft stellvertretend die große Veränderung zu erkämpfen. Auf der anderen Seite interessierte Befreiungsbewegungen an 3. Welt- und Internationalismusgruppen manchmal nur das, was ihnen selber einen unmittelbaren Nutzen erbrachte. Im Gegensatz zu Befreiungskämpfen in Nicaragua, El Salvador, Chile oder Südafrika ist bei Kurdistan ein Ausweichen in die exotische Ferne aus zwei Gründen nicht möglich. Erstens: in der BRD leben 500.000 Kurdinnen und Kurden. Zwei-

tens: anders als Mittelamerika ist Kurdistan mit seinen Bodenschätzen (Öl, Wasser) und seiner geographischen Lage eine der Schlüsselregionen der bundesdeutschen Außenpolitik.
Die drei eingeladenen Referenten, darunter auch ein kurdischer Journalist, beschäftigen sich schon länger mit den angesprochenen Themen.
Veranstalterinnen: AKTION 3. WELT Saar und Informationsstelle Kurdistan e.V. Bonn

AG 2

Nigeria-Affäre Niedersachsen - Neue Netze gegen die Ohnmacht?

1. Im Zusammenhang mit den politischen Veränderungen in vielen afrikanischen Ländern seit Ende der 80er Jahre gewann die Lage in Nigeria mehrmals weltweites Aber erst seit dem erfolgreichen Kampf der Ogoni als „Unrepresented Nation" (Mitglied der UNPO) bekam die nigerianische Opposition kontinuierliche Aufmerksamkeit.
2. 1995 folgte auf die Anklage, den Schauprozeß und die Hinrichtung des Gründers der MOSOP (Bewegung zum Überleben der Ogoni), des Umwelt- und Menschenrechtlers Ken Saro-Wiwa und acht weiterer - international unbekannter - Ogoni-Führer am 10. November ein weltweiter Protest gegen die Repression des nigerianischen Militärregimes von General Sani Abacha
3. In diesem Kontext gewannen Veranstaltungen und Tagungen in vielen Städten der Bundesrepublik Interesse bei unterschiedlichen Gruppen unserer Gesellschaft.
4. Auch die Arbeit von nigerianischen Gruppen im Exil bzw. von verfolgten Oppositionellen, die hier Schutz suchen, fand in diesem Umfeld von Anfang an viel Beachtung, z. B. NAN (Nigerian Association in Niedersachsen).
5. Bundesweit wurde NAN durch eine Protestaktion gegen drohende Abschiebungen einiger Mitglieder bekannt, an der Ende Juli bis Anfang August 1996 22 NAN-Aktivisten teilnahmen („Flucht in die Kirche"). Als am 7. Januar 1997 wiederum 12 NAN-Mitglieder den Schutz der Kirche suchten, um erneut Abschiebungen zu entgehen, war durch die Tatsache, daß jetzt vier Kirchengemeinden nigerianischen Oppositionellen Aufnahme gewährten, ein größeres Umfeld direkt involviert.
6. Der Streit um den Schutz für die 22 NAN-Mitglieder in Hannover/Niedersachsen ist noch nicht entschieden. Im Asylverfahren haben die Oppositionellen nur eine minimale Chance: Die Anerkennungsquote für Flüchtlinge aus Nigeria nach § 16a GG liegt im Bundesdurchschnitt bei ca. 1,4 % (1996).
Eine gängige Argumentation des Verwaltungsgerichts Hannover ist die Feststellung, die nigerianischen Oppositionellen seien als kleine, unbekannte Gegner des Regimes nicht erheblich gefährdet, falls sie zurückkehren müßten.
7. Die Aktivitäten der NAN-Mitglieder werden von Sicherheitsbehörden des nigerianischen Regimes überwacht - wie alle oppositionellen Aktivitäten im In- und Ausland. Namentlich bekannte Gegner des Regimes stehen auf den Fahndungslisten. Alle NAN-Mitglieder sind durch Veröffentlichungen in nigerianischen Zeitungen sowie ihre exilpolitische, demokratische Arbeit hier, den nigerianischen Behörden namentlich bekannt. Eine Abschiebung bedeutet ihre Auslieferung an ein Regime, das selbst bei international bekannten Persönlichkeiten wie Ken Saro-Wiwa nicht vor Mord zurückgeschreckt ist.
8. Mehr als 10 nigerianische Oppositionsgruppen in Deutschland riefen zum ersten Mal in ihrer Geschichte zu einem gemeinsamen Protest in Hannover auf (Februar 1997), die Arbeit des Unterstützungskreises wird getragen durch ein Netzwerk von Mitgliedern aus einem breiten Spektrum dieser Zivilgesellschaft etc.
Es muß gelingen, mehr Kräfte als bisher dafür zu gewinnen und zu bündeln, daß keine Deportation nigerianischer Oppositioneller stattfinden wird.

Die verantwortliche Afrika-Initiative Hannover will die verschiedenen Gruppen und Initiativen aus der BRD einladen, die zu Nigeria engagiert sind, einen Austausch über die verschiedenen Arbeitsformen (Kampagnen, Öffentlichkeitsarbeit, Solidarität mit Flüchtlingen hier, etc.) beginnen und über neue Formen der Koordination nachdenken.

AG 3

Für eine Welt, in die viele Welten passen!

¡Ya Basta! - Es reicht - so hieß es auf dem Plakat für das 1. europäische Treffen für die Menschlichkeit und gegen den Neoliberalismus in Berlin (30.05.-1.06.96). Dieses Plakat hing auch auf dem letzten Buko in Heidelberg, zahlreich wurde zum europäischen Treffen eingeladen und es gab dazu einen kleinen Workshop. Seit dem hat sich einiges bewegt. Weniger zwar in den Friedensverhandlungen zwischen EZLN und mexikanischer Regierung, denn in Chiapas ist die Situation kritischer wie nie zuvor. Mehr jedoch in den Ansätzen, ein internationales Kommunikations- und Aktionsnetz zu schaffen, für die Kämpfe und Projekte gegen den Neoliberalismus und für eine menschliche Gesellschaft weltweit. Dies war eine Idee in der Abschlußerklärung von La Realidad - u.a. der Ort in Chiapas, wo im Sommer letzten Jahres über 3000 Menschen aus 43 Ländern zum 1. Interkontinentalen Treffen für die Menschlichkeit und gegen den Neoliberalismus zusammenfanden. Nicht weil ein Diktator es so befahl, sondern weil sie sich mit den aufständigen Zapatistas und ihren Forderungen nach Frieden, Gerechtigkeit und Demokratie solidarisierten und die Einladung der EZLN annahmen.
Um die organisatorischen und praktischen Vorstellungen zu solch einer weltweiten Vernetzungsgeschichte zu diskutieren und konkret umzusetzen, sowie die Diskusionen und Handlungsansätze vom letzten Jahr fortzusetzen, bereiten die 130 europäischen Gruppen, die sich mit dem Aufstand in Chiapas solidarisieren, das 2. Interkontinentale Treffen vor. Dieses wird vom 25. Juli bis zum 3. August im Spanischen Staat sein.
In der AG auf dem Buko wird es u.a. um all diese Dinge gehen. Neben den Ansätzen sich weltweit zu organisieren werden die aktuelle Lage in Mexico und das „reale Mexico & die tiefe Gesellschaft", welches die Anlässe zum Aufstand in Chiapas gab beleuchtet. Außerdem gibt es eine Buchvorstellung: „Die Rebellion der Habenichtse - Der Kampf um Land und Freiheit gegen deutsche Kaffeebarone in Chiapas".

AG 4

Gegen ein Europa des Kapitals -
Die europäischen Märsche gegen Arbeitslosigkeit, prikäre Beschäftigung und Marginalisierung

Festung Europa!? Ohne uns! Europäische Einigung, zunehmender Sozialabbau und rassistische Tendenzen: Vor sechs Jahren wurde der Mocambikaner Jorge Gomondai von Neonazis durch einen Wurf aus der Straßenbahn in Dresden ermordet. Vor einigen Wochen marschierten in München 5000 Neonazis auf. Und gewiß ist es kein Zufall, daß die JN am 1. Mai in Leipzig ihren Münchner Erfolg wiederholen will.
Dabei argumentieren die Rechten zunehmend demagogischer. Sie wen-

den sich scheinbar gegen den immer weitergehenden Sozialabbau und fordern neue Arbeitsplätze - allerdings nur für Deutsche. Dabei schießen sie sich zunehmend europaweit auf ein Thema ein: die Ablehnung der europäischen Währungsunion und der EU. Das macht Haider (FPÖ) in Österreich, Le Pen (FN) in Frankreich wie auch die rechten Kreise in Deutschland. Dabei greifen sie den Sozialabbau auf, der überall in Europa unter der Begründung der Einhaltung der Maastricht-Kriterien massiv betrieben wird. All das wird jedoch immer von rassistischen und nationalistischen Parolen begleitet.
Sind nun aber die Befürworter der europäischen Währungsunion, wie CDU und SPD in Deutschland, frei von Rassismus und Nationalismus? Mitnichten. Beide Parteien haben die Asylgesetzgebung extrem verschärft und es scheint sie nicht zu stören, daß Menschen deshalb, beim Versuch nach Deutschland zu kommen, in der Oder ertrinken. Die Ungleichheit wird sich verstärken. Das erhöht die Gefahr weiterer nationalistischer und separatistischer Tendenzen, wie sie jetzt z.B. in Italien (die Liga Nord will den reicheren Norden vom ärmeren Süden trennen) oder ganz extrem auf dem Balkan zu sehen sind. Die Außengrenzen Europas werden gleichzeitig immer dichter gemacht. Die europäischen Regierungen verschärfen permanent die Ausländergesetze, egal ob in Deutschland, Frankreich oder England. Daher hat sich vor einiger Zeit ein Bündnis für europäische Märsche gegen Erwerbslosigkeit, ungeschützte Beschäftigung und Ausgrenzung gebildet. Es besteht in ganz Europa aus Arbeitsloseninitiativen, Gewerkschaftsgruppen, politischen wie sozialen Gruppen, Parteien der Linken und Einzelpersonen. Wir wollen sowohl gegen die Arbeitslosigkeit und den Sozialabbau wie auch gegen Rassismus und Nationalismus etwas tun. Bis zur europaweiten Demo in Amsterdam am 14. Juni soll es eine Reihe von Aktionen geben. Danach wollen wir die Arbeit fortsetzen. Die heutige Politik der Umverteilung trifft alle! Entlassen werden die Menschen von Unternehmern und Managern, nicht von ausländischen Arbeiterinnen und Arbeitern. Das Sparpaket ist von der Bundesregierung beschlossen worden, nicht von Asylbewerbern. Der einzige Weg für uns ist, gemeinsam dagegen zu kämpfen, so wie es die Kohlekumpel an Ruhr und Saar gerade taten, wo türkische und deutsche Bergleute in einer Reihe standen.
Wir fordern:
- Abschaffung aller Sondergesetze für Ausländer und volle Wiederherstellung des Asylrechts! Offene Grenzen!
- Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!
- Gegen ein Europa der Konzerne, dessen Kosten die Bevölkerung bezahlt! Ablehnung der Maastricht-Kriterien!
- Für einen gemeinsamen Kampf aller vom Sozialabbau Betroffenen, egal welcher Hautfarbe oder Nationalität!

Das ist ein Text vom Dresdner Euromarschbündnis. In der AG 4 soll es um die Positionen zur EU, zum Buko in Europa, zu den Diskussionen anderer Länder zum Thema „Europa" u.v.m. gehen. Vor allem soll die Gelegenheit genutzt werden, um für die Euromärsche und für den Gegengipfel zum Amsterdamer EU-Gipfel (im Juni) zu mobilisieren.

Erna Dinklage, Aufrichten

AG 5
K.O. oder o.k.(é)? Ring frei zur nächsten Runde im alternativen Bananenhandel: Ist die Macht der Produzentinnen und Produzenten sowie Konsumentinnen und Konsumenten mehr als nur Sparringspartner?

Kann der alternative Handel Strukturen verändern oder nur aufzeigen? Kann er Machtverhältnisse verändern und die Einflußmöglichkeiten von Produzentinnen und Produzenten sowie Konsumenten und Konsumentinnen vergrößern? Oder deckt er nur Nischen ab und bereitet neue Teilmärkte vor, die dann auch noch, wie das Kaffeebeispiel zeigt, von großen Firmen übernommen werden? Die neueren Entwicklungen im (alternativen) Bananenhandel bieten sich an, die vorgenannten, bereits häufig und heftig diskutierten Fragen erneut aufzugreifen. Denn die Freundinnen und Freunde der krummen Frucht haben inzwischen ein breites Spektrum an Bananen zur Auswahl, die unter unterschiedlichen sozialen und ökologischen Umständen produziert wurden, wie die konventionellen Bananen, Chiquitas Mogelpackung der „besseren" Banane mit Umweltzertifikat, Biobananen, die alternativ gehandelten Bananen der Weltläden und die fair gehandelten Supermarktbananen. In den Niederlanden konnten die im November 1996 in die Supermärkte eingeführten fairen „oké-Bananen" rasch 7 bis 10 Prozent des Marktes erobern, damit haben sie im Vergleich zu anderen schon seit Jahren fair gehandelten Produkten wie Kaffee oder Tee den prozentual größten Marktanteil.
Bieten die Erfahrungen aus den Niederlanden ein überzeugendes Beispiel für die Macht von Verbraucherinnen und Verbrauchern? Welche Einflußmöglichkeiten bietet der alternative Handel den Produzentinnen und Produzenten, die auf Plantagen oder im kleinbäuerlichen Betrieb Bananen anbauen? Unterstützt er eine Gegenmacht von unten? Diese Fragen sollen in der Arbeitsgruppe am Beispiel der Situation in Costa Rica diskutiert und durch ein Rollenspiel vertieft werden.
Arbeitsgruppe der BUKO Agrar Koordination in Zusammenarbeit mit der Bananenkampagne

FORUM 2

Den Norden abwickeln

Erna Dinklage, Umarmung

Christoph Spehr

Der G-Punkt der Bewegung

Was heißt Gegenmacht für die späten 90er?

Das Wort appelliert an unsere niedersten, primären Instinkte, und vielleicht finden wir es deshalb in keinem Lexikon. Unser Leben beginnt mit Ohnmachtserfahrungen; und bevor wir auf den Gedanken kommen, selbst einmal die Position derer einzunehmen, die uns auf die Zehen treten, also Macht zu erringen, experimentieren und träumen wir spontan von und mit allem, wodurch wir uns entziehen, wehren, rächen könnten. Von den ersten Monaten an beschäftigen wir uns mit den Versuchen, der Macht zu trotzen, die unsere unersättlichen Bedürfnisse verweigert: die uns verbietet Müll zu essen, uns ins Bett schickt, vom Spielplatz jagt, an sexuellen Erfahrungen hindert, ans Aufräumen zwingt, wahnwitzige Ansinnen wie Lernen und Arbeit an uns stellt.

Erst wenn wir hinlänglich frustriert sind von unseren Bemühungen, sind wir bereit zur Identifikation mit der Macht, zum konservativen Ausgang: Macht haben zu müssen, so wie sie gesellschaftlich konstruiert ist, weil Gegenmacht verboten ist. Gegenmacht ist unverantwortlich, niederträchtig, gemein, hinterlistig; sie stellt fortan ein dunkles Gebiet in unserem Verhaltensrepertoir und unseren Phantasien dar. Sie ist unmännlich, unsoldatisch, mies und unfair: weil sie die Spielregeln nicht achtet. Von den historischen Dolchstoßlegenden (nach denen Soldaten sich berechtigterweise umbringen, der Versuch von Kriegsverhinderung durch Streik und Sabotage aber widerlich ist) führt eine gerade Linie bis zum bundesrepublikanischen Heimtücke-Paragraphen (nach dem ein Mann, der einen anderen in offenem Kampf umbringt, milder bestraft wurde als eine Ehefrau, die ihren körperlich überlegenen Ehemann unangekündigt und von hinten umbringt).

Das erotische Element der Bewegung

Erst für die neue Geschichte der sozialen Bewegungen, die ab den 60er Jahren beginnt, wurde das Thema Gegenmacht zum Dauerbrenner. Der Begriff selbst taucht unstetig und vereinzelt auf, hier und dort, wie Nessie; aber die zugrundeliegende Fragestellung durchzieht das gesamte Projekt radikaler Gegenbewegung bis heute. Der Punkt Gegenmacht ist das erotische Element der sozialen Bewegung. Denn in ihm konzentriert sich die Behauptung, daß die Lust am Leben nicht durchweg frustiert und vergeblich sein muß, daß es zur selbstverleugnenden Identifikation mit der Macht Alternativen gibt.

"Gegenmacht von unten" ist keine black box, in die jede und jeder hineinprojezieren kann, und kein Zertifikat, was

68er-Gespenst
"Der Imperialismus ist ein Papiertiger"

jede und jeder standardmäßig seiner Praxis anhängen sollte ("wir sind ein Stück Gegenmacht, weil wir uns mit dem fairen Kaffee gegen die Kaffeemonopole stellen", "wir sind ein Stück Gegenmacht, weil wir über üble Machenschaften der Rüstungsindustrie aufklären"). Vielmehr schlagen sich im Begriff Gegenmacht verschiedene Grundüberzeugungen und historische Erfahrungen der sozialen Bewegung nieder:

1. Die Erfahrung, wonach die aktuelle Gesellschaft kein freies Spiel von Meinungen und Ideen ist, sondern von Macht bestimmt ist.
2. Die daraus folgende Praxis, nicht zu appellieren und zu überzeugen, sondern konkreten Druck zu erzeugen; d.h. daß Gegenmacht organisiert werden muß, wenn gesellschaftliche Veränderungen möglich sein sollen.
3. Die Auffassung, daß die eigene Befreiung nicht von der herrschenden Ordnung akzeptiert und verstanden werden muß, sondern gesetzt wird. Befreiung hängt also in letzter Instanz nicht von Argumenten, sondern von der eigenen Macht ab, und das ist auch okay so - deshalb gibt es z.B. Frauenstrukturen, weil antipatriarchale Politik durch einseitige Veränderung der Spielregeln gemacht wird und nicht durch Bezug auf das "gemeinsame Interesse".
4. Die Überzeugung, daß Veränderung prinzipiell möglich ist, Übermachtsdenken und zynischer Realismus also falsch sind. Die Auseinandersetzung um eine bessere Gesellschaft findet hier und jetzt statt, obwohl sie unter den herrschenden Verhältnissen "eigentlich" nicht möglich ist.

Ein Gespenst geht um in Europa - Part Two

Folgen wir dem Gespenst also kurz durch seine historischen Erfahrungen, die es nach seiner Wiederauferstehung in den 60ern gemacht hat. Die Erfahrung von 68 ist die Erfahrung, nicht durchzukommen: Protest reicht nicht aus. Die Frage nach Gegenmacht stellt sich als die Frage, wie ernst gemacht wird, wie eine wirksamere Praxis entwickelt wird, die tatsächlich Einfluß nimmt. Diese Fragestellung verbindet die beiden extremsten Antworten auf das Problem: den Weg in die Militanz und in den bewaffeneten Kampf auf der einen, den Marsch durch die Institutionen auf der anderen Seite. Beide sind sich darin einig, daß der Weg des außerparlamentarischen Protests seine Grenzen erfahren hat, daß nach Mitteln gegriffen werden muß, die der Macht näher auf den Pelz rücken. Diese Erfahrung war dafür maßgeblich, daß "Ende der 60er Jahre von Teilen des SDS Kontakte zu bewaffneten Organisationen wie ETA oder IRA gesucht wurden .

Dabei war das Gespenst von einer quasi-militärischen Deutung des Problems geleitet, von einem ziemlich männlich-soldatischen Verständnis von Gegenmacht. Was die Reflexion der eigenen Unterdrückungsverhältnisse anlangte, trug das Gespenst leichtes Gepäck. Es akzeptierte die Spaltung zwischen Männern und Frauen in der sozialen Bewegung, die sich nach dem Auszug der Frauen aus dem SDS manifestiert hatte.

78er-Gespenst
"Die Phantasie an die Macht."

"Radikal und phantasievoll gesellschaftliche Gegenmacht organisieren"(1)

Zehn Jahre später waren die Grenzen dieser Antworten zutage getreten, und die Frage stellte sich anders. Die "neuen sozialen Bewegungen" der 70er, die an konkreten Bedrohungen wie Erstschlagkrieg und Atomunfällen ansetzten, brachten tatsächlich Menschenmassen auf die Straße, von denen in den 60ern niemand geträumt hatte. Die Probleme mit der Gegenmacht waren jetzt andere. Man sprach nicht mehr von "Gegenmachtpositionen" und "Gegenmachtpotential", sondern von "gesellschaftlicher Gegenmacht", die es zu organisieren gelte. Die Mobilisierung reichte weit in die "normale" Gesellschaft hinein, aber was war nötig, um die Gesellschaft auch wirklich zu ändern? Wie konnten wirklich Entscheidungen erzwungen werden? Was fehlte der Bewegung im Vergleich zum politischen Gegner?

Eine Antwort ging in die Richtung, daß der Bewegung ein vergleichbares Maß an Professionalität fehlte: an Gegenwissen, Gegenöffentlichkeit, Gegeninformation. Der G-Punkt wurde geradezu inflationär aufgeklebt auf eine ganze Reihe von Projekten, aus denen u.a. verschiedene Institute, langfristige Bürgerinitiativen und die taz resultierten. Die andere Antwort ging in die Richtung, daß der Bewegung die gleichzeitige politische Vermittlung zur tatsächlichen Entscheidungsebene fehlte, und führte geradewegs in die Gründung der Grünen Partei, oder zum Wiedereintritt in Parteien und Gewerkschaften, d.h. des Einbringens von Bewegungsforderungen in etablierte Entscheidungsorgane.

Das Gespenst trug zu dieser Zeit selbstverständlich einen Rucksack, in dem sich bereits ein gewisses Selbsterfahrungs-

gepäck anhäufte. Es war riesengroß, penetrant freundlich, redete von Phantasie, umgab sich gerne mit Kindern, neigte allerdings stark zur ideologischen Harmlosigkeit. Vor allem aber lernte es, wie der politische Gegner operierte, und was es sich demzufolge selbst auch zulegen mußte.

"Gegenmacht von unten aufbauen"

Wiederum zehn Jahre später war der große Familienkrach fällig, und es wurde jetzt sehr ungemütlich. Ende der 80er regnete es Dekonstruktion auf den Begriff der Gegenmacht. Was unterschied denn dieses Gespenst noch von seinem Gegner? Wie unreflektiert wollte es denn noch werden? Und was bildete es sich überhaupt ein?

88er-Gespenst
"Das Böse ist immer und überall"

Erstens, so hieß es, ignorierte das Gespenst seine eigene privilegierte Position in den Metropolen der Weltgesellschaft, wo es nurmehr dazu beitrug, es sich dort selbst etwas gemütlicher zu machen. Da seine Vorstellung von Macht die patriarchale und rassistische Unterdrückung nicht wahrnahm, stützte es mit seiner selbstverliebten Gegenmacht die eigentlichen Machtverhältnisse. Das war die Kritik im Sinne der triple oppression und der Rassismus/Feminismus-Debatte. Zweitens kopierte das Gespenst Politikformen, die das herrschende System nur geschmeidiger und widerstandsfähiger machten, das sich auch ganz gern mit seiner Pluralität schmückte, ohne sich zu ändern. Das war die Kritik im Sinne der "Anti-Politik" der Subsistenztheorie, der Antinationalen und der Sozialrevolutionären. Drittens war das liebe, große Gespenst mit der Sonnenblume oder dem schwarzen Kapuzen-Shirt selbst ein hierarchischer Moloch. Seine Harmoniesucht und Bündnisfetischismus schlossen das Ansprechen unangenehmer und unpopulärer Themen wie Sexismus, Rassismus und Ethnozentrismus von vorneherein aus.

Die Frage nach der Gegenmacht bekam jetzt eine qualitative Dimension: Wie sah eine Gegenmacht aus, die nicht nur gegen etwas war, sondern auch ein Gegenentwurf war, also anders? Wieder war die Frage der Zeit dieselbe, die Antworten unterschiedlich. Die eine Antwort konzentrierte sich auf den Aufbau einer Gegenkultur, schuf Projekte, entdeckte die Widerständigkeit im Alltag, und spaltete sich gemäß der verschiedenen gesellschaftlichen Unterdrückungsstrukturen in viele kleine Identitätsgruppen. Eine andere Antwort entdeckte die "nicht vorgesehenen sozialen Bewegungen" wie die Migration und die nicht-sozialistischen Bewegungen in der Dritten Welt. Man wies darauf hin, daß sich "Aneignung von unten" in informellen, z.T. kriminalisierten Auseinandersetzungen abspielte, die mit dem bisherigen Begriff von Gegenmacht, Organisation und Bewegung wenig zu tun hatten, und forderte die Unterordnung der eigenen politischen Potentiale unter die Interessen der "wirklich Marginalisierten".

Mittlerweile war das Gespenst vor lauter Gepäck völlig unbeweglich und beschäftigte sich nur noch mit sich selbst. Vor lauter political correctness konnte es kaum noch einen Satz sagen, ohne sich zu verhaspeln. Der politische Gegner war immer weniger faßbar, es galt jetzt: "Das Böse ist immer und überall" - vorzugsweise in den eigenen Reihen. Um keine Fehler zu machen, sprach man jetzt nur noch von "Gegenmacht von unten", glaubte aber nicht daran. Jetzt schien das Thema Gegenmacht in der eigenen Selbstaufhebung zu münden.

"Die provisorischen Organisationen des Volkes"

Die soziale Gegenbewegung der späten 90er ist weit entfernt davon, ein geschlossenes Bild abzugeben, aber es bilden sich wieder verbindende, übergreifende Fragen heraus. Einige der wichtigsten:

1. Reflexion von Identitätspolitik
Die Faszination, die der Aufstand von Chiapas ausübt, hat sicherlich eine problematische Seite: zu locker wird hierzulande von grenzüberschreitenden Brüderlichkeiten phantasiert, die "Solidarität" hat nicht selten den Charakter eines eiligen männlichen Auszugs aus den schmerzhaften Spaltungen und Infragestellungen der End-80er. Sie hat aber gleichzeitig ihre Berechtigung darin, ein Modell revolutionärer Pragmatik zu studieren und auf die eigenen Verhältnisse zu übertragen - zum Beispiel in Form einer regionalen Widerstandskultur, die ebenfalls "dem Imperium keinen Tribut mehr zahlen" will.(2)

2. Alternative Vergesellschaftung I
Eine zeitgemäße Diskussion um Gegenmacht bewegt sich entlang der Linie, welche "Ökonomie von unten" denkbar und praktisch zu verwirklichen ist - nicht als "Gesamtmodell", sondern als "antiökonomische und anti-politische Aufhebungsbewegung" (Kurz). Bildung von Gruppen und Zentren, kommerzielle Aktivitäten im Rahmen der eigenen Community, Schaffung kollektiven Reichtums, gemeinsame Nutzung öffentlicher Etats zur Absicherung von Gruppen usw. sind angesagt, ebenso wie alternative Wirtschaftsstrukturen von Regionalmärkten bis zu Tauschringen - ohne Illusionen und Naivität, aber auch ohne zynisches Ohnmachtsdenken "man kann ja eh' nichts machen".

3. Alternative Vergesellschaftung II
Selbstvergesellschaftung ist aber nicht

nur eine Frage der Ökonomie, sondern ebenso der sozialen Praxis von Gruppen. Die neoliberale Agitation hat recht, wenn sie den sozialen Bewegungen der Vergangenheit eine Tendenz zur "Unmündigkeit", zum "Versorgungsdenken", zur Delegation sämtlicher Probleme auf den Staat oder "die Gesellschaft" vorwirft. Das Problem ist heute ja weniger, daß der Kapitalismus sich so "unerwartet flexibel" gezeigt hat, sondern wieso er trotz seiner notorisch schlechten Presse einfach weitermachen kann. Deshalb ist eine "Gegenöffentlichkeit", die immer neue Skandale der herrschenden Gesellschaft nachweist, heute nur noch sehr begrenzt Gegenmacht (3): die Leute wissen, daß das System korrupt und perspektivlos ist. Sie haben nur keine Lust/Mut/Bereitschaft, ihre Vergesellschaftung selbst in die Hand zu nehmen, und das fängt bei uns selbst an.
Wenn die Balance von (gemeinsamer) Macht und (individueller) Freiheit, das Problem der "freien Kooperation", nicht in unseren Gruppen gelöst wird, dann wird sie auch nicht durch eine zukünftige "neue Gesellschaft" vom Himmel fallen.

Den Norden abwickeln und andere gute Formulierungen

Die Diskussion um eine zeitgemäße Programmatik von Gegenmacht, die radikale Kritik mit praxisfähigen Kriterien verbindet, wird in Teilen des BUKO unter dem Stichwort "Abwicklung des Nordens" geführt; wir wollen sie auf dem Kongreß in unserem Forum weiter vertiefen und ausarbeiten. Andere sprechen von "Entmachtung der Macht" (Kurz) oder "Dekolonisierung des Nordens" (Mies/Shiva). Bei allen ist es die aktuelle Gegenmacht-Frage: wie wir unser eigenes Leben lustvoll behaupten, fördern und verlängern, das des herrschenden Systems und seiner Institutionen aber nicht. Wir freuen uns auf eine spannende Debatte.

(1) Jutta Ditfurth, in: Thomas Kluge (Hrsg.): Grüne Politik, Frankfurt/M. 1984.
(2) zur Übertragbarkeit der "postmodernen Aufstände" vgl. "Schluß, Aus, Danke". Forum 202/203, 1996.
(3) Dies stellt z.B. auch unsere bisherige BUKO-Kampagnenpolitik in Frage.

AG 1

Nach dem großen Gähnen Postpatriarchale Betrachtungen

Fühlst auch Du Dich ausgelaugt, angeödet, abgeklärt, ohnmächtig oder gar völlig frustriert?
Hast du etwa auch den Glauben an den Abbau des patriarchalen Systems schon verloren?
Dann bist du für unsere AG völlig ungeeignet. ... Oder aber, eigentlich wie geschaffen für unsere AG:
Wir sehen sie nämlich noch, die Freiräume, die Möglichkeiten den "herr"schenden Verhältnissen ein Schnippchen zu schlagen, dem Würgegriff und den Zurichtungen zu entkommen, strukturell wie individuell. In lockerer und provozierender Form werden wir sie einkreisen. Männer, die bereit sind sich ganz von selbst zu "bewegen", können vorbeischauen. Männer, die lieber die Rolle des historischen Anschauungssubjektes spielen, natürlich auch.
Claudia Bernhard, Iris Bockermann

AG 2

"Dem Imperium keinen Tribut mehr zahlen" - Region und Widerstand

Unter diesem etwas großspurigen Titel geht es um den Zusammenhang von Region und Widerstand. Allgemein ist eine Wiederentdeckung von "Raum" als politischer Kategorie festzustellen. In der Rede der Abwicklung des Nordens spielt der Bezug auf Regionen und die Abkopplung von "großen" Strukturen durch die Aneignung von Räumen und Zusammenhängen und die Maßnahmen zur direkten Überlebenssicherung eine große Rolle.
Grundsätzlich gehört in diese AG eine Diskussion um die Bedeutung und die Verwendungsweisen der Begriffe und Bilder des Diskurses um Regionalentwicklung. Zweitens könnte untersucht werden, ob Regionen und lokale Orte angesichts des internationalen Kapitalismus ein Faktor für Gegenmacht sein können, bzw. inwieweit sie das in unserem Leben und Handeln sind. Schließlich inwieweit Regionalentwicklung ein Mittel ist, den herrschaftsförmigen Zugriff auf Mensch und Natur zurückzudrängen oder patriarchale Rollenzuweisungen aufzubrechen - oder ob sie nicht Bestandteil der Zurichtung für den Standort und den Weltmarkt ist.
Die Möglichkeiten der Lokalen Agenda 21, regionale Stoffstromanalsyen und ähnliches werden nicht Inhalt der AG sein. Menschen, die zu ungewöhnlichen Dingen, wie Landwirtschaft und Patriarchat, regionalen innovativen Milieus und Weltmarktkonkurrenz oder Foodcoops und Gegenkultur, diskutieren wollen, sind herzlich eingeladen.
Bernd Hüttner, alaska, Bremen

AG 3

Der freie Raum. Organisierter Widerstand - widerständige Organisationen

In den Diskussionen um die Entwicklung von Gegenmacht ist ein Strang die Organisierungsfrage (siehe FORUM 210). Immer wieder wurden von Teilen der Linken und Sozialen Bewegungen Versuche unternommen Strukturen aufzubauen, die den Widerstand stärken und die eigenen Utopien verkörpern sollten. Rückblickend auf die letzten 30 Jahre unterscheiden sich die einzelnen Ansätze jedoch erheblich. Die Spannbreite reicht von städtischen Plenas zu bestimmten Kampagnen, den K-Gruppen, bundesweiten Verbänden wie dem BUKO, herkömmlichen Parteien wie den Grünen und autonomer Frauenorganisierung - um nur einiges zu nennnen.
Aufbauen soll unsere Arbeitsgruppe auf den Erfahrungen der TeilnehmerInnen mit politischer Organisierung. Wir werden dabei nach Gemeinsamkeiten suchen und unsere Einschätzungen zu den Problemen und der politischen Bedeutung von Organisierung diskutieren. Einen Teil unserer Zeit wird der Vergleich zwischen unserem Organisations- und Politikverständnis und dem der Zapatistas ausmachen. Eingeladen haben wir verschiedene Leute, die sich aktuell in ihrer politischen Arbeit mit der Organisierungsfrage auseinandersetzen und dies in die Diskussion einbringen werden.

AG 4

"Vertrauen Sie niemandem!"- Abwicklung für AnfängerInnen

Alles, was Sie schon immer über Abwicklung des Nordens wissen wollten:
- Wie wende ich die Kriterien der "AdN" auf konkrete gesellschaftliche Bereiche und politische Entscheidungssituationen an?
- Was heißt "den Norden abwickeln" für meine verschiedenen persönlichen Lebensbereiche?
- Wie gründe ich einen CdU (Club der Unzufriedenen)?
- Wie verhalte ich mich gegenüber Aliens?
u.v.a.m.
Christoph Spehr (alaska/Bremen)
Petra Kreinecker (Wien)

FORUM 3

Rechtlos auf Arbeit

Erna Dinklage, Krieg

Globalisierung des Arbeitsmarktes bedeutet vor allem, daß heute weltweit versucht wird, die Lohnkosten dem niedrigsten Niveau anzunähern. Immer größeren Teilen der arbeitenden Bevölkerung wird eine vertraglich gesicherte, feste Anstellung verwehrt. Illegale Arbeitsverhältnisse, ungesicherte Tätigkeiten, Scheinselbständigkeit, Heim- und Zeitarbeit nehmen zu, der informelle Sektor boomt. Produktionsstandorte werden dorthin verlagert, wo es sich am günstigsten produzieren läßt. Oder das Kapital holt sich die passenden Arbeitskräfte auch über Tausende von Kilometern dorthin, wo es sie braucht.

AG 1

Alternativen zum Standortpatriotismus:
Produktionsverlagerungen, Arbeitsmigration und internationale Solidarität

Wir möchten in der Arbeitsgruppe den - auch kontroversen - Austausch konkreter politischer Erfahrungen herbeiführen und darüber debattieren, warum eine übergreifende Zusammenarbeit bspw. zwischen gewerkschaftlichen Kräften und der Internationalismusbewegung bisher nicht zustandegekommen ist. Unterschiedliche theoretische Analysen setzen wir voraus, sie interessieren uns hier aber nicht.

Produktionsverlagerungen über Grenzen hinweg und Arbeitsmigration sind zwei Seiten einer Medaille. Beide Seiten erfordern ein neues Verständnis von internationaler Solidarität, das auf Seiten der Gewerkschaften kaum vorhanden ist. Standortlogik und Arbeitsplatzpatriotismus sind immer noch die dominierenden Umgehensweisen der Gewerkschaften.

Die bisher diskutierten Forderungen nach sozialen Mindeststandards, Entsendegesetzen usw. erscheinen problematisch. Deren Durchsetzung impliziert, daß die Unternehmen sich neuer Arbeitskräfte bedienen.

Zudem sind sie im weltweiten Maßstab auch nur finanzierbar durch die fortwährende Ausbeutung der trikontinentalen Ressourcen an Mensch und Natur.

Doch auch die solidarische Parteinahme für die im Trikont Marginalisierten, in dem hier die KonsumentInnen der dort produzierten Waren angesprochen werden, reicht allein nicht aus, um die Verhältnisse grundlegend zu verändern. Internationalismusgruppen beziehen sich nach wie vor kaum auf die soziale Realität hier in Deutschland.

Ebenso bleibt die Forderung von Flüchtlingsgruppen nach Offenen Grenzen theoretisch, wenn mensch keine Antwort dafür findet, daß der Zugang zur Erwerbsarbeit von allen Beteiligten als Konkurrenzsituation erlebt wird und sich daraus rassistisch motivierte Konflikte ergeben können.

Entlang den Konflikten in der Bauindustrie, der Solidarität mit Maquila-Arbeiterinnen einerseits und der Unterstützung von Flüchtlingen und ArbeitsmigrantInnen andererseits ergeben sich für uns folgende Fragestellungen:

· Greift nicht der Appell von Internationalismusgruppen an VerbraucherInnen zu kurz, sozial- und ökogelabelte Produkte zu kaufen? Müssen nicht andere Strategien her, um der Deregulierung und Globalisierung der Produktion etwas entgegenzuhalten?

· Welche Konzepte haben Flüchtlingsgruppen, die über eine konkrete Unterstützung von Flüchtlingen und MigrantInnen hinausgehen? Wie gehen Flüchtlingsgruppen mit der sozialen Frage um?

· Welche Vorstellungen und praktischen Initiativen gibt es in Richtung "internationaler Vernetzung" gegen die Internationalisierung des Kapitals? Wer "vernetzt" sich da und warum? Gibt es Erfahrungen mit einem international koordinierten Vorgehen bei Produktionsverlagerungen? Welche Versuche existieren, die Standortkonkurrenz praktisch zu durchbrechen? Wie begegnen Gewerkschaften dem "Projekt Heimattarif"?

· Sind Forderungen an den Staat nach einer nationalstaatlichen Regulierung des Arbeitsmarktes eine taugliche Verteidigungslinie gegen Lohndumping und Rassismus?

Angefragt sind: N.N., GewerkschafterIn, Ulf Baumgärtner, Infostelle El Salvador und Maquila-Kampagne, Zentralamerikakomitee Tübingen

AG 2

Kämpfe und (Selbst-)Organisation
in prekarisierten, illegalisierten und/oder informellen Arbeitsverhältnissen

Ob in Mittelamerika oder Europa prekäre Beschäftigung ist ein immer bedeutsameres Element in der Klassen- und Geschlechterrealität. Weder die Prekarisierung selbst, noch die Zunahme von Frauen als prekär Beschäftigte und damit die Feminisierung der Arbeit, wird

entsprechend wahrgenommen. Selbstorganisationsversuche sind mühselig und wenig bekannt. Gewerkschaften orientieren sich in ihren Organisationsanstrengungen auf die Situation in größeren Betrieben und zudem auf den klassischen weißen männlichen Lohnarbeiter. Darüberhinaus sind Gewerkschaften und BetriebsrätInnen mit der Lohndrücker- und Deregulierungsfunktion konfrontiert, die prekäre Beschäftigungsverhältnisse spielen.
Selbstorganisation findet im Stadtteil, in der Community, in der Nähe der Reproduktion statt. Hier ist am ehesten die notwendige soziale und politische Aneignung von Räumen möglich.
Folgende Fragen stellen sich uns:

· Welche Organisationsansätze gibt es im Bereich prekärer/illegaler Beschäftigung weltweit? Welche besonderen Schwierigkeiten und Probleme treten auf bei der Organisierung am Arbeitsplatz, im reproduktiven Bereich? Sind gerade Frauen gezwungen eine andere Art der Organisation zu wählen, jenseits des bekannten hierarchischen Organisationstypus patriarchaler Art?
· Welches Verhältnis haben BetriebsrätInnen und Gewerkschaften zu den KollegInnen, die plötzlich nicht mehr zum Betrieb sondern zu Fremdfirmen gehören? Wie werden die Kontakte organisiert? Und welche Versuche gibt es, gemeinsame politische Forderungen zu entwickeln?
· Wie können wir solidarisch sein, wenn unsere soziale Realität eine vollkommen andere ist? Wie kann sich die Internationalismusbewegung vor allem zu den Entwicklungen hier in der BRD stellen?

Entlang folgender Beispiele wollen wir diese Fragen diskutieren:

· Maquilas in El Salvador/Mittelamerika
· SEWU - Organisation von informell beschäftigten Frauen in Südafrika
· Putzarbeit in der Reinigungsindustrie und privaten Haushalten in der BRD

Angefragt sind: N.N., GewerkschaftsvertreterIn, Inga Kreuzer, Infostelle El Salvador und Maquila-Kampagne, Birgit Morgenrath, AAB-Vertreterin zur Arbeit von SEWU.

Gabi Fischer

Selbstbewußtsein schaffen ist der Weg ...

Traditionelle Gewerkschaftsstrukturen als Hemmschuh im Kampf um bessere Arbeitsbedingungen in mittelamerikanischen Maquiladora-Betrieben

(...) Am Freitag nachmittag hat für die Arbeiterinnen aus Choloma im Norden San Pedro Sulas in Honduras das Wochenende noch nicht begonnen. Am Samstag wird gearbeitet wie an anderen Wochentagen auch, allerdings nur bis 14 Uhr. Oftmals werden den Arbeiterinnen auch am Samstag Überstunden abverlangt. Wer dazu nicht bereit ist, wird entlassen. Nur der Sonntag ist frei. Frei heißt, die Frauen haben Zeit, stundenlang am Fluß zu stehen, um die Wäsche zu waschen und die restlichen, während der Woche angefallenen Haushaltspflichten zu erledigen. Diese permanente Belastung läßt ihnen weder Zeit noch Kraft, sich um sich selbst zu kümmern, sich über ihre Situation klar zu werden oder sich mit anderen Frauen darüber auszutauschen, wie und ob eine Veränderung ihrer Lage möglich ist.

Organisierung passiert zu Hause

"Es ist schwierig, die Frauen zu erreichen", sagt Maria Luisa, Koordinatorin von CODEMUH. "In den Fabriken können wir keinen Kontakt zu ihnen aufnehmen, weil jeder Verdacht von Gewerkschaftsorganisation mit Entlassung gestraft wird. Die einzige Möglichkeit ist, die Frauen zuhause aufzusuchen oder ihnen einen Raum zu bieten, wo sie sich treffen können." CODEMUH hat deshalb in Choloma, wo viele Arbeiterinnen leben, ein Haus gemietet. (...)
Die Räume dort sind spärlich eingerichtet. Außer ein paar Stühlen und Tischen und einer Wandtafel ist wegen fehlender Mittel keinerlei Ausstattung vorhanden. An diesem Freitag abend kommen rund 20 Frauen. Nur langsam fangen sie an zu erzählen. Wie schmerzhaft es für viele ist, ihr Dorf fernab von San Pedro Sula zu verlassen und die Familie zurückzulassen, um in der Maquila arbeiten zu können. Wie schwierig es ist, die Kinder während der Arbeitszeit zu versorgen, wenn sie für eine Betreuung ein Viertel ihres Monatslohnes bezahlen müßten. (...)

Ein offenes Ohr finden die Frauen selten

Für die Frauen ist es nicht alltäglich, von ihren Problemen erzählen zu können. "Wir wollen den Frauen nicht sagen, was sie tun müssen, um ihre Situation zu verbessern. Wir wollen den Frauen zunächst eine Möglichkeit bieten, sich auszusprechen, um sie dann in ihren Forderungen zu unterstützen", erklärt Maria Luisa die Philosophie von CODEMUH. (...)

Selbstbewußtsein schaffen ist der Weg ...

Die Frauenorganisationen versuchen, die gesamte Lebenssituation der Frauen zu berücksichtigen. Die Frauen sollen lernen, sich zu wehren und die Verteidigung ihrer Rechte nicht den Männern zu überlassen. Und das bezieht sich nicht nur auf die Arbeit in der Fabrik.
Die Gewerkschaften hingegen haben eine eingeschränktere Sichtweise. Ihnen geht es vor allem darum, die Frauen in den Betrieben zu organisieren und mit Streiks o.ä. arbeitsrechtliche Forderungen durchzusetzen. Den Gewerkschaften fällt es schwer, sich mit dem Gedanken anzufreunden, daß sie die Frauen in den Betrieben nur schwer erreichen können. Einerseits natürlich, weil die Arbeiterinnen Angst vor Entlassungen haben. Andererseits aber auch, weil die Frauen keine Zeit haben, nach der Arbeit oder am Wochenende zu Versammlungen in die Gewerkschaftsbüros in die Stadt zu fahren.
Das Vertrauen der Arbeiterinnen in die Gewerkschaften ist nicht besonders groß. Die Verhandlungen werden von Männern geführt, die sich nur sehr schwer in die Lage einer Arbeiterin hineinversetzen können und denen beispielsweise in Honduras von Arbeiterinnen ähnliches Verhalten wie den Vorarbeitern vorgeworfen wird - nämlich sexueller Mißbrauch.
Die Central Sandinista de Trabajadores (CST), die sandinistische Gewerkschaft, versucht, durch geheime Komitees die Frauen zu organisieren und zu gemeinsamen Aktionen aufzurufen. Doch als es darum ging, eine Verhandlungskommission zusammenzustellen, wurden 25 Männer aufgestellt und nur eine Frau. Pedro Ortega, der Koordinator der Comites Clandestinos, führt das darauf zurück, daß "Frauen weniger risikobereit sind". Und er stellt grundsätzlich fest: "Wir machen keine Frauenarbeit, wir machen Klassenkampf." (...)
Sicherlich sind die Gewerkschaften sehr wichtig, um die Situation der Arbeiterinnen in den Maquilas zu verbessern. Während die Frauenorganisationen Bewußtseinsarbeit machen, haben die Gewerkschaften den Vertretungsanspruch bei Verhandlungen in den Betrieben. Sie werden international unterstützt und finanziert. Durch die Unterstützung der Arbeit durch Gewerkschaften aus dem "Norden" gewinnen die Forderungen ein ganz anderes

Gewicht. Über den Kontakt zur International Labour Organisation (ILO) in Genf können die Gewerkschaften eine Öffentlichkeit herstellen und Mitspracherecht ausüben.
Doch müssen die Frauen selbst als Verhandlungspartnerinnen auftreten können, denn ihre Forderungen unterscheiden sich bisweilen von denen, die traditionell von Gewerkschaften erhoben werden. Sicherlich geht es den Frauen vor allem darum, daß das nationale Arbeitsrecht eingehalten wird. Doch sind Betriebskindergärten, freie Tage, um mit den Kindern zum Arzt gehen zu können etc. für die Frauen ebenso existentiell, was von den Gewerkschaften jedoch als nachrangig eingestuft wird.

Machistische Strukturen der Gewerkschaften durchbrechen

(...) Es erscheint unerläßlich, daß Frauen noch mehr und vor allem in den oberen Rängen der Gewerkschaftshierarchie präsent sind. Die Frauenrechtsorganisation Centro de Derechos de la Mujer (CDM) in San Pedro Sula hat dazu einen ersten Schritt getan. Sie wollen Funktionärinnen von FITH Schulungen im Arbeitsrecht geben und ihnen beibringen, was man bei uns Führungsstil nennen würde. "Diese Frauen sollen sich gegen ihre männlichen Kollegen der Gewerkschaft durchsetzen können und die Kraft und Fähigkeit haben, sich höhere Posten zu erkämpfen, damit die machistische Struktur durchbrochen ist und Fraueninteressen besser durchgesetzt werden können", erklärte Jadira Rodas, Koordinatorin des CDM.
COMUTRAS, das Frauensekretariat des salvadorianischen Gewerkschaftsdachverbandes CTD, sieht seine bisherige traditionelle Gewerkschaftsarbeit selbstkritisch. "Die Erfahrungen aus der Vergangenheit, die zahlreichen Entlassungen wegen gewerkschaftlicher Organisation, haben gezeigt, daß wir unsere Arbeit ändern müssen", sagt Rosa Virginia Hernandez von COMUTRAS. "Wir wollen, daß sich die Frauen organisieren, doch die Gespräche und die Bewußtseinsarbeit finden jetzt bei den Frauen zuhause statt." Mit den Kindern auf dem Schoß oder beim Zusammenlegen der Wäsche überlegen die Frauen gemeinsam mit den VertreterInnen von COMUTRAS, was sie verändern wollen und wie sie das umsetzen können. (...)

Gemeinsam mit geballter Kraft

COMUTRAS ist Teil einer Koordination in El Salvador, die bisher einzigartig in Mittelamerika sein dürfte: die Koordination für die soziale Würde in Maquilas, COSDEMA, besteht aus 22 zur Maquila arbeitenden Gruppen. Die Bandbreite erstreckt sich von verschiedenen Gewerkschaften über Frauenorganisationen, Menschenrechtsorganisationen bis hin zu Wirtschaftsinstituten. Die Arbeit ist in vier Bereiche aufgeteilt: Organisierung der Frauen, Rechtsbereich, Dokumentation und internationale Kampagne. Diese vier Arbeitsbereiche sind untereinander ebenfalls vernetzt. So werden beispielsweise Daten, die bei Gesprächen mit Frauen aufgenommen wurden, im Bereich Dokumentation systematisiert und dann dem Bereich internationale Kampagen zur Verfügung gestellt.
Die einzelnen Organisationen arbeiten weitgehend autonom, treffen sich aber einmal in der Woche, um sich abzusprechen. "Bei größeren Konflikten wird COSDEMA eingeschaltet und versucht, sie mit geeinten Kräften und auf verschiedenen Ebene zu lösen.", beschreibt Coralia Pohl, die Koordinatorin von COSDEMA, die Arbeitsweise. Diese Form von Vernetzung und Informationsaustausch findet in Honduras und Nicaragua nicht statt. (...)

Überarbeiteter und gekürzter Artikel aus: Profit ohne Grenzen, Hrsg. Ökumenisches Büro für Frieden und Gerechtigkeit

Gruppe Blauer Montag

"... und 5 Mark die Stunde sind in Polen viel Geld"

Rotationsmigration zwischen Deregulierung und Einkommensansprüchen von MigrantInnen

Ausgangspunkt war und ist für uns die Neuorganisation und Verschärfung der Ausbeutung, wie sie unter den Schlagworten "Lean Production" und "Toyotismus" beschrieben werden kann. Diese umfassenden Veränderungen im Produktionsprozeß finden nicht nur in den großen Konzernen und Fabriken statt. Flexibilisierung und Auslagerung bedeuten auch eine rapide Zunahme prekärer, ungesicherter Beschäftigungsverhältnisse: Scheinselbständigkeit, Subunternehmertum, befristete Arbeitsverträge, Leiharbeit, versicherungsfreie Beschäftigung und andere Varianten "atypischer Beschäftigungsverhältnisse". Die Neuorganisation von Ausbeutung bedeutet also auch eine weitere Zerklüftung der Arbeitsmärkte und Zersplitterung des Proletariats. Die Spaltungslinien zwischen garantiert und ungarantiert beschäftigten ArbeiterInnen werden dabei auch entlang der Linien Deutsche/MigrantInnen sowie Mann/Frau weiter verschärft.
Die seit 1991 stark ausgeweitete befristete Zulassung osteuropäischer WanderarbeiterInnen über Werkverträge oder Saisonarbeit ist dabei ein Instrument der Umstrukturierung und Aufspaltung der Arbeitsmärkte. Gleichzeitig artikulieren sich hier aber auch die Einkommensbedürfnisse hochmobiler und flexibler ProletarierInnen: Die niedrigen DM-Löhne stellen aufgrund der Währungsrelationen in den jeweiligen Herkunftsländern durchaus bedeutsame Einkommenssteigerungen dar. In der Regel kommt auch die Befristung der Arbeitsverhältnisse den Interessen der WanderarbeiterInnen entgegen. Die allermeisten wollen nur vorübergehend in der Bundesrepublik bleiben oder pendeln sowieso. (...) Diese neue Arbeitsmigration in und aus Osteuropa differenziert auch das Bild von der "Festung Europa". Eine Abschottungs- und Abschreckungspolitik korrespondiert durchaus mit einer gesteuerten Ausweitung der Arbeitsmigration. Faktisch bestehen für diese Segmente der internationalen Wanderungsbewegungen bereits offene Grenzen und ein grenzenloser Markt für die Ware Arbeitskraft. Dieser neue Schub in der Herausbildung einer "multinationalen Klasse" ist ein sehr widersprüchlicher und konfliktreicher Prozeß. Die zentrale politische Problemstellung ergibt sich für uns aus der Verbindung dieser Arbeitsmigration mit der Ausweitung prekärer Beschäftigungsverhältnisse und dem Druck auf das erkämpfte Niveau von Löhnen und Arbeitsbedingungen. Ähnlich wie beim Zweiten Schiffahrtsregister in der Seeschiffahrt versuchen z.B. die großen Baukapitalisten über eine breite Palette von Subunternehmen verschiedener Nationalität und multinationale Belegschaften das Prinzip des gleichen Lohns für gleiche Arbeit durch das Prinzip der Entlohnung zu den Bedingungen in den Herkunftsländern zu ersetzen. (...) Befristete, an die konkrete Beschäftigung/den konkreten Kapitalisten gekoppelte Aufenthaltstitel und damit die extrem unsichere - aber für die ArbeiterInnen ungemeine wertvolle - Arbeitserlaubnis machen die WanderarbeiterInnen erpreßbar: Mit der Drohung von Entlassung und damit Verlust des Aufenthaltstitels und der Arbeitserlaubnis werden vereinbarte Löhne vorenthalten, Vermittlungsgebühren kassiert, Lagerunterbringung und miese Verpflegung durchgesetzt.

Von Schwierigkeiten mit der (Klassen-) Solidarität und antirassistischen blinden Flecken

Während vor diesem Hintergrund gewerkschaftliche Positionen gegen Lohn- und Sozialdumping nur allzu oft Töne nationalistischer oder gar völkischer Standortpolitik anschlagen, stellt sich die Frage, was angesichts von realen Wanderungsbewegungen, Angriffen des Kapitals auf Entlohnungsstandards und erkämpfte Arbeitsbedingungen und zunehmend ungesicherten Arbeitsverhältnissen (Klassen-)Solidarität mit ArbeitsmigrantInnen heißen kann. (...) Etliche der KollegInnen, die in den Betrieben und Gewerkschaften - mit dem Rücken zur Wand - mit der Drohung der industriellen Reservearmee, mit Aufweichung von Tarifstandards und Lohndruck und mit rassistischen Äußerungen/Verhaltensweisen der KollegInnen umgehen müssen, sehen in den WanderarbeiterInnen und ArbeitsmigrantInnen in erster Linie die Zunahme der industriellen Reservearmee und damit die Zunahme des Drohpotentials in den Händen des Kapitals. Die faktische Internationalisierung des Arbeitsmarktes, wie sie in den Wanderungsbewegungen zum Ausdruck kommt, wird dabei vor allem als Herrschaftsinstrument des Kapitals interpretiert und gegen diese Internationalisierung die nationalstaatliche Regulierung des Arbeitsmarktes betont. Das bedeutet dann in der Konsequenz vor allem eine Regulierung des Zugangs zum Arbeitsmarkt, um eine zusätzliche Vergrößerung der industriellen Reservearmee und damit Lohnkonkurrenz u.ä. zu verhindern. In dieser Logik heißt Solidarität mit MigrantInnen hauptsächlich, dafür zu sorgen, daß die Lebens- und Arbeitsbedingungen in den jeweiligen Herkunftsländern ein menschenwürdiges Einkommen garantieren, so daß niemand mehr gezwungen ist, für die Befriedigung ihrer/seiner Bedürfnisse in der BRD zu miesen Bedingungen Arbeit zu suchen.

Bei aller Notwendigkeit, die regulären Standards von Arbeitsbedingungen und Löhnen zu verteidigen, wird eine solche Herangehensweise an Migration und MigrantInnen dann problematisch, wenn unter dem Strich nicht mehr gesagt wird als: "Bleibt zu Hause und kämpft dafür, daß es euch dort besser geht. Dabei unterstützen wir euch auch." Wenn das in der betrieblichen und gewerkschaftlichen Praxis alles ist, was zum Thema MigrantInnen und prekäre Beschäftigung vermittelt wird, dann werden polnische und andere ArbeitsmigrantInnen, die hier - vorübergehend oder dauerhaft - leben und arbeiten, deutsche ArbeiterInnen nur schwer als solidarische KollegInnen ernstnehmen können.

Es ist klar, daß sich eine solche, kämpferische Solidarität von unten nicht in erster Linie auf der Ebene gewerkschaftlicher und betrieblicher Gremien und Beschlußlagen entwickeln wird, sondern in direkten Kontakten während und außerhalb der Arbeit, in direkten gemeinsamen Projekten wie Treffpunkten, Zentren, Zeitschriften usw. und Aktionen gegen menschenunwürdige Lagerunterbringung mit Wuchermieten, vorenthaltenen Leistungen für Verpflegung und Unterbringung oder zur Auszahlung vorenthaltener Löhne. Obwohl von Seiten der KollegInnen und GenossInnen in den Betrieben immer wieder die Schwierigkeiten betont wurden, am Arbeitsplatz überhaupt nennenswerte Kontakte zu MigrantInnen herzustellen, gibt es für uns keine Alternative dazu.

Wir haben im Februar '95 versucht, mit einer Veranstaltung eine Brücke zu schlagen zwischen der Diskussion um prekäre Beschäftigungsverhältnisse und Neuorganisation der Ausbeutung, wie sie bei Betriebs- und Gewerkschaftslinken Thema ist, und der Diskussion antirassistischer Gruppen um Bleiberecht und offene Grenzen. Dieser Brückenschlag ist uns nicht gelungen, da aus dem Spektrum der antirassistischen Initiativen entweder kaum jemand anwesend war oder aber sich nicht an der Debatte beteiligt hatte. (...) Wir denken nachwievor, daß es für beide "Szenen" unbedingt notwendig ist, sich aufeinander zu beziehen. (...) Wir halten es für eine der wesentlichen Schwächen der antirassistischen Linken in der BRD, daß sie die sozialen Konfliktlinien, die sich aus der Bleiberechtsforderung oder der Forderung nach offenen Grenzen ergeben, als Bezugspunkte ihrer Politik ausklammern. Wir haben den Eindruck, daß jenseits der Proklamationen von Bleiberecht und offenen Grenzen keine oder wenig Klarheit darüber herrscht, welche sozialen Konsequenzen diese Forderungen haben, wie die sozialen Verhältnisse aufgemischt werden, welche Konflikte und Konfrontationslinien dabei entstehen und wie linksradikale, antirassistische Politik sich zu diesen Konflikten dann verhält. Und gerade am Arbeitsmarkt und den dort laufenden Versuchen der Kapitalisten, die Ausbeutung - auch mit Hilfe offener Grenzen - neu zu organisieren und zu verschärfen, treten diese Konflikte deutlich zu Tage. (...) Für uns kommt es entscheidend darauf an, ob es gelingt einen Prozeß voranzutreiben, der sich gegen Deregulierung, Flexibilierung und verschärfte Ausbeutung richtet und gleichzeitig das Existenzrecht von MigrantInnen und ihren Anspruch auf Teilhabe am hiesigen Reichtum verteidigt. (...)

Überarbeiteter und gekürzter Artikel aus: off limits Nr.9 Mai/Juni 1995

Erna Dinklage, Das Paar

FORUM 4

Existenzrecht und solidarische Netze

Carola Möller

Feministische Ansätze zu einer alternativen Ökonomie

Über Zukunft wird heute landauf landab diskutiert; die Stimmung ist so, daß die Leute sagen: "So geht es nicht weiter", und "Die kleinen Reparaturen am System bringen es nicht". Wie es allerdings weitergehen könnte, da sind die meisten hilflos, denn die gesellschaftlichen Abläufe und Prozesse sind inzwischen extrem kompliziert geworden. Geredet wird von Männerseite her ziemlich viel über "die Zukunft der Arbeit" - gemeint ist damit immer nur die Erwerbsarbeit -, ohne daß sich allerdings bisher Erfolge für die dort Arbeitenden abzeichnen. Was von ihnen entwickelt wird, sind Reformideen innerhalb des bestehenden Wirtschaftssystems. Sie konzentrieren sich bei ihren Vorschlägen auf Arbeitszeitverkürzungen (grundsätzlich inzwischen ohne Lohnausgleich), um eine andere Verteilung der Erwerbsarbeit zu erreichen, auf die Senkung von Arbeitskosten, etwas weniger rigiden Sozialabbau und eine umweltfreundlichere Produktion. Die Vorschläge der Männer sind m.E. durch ein sehr verengtes Denken charakterisiert, das ihre Bemühungen zu Flickwerk macht:

- Patriarchale Strukturen einschließlich der praktizierten Gewalt werden nicht in Frage gestellt. Sie fragen nicht nach der Funktion der unbezahlten Arbeit fürs Kapital, wollen also auch nicht die ungleiche Arbeits-, Einkommens- und Machtverteilung zwischen Männern und Frauen verändern.
- Ihre Vorschläge sind punktuelle. Sie wollen Arbeitsmarktprobleme nur mit Arbeitsmarktveränderungen lösen, thematisieren aber nicht den Zusammenhang und das Zusammenspiel der verschiedenen Einflußsphären: Wirtschaft, Staat, Sozialpolitik, Umwelt, Machthierarchien, Kultur, Geschlechterpolitik, Gesetze, Normen und Kultur im weitesten Sinne. Die Männer-Vorschläge bleiben auf der Ebene der "Systemreparatur".
- Das 3. Manko männlichen Denkens - für mich das zentrale - ist ihre Unfähigkeit bzw. ihre fehlende Bereitschaft, Wirtschaften von der Reproduktion her, also von der unbezahlten Arbeit her zu denken statt von der Produktion. Sie wissen, daß die gesamte gesellschaftliche Arbeit, die geleistet wird, aus 77 Mrd. Stunden unbezahlter Arbeit und nur 46 Mrd. Stunden bezahlter Arbeit besteht. Von der Reproduktion her zu denken würde bedeuten, die unterschiedlichen Bedürfnisse der Gesellschaftsmitglieder und eine gewünschte Lebensqualität zum Ausgangspunkt wirtschaftlicher Prozesse zu machen, statt der jetzigen Angebotswirtschaft (Say`sches Gesetz) eine Nachfragewirtschaft gemäß den Bedürfnissen der Leute zu betreiben und die dann noch notwendige unbezahlte und bezahlte Arbeit als gleichermaßen wichtig zu behandeln, unter Männern und Frauen gleichermaßen zu verteilen und ungleiche Machtkonstellationen zu verhindern. Diese Denkblokaden der Männer, insbesondere dieser interessengeleitete falsche Arbeitsbegriff erweisen sich - auch für die linken Männer - als der Knackpunkt für ihre geistige Unfruchtbarkeit.

Erna Dinklage, Die Marionette des Künstlers

Wirtschaften von der Reproduktion her denken und gestalten

77 Mrd. Stunden wurden 1991 in Westdeutschland als unbezahlte Arbeit geleistet und nur 47 Mrd. Stunden als bezahlte Arbeit. Dies ergab die Zeitbudget-Studie des damaligen Bundesministeriums für Familie und Senioren (1994), die vom Statistischen Bundesamt durchgeführt wurde. Das Ministerium stellte weiterhin eine Wertrechnung für die unbezahlten Leistungen auf. Multipliziert mit dem damaligen Nettostundenlohn einer Hauswirtschafterin von DM 11,- (brutto ca. 24,- DM) ergibt dies einen Jahreswert von 860 Mrd. DM. Der größte Posten dabei sind die hauswirtschaftlichen Tätigkeiten (654 Mrd. DM). Hinzu kommen die Pflege- und Betreuungsleistungen (97 Mrd. DM) und die handwerklichen Tätigkeiten (71 Mrd. DM). Das Ministerium bezeichnet diese Bewertung ausdrücklich als Untergrenze. Pro Haushalt bedeutet dies eine Wertschöpfung von ca. 2.550,- DM netto im Monat. In dieser Berechnung ist allerdings die emotionale Leistung, die ja einen beachtlichen Teil der Reproduktionsarbeit erst zu einer sinnvollen Arbeit macht, nicht berücksichtigt. Der gesamte Nettowert der unbezahlten Arbeit von 860 Mrd.

DM liegt nur um 26% unter der gesamten Bruttolohn- und -gehaltssumme 1991 in Westdeutschland (1.163 Mrd. DM). Bei einer Bruttowertberechnung übersteigt der Wert der unbezahlten Arbeit die Bruttolohn- und -gehaltssumme um 59% (Wo bleibt die Zeit?, Wiesbaden 1994, S.29ff).
Mit dieser Berechnung sollen die Proportionen zurechtgerückt werden, und zwar in mehrfacher Weise:

- Die bezahlte Arbeit ist der geringere Teil der gesellschaftlichen Gesamtarbeit. Gemäß den Wertberechnungen der Wirtschaft werden durch nichtmarktwertbezogene Arbeit mehr Werte erstellt als durch die gesamte Warenwirtschaft.
- Die unbezahlte Arbeit als Wirtschaftsfaktor kommt bis heute in der ökonomischen Theorie nicht vor.
- Die Warenwirtschaft ist nicht in der Lage, ausreichende existenzsichernd bezahlte Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen, im Gegenteil, sie braucht immer weniger bezahlte Kräfte und nutzt immer mehr die unbezahlte Arbeit für sich (home-banking, Geldautomaten, Selbstbedienung etc.).
- Der Raubbau und die Zerstörung unserer natürlichen Lebensgrundlagen werden durch die Warenwirtschaft betrieben und nicht durch die unbezahlte Arbeit.
- Die Mechanismen des profitorientierten Wirtschaftens treiben die Polarisierung der Weltbevölkerung in einige Reiche und immer mehr Arme weiter voran.
- Die Organisation der Warenwirtschaft und die Ausbreitung der Lohnarbeit haben uns verlernen lassen, unsere Alltagsbedürfnisse außerhalb des Warenmarktes zu decken. Unsere Köpfe, unsere Medien sind besetzt nur mit Überlegungen, wie die Rahmenbedingungen der Warenwirtschaft zu verbessern sind, wo die Bevölkerung dafür den Gürtel noch enger schnallen könnte. Die Regierungspolitik in Bonn, in den Ländern und Gemeinden richtet alle ihre Entscheidungen an den Interessen des globalisierten Kapitals und der sogenannten "Standortsicherung" aus.
- Die unbezahlte Arbeit ist ganz überwiegend Frauenarbeit. Frauen werden dafür keineswegs adäquat "belohnt" (z.B. durch eine eigene gesicherte Existenz, durch Einfluß, durch Gleichberechtigung), sondern im Gegenteil durch einen besonders hohen Anteil an der wachsenden Armut bestraft.

Es sprechen viele Gründe dafür - die Aufzählung hier ist sicher noch nicht ausreichend -, das Wirtschaften in einer Gesellschaft von der Reproduktion her neu zu denken.
Denkansätze hierzu sind nicht neu, aber keinesfalls bisher zu einer Theorie entwickelt.

Ein nicht-profitorientiertes Wirtschaften wird heute unter ganz verschiedenen Begriffen abgehandelt. Weitgehend einig ist man sich, daß ein solches Wirtschaften "neben" dem profitorientierten Wirtschaften entsteht, daß nicht erst die weltmarktorientierte Wirtschaftsweise abzuschaffen ist, ehe eine andere Form aufgebaut werden kann. Auch wird weiterhin ein Stück Erwerbsarbeit zur Existenzsicherung notwendig sein.
Übliche Begriffe für den sogenannten "Dritten Sektor" sind: Wirtschaft von unten, Schattenwirtschaft, Lokale Ökonomie, Subsistenzwirtschaft, gemeinwesenorientiertes Wirtschaften, Alternativökonomie, Dualwirtschaft, informeller Sektor, Bedarfswirtschaft, selbstverwaltetes Wirtschaften, Selbstversorgungswirtschaft, Selbsthilfeökonomie, Hauswirtschaft u.a.m. Die Vielfalt der Begriffe ist Ausdruck des unterschiedlichen Selbstverständnisses der jeweiligen Vertreter und Vertreterinnen über ihre Vorstellungen von Form, Inhalt und Ziel dieses "Dritten Wirtschaftssektors". Auch gleiche Begriffe werden für unterschiedliche Inhalte und politische Ziele benutzt.
Ebensowenig eindeutig ist die Bezeichnung der Arbeit, die in diesem Sektor geleistet wird. Übliche Begriffe sind hier: unbezahlte Arbeit, ehrenamtliche Arbeit, Eigenarbeit, Schwarzarbeit, illegale Arbeit, Reproduktionsarbeit, Konsumarbeit, Schattenarbeit u.a.m.
Unter "Eigenarbeit" versteht z.B. J. Rifkin (Das Ende der Arbeit und ihre Zukunft, 1995) die staatliche Lenkung und Kontrolle des nicht mehr benötigten Arbeitskräftepotentials durch steuerliche Begünstigung oder öffentliche Zuwendungen, gelenkt über staatlich anerkannte Institutionen. Die Arbeitsinhalte betreffen alle die Arbeiten, die nicht profitträchtig, aber eben notwendig sind, um den ersten (Privatwirtschaft) und den zweiten (Staat) Wirtschaftssektor zu stärken.
Mein Verständnis von Eigenarbeit ist ein anderes: Sie ist basisdemokratisch organisierte und "gemeinschaftlich selbstbestimmte Arbeit" (F. Haug), die ein nicht-patriarchales, ökologisch und sozial sinnvolles Wirtschaften zum Ziel hat. Dieses Wirtschaften bezeichne ich als "gemeinwesenorientiertes Wirtschaften". Den Begriff habe ich von Susanne Elsen (1996) übernommen. Ganze Bereiche der sich ausdehnenden unbezahlten Arbeit gehören nicht zu dieser Eigenarbeit (z.B. Konsumarbeit, Teile der ehrenamtlichen Arbeit, physische und psychische Reparaturarbeiten für entfremdete Arbeit). Eigenarbeit in dieser Form kann bezahlte und unbezahlte Arbeit sein. Entscheidend für die Zuordnung ist, ob bezahlte oder unbezahlte Arbeit direkt oder indirekt der warenförmigen Mehrwertproduktion dient und unter patriarchal-kapitalistischen Bedingungen eingefordert wird oder basisdemokratisch und kollektiv für das Gemeinwesen organisiert wird.

Dieser andere Arbeitsbegriff und die dazugehörende andere Wirtschaftsweise werden in den allerortens sprießenden Zukunftsentwürfen fast nur von Frauen gedacht und versucht weiterzuentwickeln (z.B. von Biesecker; Busch-Lüty/Jochimsen/Knobloch/Seidl; Elsen; Mies/Shiva; Möller; Mückenberger; Pietilä; Scurrell), während sich die männlichen Denker, auch aus dem linken Spektrum, kaum von dem Kampf für eine bessere Lohnarbeit lösen können.
Eigenarbeit für gemeinwesenorientiertes Wirtschaften wird allerdings nur in einer neuen, nämlich nicht-patriarchalen Weise Chancen haben, eine Anziehungskraft zu entwickeln. Als wichtige Voraussetzungen hierfür benennen die Feministinnen: eine nicht-patriarchale Arbeitsteilung, ein weitgehend, aber nicht prinzipiell geldloser Austausch von Arbeitsleistung, eine Arbeitsbewertung, die die Arbeitszeit zum Maßstab nimmt oder die Notwendigkeit der jeweiligen Arbeit. Voraussetzung sind ebenfalls Arbeitsinhalte, die auch einem regionalen und vorsorgenden Wirtschaften gerecht werden, und eine Arbeitsorganisation, die die Beteiligten gleichgewichtig in Macht- und Entscheidungsfelder einbindet.
Wir brauchen eine Wirtschaftsform, die allen Menschen eine eigenständige Existenz sichert aus der Summe von bezahlter und unbezahlter Arbeit. "Notwendig" ist dabei diejenige Arbeit, die zur Bereitstellung der gewünschten Lebensqualität benötigt wird.
Solches gemeinwesenorientiertes Wirtschaften versteht sich also nicht als Verlängerung der Erwerbsarbeit in die Privatsphäre hinein oder als Ergänzung dieser, sondern als Versuch, bisher zerstörte, unterdrückte und jetzt gewünschte Lebensqualitäten zu schaffen.

Gemeinwesenorientiertes Wirtschaften ist keineswegs etwas total Neues. Gerade in den romanischen Ländern ist der Sektor einer économie sociale stark

ausgeprägt. Auch wir kennen aus den 20er Jahren und den Nachkriegsjahren genossenschaftliche Formen des Wirtschaftens. Solche kooperative Formen beruhen immer schon auf den Grundsätzen:
- Vorrang der Person vor dem Kapital, Entfaltung der Person, auch durch Bildung und Ausbildung; Beitrittsfreiheit; demokratische Verwaltung, Unabhängigkeit und staatsbürgerliche Verantwortung.
Auch heute gibt es wieder eine Menge von Projekten und Gruppen, die solches Wirtschaften praktizieren. (...) Da sind z. B. die Tauschringe, die sich schon in ca. 80 Städten der Bundesrepublik etabliert haben. (...)
Andere schon praktizierte Formen von gemeinwesenorientiertem Wirtschaften finden sich in Handwerker-Selbsthilfe-Werkstätten, in feministischen Gesundheitszentren, in Kulturprojekten, in Seniorengenossenschaften (wo meine Arbeitsleistung heute gutgeschrieben wird für später, wenn ich Unterstützung von anderen brauche), in Gruppen mit landwirtschaftlicher Selbstversorgung, in Projekten zur Kinderbetreuung, in Umweltprojekten, im Bau von bezahlbaren Wohnungen u.a.m. Zum Teil existieren solche sich selbstversorgenden Gemeinschaften, in denen "Leben und Arbeiten" wieder eine Einheit sind, schon seit Ende der siebziger Jahre, wie z.B. Niederkaufungen in Hessen oder die Sozialistische Selbsthilfe in Köln-Mülheim.
Eigenarbeit sollte sich gemäß diesen Ansätzen von der Basis her entwickeln: den Haushalten, dem Quartier, dem Dorf, der Stadt. Aufgabe des Staates als Verwalter von Steuergeldern wird es sein, durch Umverteilung der Steuern eine mehrheitlich kostenlose Infrastruktur für diese Wirtschaftsweise bereitzustellen.

(Dieser hier gekürzte Artikel erscheint vollständig in der SoZ 8/97.)

Ute Abraham

Keine faulen Kompromisse mehr...

„Millionen Menschen schaukeln in der Hängematte. Wir leben in einer Freizeitgesellschaft. Alle Risiken und negativen Folgen der industriellen Entwicklung und kapitalistischen Eigentums- und Wirtschaftsordnung sind, wenn auch nicht abgeschafft, so doch abgeschwächt." Mit der Realität konfrontiert, platzt die Blase der Wohlfahrtsromantik schnell.
Als die "soziale Frage" im 19. Jahrhundert auf der Tagesordnung stand, war sie mit der Arbeiterfrage identisch. Eine starke Arbeiterbewegung und eine zeitweise mächtige Sozialdemokratie regten die Fantasie des damaligen Reichskanzlers an. Die Sozialpolitik wurde erfunden. In der Folgezeit entwickelte sich ein Versicherungssystem, das sich auf den kontinuierlich arbeitenden Lohnarbeiter bezog. Bei Krankheit, Invalidität und Alter ergaben sich Rechtsansprüche aufgrund eigener Vorleistungen, in Höhe ihrer Beiträge.
Soziale Leistungen für Nicht-LohnarbeiterInnen leiteten sich über die Fortführung der Wohlfahrts- bzw. Armenpolitik ab. Sie wurden nach dem Fürsorgeprinzip organisiert, d.h. nur bei Bedürftigkeit und nach Prüfung des Einzelfalles und aufgrund einer hoheitlichen und bürokratischen Entscheidung.
Durch die Mobilisierung von kollektiven Interessen der Arbeitermänner unter weitgehendem Ausschluß von Frauen als Kollektiv, entstand als Kompromiß der Sozialstaat..
Der Klassenkompromiß und das aus ihm hervorgehende institutionelle Ensemble war nicht nur ein Kompromiß mit geschlechtsspezifischer Wirkung, sozusagen ein Kompromiß auf Kosten der Frauen, sondern das Geschlecht als eine männerbündische Interessenskonstellation war eine zentrale Grundlage des Kompromisses selbst. Bei der Entstehung des Sozialstaates wurde für Frauen kein individuelles Rechts-, sondern ein paternalistisches Schutzverhältnis konzipiert.

"In dieser Zweiteilung des Sicherungssystems, in dem sich im oberen Netz vorwiegend Männer, im unteren die Frauen wiederfinden, kommt eine systematisch angelegte Spaltung des Sozialstaates zum Ausdruck, die sich auf zwei verschiedenen Ordnungsprinzipien gründet und in Deutschland im Gegensatz zu anderen Ländern über zwei Kriege und Katastrophen hinweg eine erstaunliche Kontinuität bewahrt hat. Es ist die Spaltung in eine Arbeiter- und eine Armutspolitik."(Ute Gerhard)
Diese eigentümliche Kontinuität wird insbesonders in der Diskussion um die Zukunft von Arbeit deutlich. Trotz mehr als zwanzig Jahren feministischer Diskussion, die letztlich nur erneut zur Sprache brachte, was seit Beginn der Industrialisierung bereits Realität war - die Existenz von unbezahlter Arbeit, wird nahezu ungebrochen ausschließlich über bezahlte - also Erwerbsarbeit - diskutiert. Sie ist gemeint, wenn die Rede davon ist, daß dieser Gesellschaft die Arbeit ausgeht.
Wie reagieren wir auf den Umbau bzw. die Abschaffung des Sozialstaates, der sich daran orientiert, Leistungen zu kürzen, um die Menschen umfassend für die Bedürfnisse der modernen Industriegesellschaft nach flexiblen, mobilen und genügsamen Arbeitskräften verfügbar zu machen?
Die Verteidigung des Sozialstaates bzw. Abwehrkämpfe gegen die krassen Leistungskürzungen sind zunächst nichts anderes als der Wunsch nach Beibehaltung eines Systems patriarchaler Herrschaft, von dem Männer sowohl in der Arbeitsteilung in der Familie wie auch auf dem Arbeitsmarkt profitieren.
Wir brauchen einen neuen Gesellschaftsvertrag, der Männern und Frauen gleichermaßen eine Sicherheit auf eine menschenwürdige Existenz gibt. Die Forderung nach einem garantierten Grundeinkommen ist ein Weg, über neue Utopien nachzudenken. Sie birgt die Chance in sich, daß der Begriff "Arbeit" neu definiert, die Bedeutung von nichtmarktvermittelter, gebrauchswertorientierter Arbeit in die politische Diskussion gebracht werden kann. Letztendlich ist die Forderung nach einer Grundsicherung nur dann durchsetzbar, wenn die Erwerbsarbeit nicht als einzige Chance für eine "anständige" Existenzsicherung und Möglichkeit auf soziale Sicherheit gesehen wird; und wenn die bisherige Umsonstarbeit, sei es in der Familie oder in kulturellen, sozialen, politischen Projekten als eine notwendige und wünschenswerte Arbeit anerkannt wird, die von der Gesellschaft zu finanzieren ist.
Die Forderung nach einer Existenzsicherung, die alle am gesellschaftlichen Leben teilhaben läßt, stellt sich quer zum neoliberalen Projekt, das an Stelle der gesellschaftlichen Menschheit Wachstum, Wettbewerb und Profit zur obersten Regelinstanz machen will.

AG 4/1

Sozialbündnisse, garantiertes Mindesteinkommen und Existenzrecht

Das garantierte Normalarbeitsverhältnis ist durch die neoliberale Deregulierungspolitik endgültig zu einem minoritären Modell geworden. Gegenüber gewerkschaftlichen Abwehrkämpfen, die es zum zentralen Bezugspunkt nehmen, formuliert das Eintreten für ein

egalitäres Existenzrecht eine andere Perspektive. Sein Maßstab ist der gleichberechtigte Zugang zu den gesellschaftlichen Ressourcen unabhängig von Geschlecht, Nationalität und Erwerbsbiographie. Dies erfordert eine Entkopplung von (Lohn-)Arbeit und Recht auf Einkommen.
Die geltenden sozialen Sicherungssysteme sind hingegen von einem patriarchal geprägten und ausschließenden Arbeitsbegriff abgeleitet. Ute Abraham wird Ansätze zu einer feministischen Kritik des Sozialstaats vorstellen.
Michael Bättig von der Arbeitslosenselbsthilfe Oldenburg wird die Debatte um ein Existenzgeld innerhalb der Erwerbslosenbewegung nachzeichnen und es von rechten Modellen der Existenzsicherung abgrenzen.
Zwei VertreterInnen der Sozial-AG von FelS werden eine kritische Bilanz aus den praktischen Erfahrungen und Widersprüchen innerhalb des Berliner Sozialbündnisses ziehen.

AG 4/2

Widerstand gegen Zonierung und Ausgrenzung

Mit dem Neoliberalismus verknüpft ist eine Sozialpolitik, die nicht die Armut bekämpft, sondern die Armen. In Lateinamerika hat sie bereits Formen des sozialen Krieges angenommen: Todesschwadronen, deren Terror nicht mehr die organisierte Linke trifft, sondern Straßenkinder und Kleinkriminelle, Prostituierte und Schwule.
Aber auch in europäischen Metropolen verschärfen sich Strategien der Ausgrenzung, die sich gegen stigmatisierte Menschengruppen richten. Obdachlose, jugendliche MigrantInnen, DrogenkonsumentInnen und andere Menschen, die das glatte Erscheinungsbild der Konsummeilen stören, sollen aus den Innenstädten vertrieben werden. Die Privatisierung des öffentlichen Raumes wird über Platzverweise, permanente Kontrolle und polizeiliche Repression vorangetrieben.
Gegen diese Politik der sozialen "Säuberung" haben sich in Städten wie Hamburg, Berlin, Köln, Hannover u.a. Bündnisse gebildet, die für Anfang Juni zu "Innenstadt-Aktionstagen" aufrufen.
Darüber berichten Dirk Hauer vom "Blauen Montag" Hamburg und Britta Grell vom Berliner Bündnis.

AG 4/3

Selbstverwaltete Projekte und alternative Formen der Ökonomie

Selbstverwaltete Projekte verstehen sich als eine Alternative zur herrschenden kapitalistisch-patriarchalen Ökonomie, also ein Gegenmodell. Alternative Ökonomie ist aber ein situativ vieldeutiger Begriff. Darunter können auch „Grüner Kapitalismus", Tauschringe, soziale Ökonomie gefaßt werden. Menschen, die immer noch nicht aufgeben wollen, entwickeln gemeinwesensorientierte Wirtschaftsmodelle, die sie als Gegenpol zur globalisierten Profitmaximierung verstanden haben wollen. Solche Modelle beinhalten die Rekonstruktion der Einheit von Arbeit und Leben mit der natürlichen Umwelt und einer gewachsenen Kultur.

Erna Dinklage, Musik

Angesichts der Massenarbeitslosigkeit scheint es nicht möglich, das „Normalarbeitsverhältnis", das die wenigsten Frauen überhaupt je innehatten, für alle Herausgefallenen zu propagieren. VertreterInnen der alternativen Ökonomie haben es schon lange gegen die Hoffnung auf das andere und bessere Leben und Arbeiten eingetauscht.
In der Arbeitsgruppe soll danach gefragt werden, was eigentlich „alternative Ökonomie" und „selbstverwaltete Wirtschaft" ist. Und es soll auch der Frage nachgegangen werden, was aus der „alten Illusion" einer sinnvollen, selbstbestimmten, kollektiv organisierten Arbeit in Alternativprojekten, durch die die Mit- und Umwelt keinen Schaden erleidet, geworden ist. Anhand von Beispielen, besonders des HandwerkerInnenkollektivs „Bauwerkstatt", werden Chancen und Risiken konkret gelebter Utopien diskutiert.
Mit Gisela Notz (Bonn), Klaus-Dieter Heß (Wuppertal), und Barbara Fritz, „Bauwerkstatt, HandwerkerInnenkollektiv" in Hannover.

AG 4/4

Kommunebewegung und Hausbesetzungen

Zu den Versuchen, ein solidarisches Netz im kleinen zu schaffen, zählen sicherlich auch Kommunen und andere Formen gemeinschaftlichen Lebens und Wohnens. Die Akzente, die von ihnen gesetzt wurden, waren dabei durchaus unterschiedlich. Was unter Kollektivität verstanden wurde, hatte viele Gesichter.
In der Arbeitsgruppe sollen verschiedene Projekte vorgestellt werden. Anhand ihrer Erfahrungen kann über die Möglichkeiten und Grenzen dieser Wohn- und Lebensform diskutiert werden.
Die "Comunidad del Sur" in Montevideo/Uruguay, ursprünglich anarchistischen Ursprungs, existiert seit 1955 und überstand die Jahre der Diktatur im Exil. Sie hat wie die Kommune Niederkaufungen eine weitreichende gemeinsame Ökonomie ohne Privateigentum. Sie kooperiert mit anderen Genossenschaften und fühlt sich dem Gedanken der sozialen Ökologie verpflichtet.
In der Hafenstraße (Hamburg) überwog gegenüber dem Kommunegedanken zunächst das Widerstandsmoment. Es ging darum, sich gegen den Staat einen Freiraum zu erkämpfen, in dem selbstbestimmte Formen des Lebens jenseits der Vereinzelung sich erst entfalten können. Wichtig blieb auch immer die politische Wirkung nach außen und die Verankerung im Stadtteil.
Mit Alejandra Castro aus der Comunidad del Sur (lebt z.Zt. in Hamburg), Carlos Abbenseth aus der Hafenstraße und Dieter Bensmann, langjähriges Mitglied der Kommune Niederkaufungen, z.Zt. Hamburg.

FORUM 5

Emanzipation neu denken

Es ist ein anspruchsvoller Titel. Er hat Auftragscharakter und beinhaltet gleichzeitig eine Feststellung: Gesellschaftliche Emanzipation wurde gedacht - doch so, wie sie gedacht wurde, erreichte sie das Ziel nicht, der Erfolgskurs war weit davon entfernt, sich einzustellen.
Doch was heißt überhaupt Emanzipation? Was hieß Emanzipation?
Es ist ein Begriff der unbestimmten Inhalte, buntschillernd je nach politischer Ausrichtung der SprecherIn. Allgemeingültig ist nur seine überaus positive Konnotiertheit. Emanzipation suggeriert „Fortschritt", „Veränderung", „Entwicklung". Doch auch bei diesen Begriffen stellt sich die Frage, was sich dahinter verbirgt.
Wo ist also anzusetzen bei der Formulierung und Umsetzung einer Politik, die sich im Kontext des Spannungsgefüges befindet, in Zeiten zunehmender Entsolidarisierung und dem allgemein ausgerufenen Ende gesellschaftlicher Visionen, Ideen von gemeinschaftlicher, solidarischer Widerständigkeit formulieren zu wollen?
In diesem Forum wollen wir Fragestellungen und Thesen zur Diskussion stellen, die u.a. aus der Arbeit des BUKO-AS "Nachhaltigkeit und Herrschaft (Schwertfisch)" hervorgegangen sind und die im Text beispielhaft in ihren verschiedenen Facetten angerissen werden. Diese Fragestellungen und Diskussionen werden im Forum entlang der folgenden Schlaglichter und deren wechselseitigem Wirkungsgefüge entfaltet:
* Autonomie und Ökologie
* Kritik des Entwicklungsdenkens
* Organisierung und Widerständigkeit
* Identitätspolitik

Erna Dinklage, Feuer

Zu jedem dieser Themenschwerpunkte wird es ein Eingangsstatement geben mit anschließender Podiumsdiskussion der ReferentInnen. Die Eingangsstatements werden kurz schriftlich fixiert, um den im Anschluß stattfindenden AGs´, die sich zu den einzelnen Themenschwerpunkten zusammenfinden sollen, zur Verfügung zu stehen.

Autonomie und Ökologie

Ökologisches Denken ist häufig geprägt durch das Motiv der Einfügung des Menschen in übergreifende, "natürliche" Gesetzmäßigkeiten. Dies scheint erstmal im Widerspruch zu seiner autonomen Selbstentfaltung zu stehen, zu der Konzeption der Verfaßtheit des Menschen westlicher Kulturen als Individuum. Demgemäß sollte der ökologische Mensch nicht alles tun, was er - rein technisch gesehen - bewerkstelligen kann, vielmehr habe sich sein Handeln dem obersten Wert der "Bewahrung der Schöpfung" unterzuordnen.

In seiner modernisierungskritischen Ausprägung ist dieses Denken zutiefst kulturpessimistisch und zivilisationskritisch geprägt: Vor allem KlimaschutzexpertInnen verkünden häufig die These, daß die bevorstehende "Klimakatastrophe" schon heute nicht mehr aufzuhalten sei.
In der modernisierungsbefürwortenden Variante fordern ÖkologInnen hingegen eine ihrer Meinung nach auch durchaus realisierbare technologische "Effizienzrevolution", eine ökologisierte Revolution der Technologie, die den immer geringeren Einsatz von Ressourcen zur Erzielung desselben Produktionseffektes möglich machen soll. Parallel dazu wird die Umstellung der Lebensstile und Konsumgewohnheiten im Sinne der "Suffizienz", also eines arbeitsintensiveren, genügsameren und zum Teil enttechnisierten Alltagslebens außerhalb des nach wie vor großtechnologisch operierenden Weltmarktsektors gefordert.

Auch das Streben nach Autonomie läßt sich gut vor dem Hintergrund der jeweiligen Beurteilung von Modernität interpretieren: Die modernisierungskritische

Position wehrt sich dabei gegen die fortschreitende Verwandlung von Menschen in "Individuen" (ESTEVA) sowie gegen die damit einhergehende Zerstörung von Gemeinschaftlichkeit und sozialer Beziehungsfähigkeit und deren Ersetzung durch formale Organisationen und kapitalistische Märkte. Subjektive Autonomie wird hierbei nur im Rahmen gemeinschaftlicher Subsistenzsicherung für möglich und sinnvoll gehalten. In einer ökofeministischen Ausprägung fordert diese modernisierungskritische Position eine tiefgreifende kulturelle Umorientierung im Sinne matriarchaler Werte und die freie gesellschaftliche Entfaltung von Weiblichkeit und Mütterlichkeit: die Mutter-mit-ihren-Kindern (v.WERLHOF) müsse im Zentrum des gesellschaftlichen Zusammenlebens stehen, da es ohne sie schlichtweg keine Gesellschaft geben könne.

Die modernisierungsbefürwortende Variante des Strebens nach Autonomie betont hingegen die befreiende Wirkung des modernen Individualismus, der viele repressive Strukturen traditionalistischer Gemeinschaftlichkeit entmachtet habe. Die (post-) modernen Zeiten haben demnach nicht nur repressive Züge, sondern erlauben es den Einzelnen auch, sich zu entfalten, z.B. indem starre Normalitätsgrenzen überschritten, "Grenzerfahrungen" gemacht werden. Vom Computerspiel über das Rasen auf der Autobahn bis hin zur Vielfältigkeit von Mode und Sexualpraktiken vermitteln individuelle Freiheitsgefühle und Grenzerfahrungen einen "thrill", der mit festgefügten gesellschaftlichen und gemeinschaftlichen Strukturen in Konflikt geraten kann und diese unter Veränderungsdruck setzt. Die feministische Variante dieses Ansatzes fordert Frauen auf, sich den ihnen traditionell zugeschriebenen Werten von familialer Fürsorglichkeit, Mütterlichkeit und Weiblichkeit zu entziehen und sich in ihrem Streben nach Autonomie von nichts und niemandem abbringen zu lassen.

Aus der Problematik, daß modernisierungskritische Positionen eng mit kulturellen Leitbildern von Traditionalismus, ideologischer Engstirnigkeit und Repressivität gegenüber dem Individuum verbunden werden, modernisierungsbefürwortende Positionen hingegen dem kulturellen Herrschaftsanspruch des Westens zumeist nichts kritisches entgegenzusetzen haben, ergibt sich die Fragestellung, wie im Sinne anstrebenswerter emanzipatorischer Leitbilder sozialer Verträglichkeit und Naturverträglichkeit dieses Spannungsfeld zwischen individueller Autonomie und Ökologie zu lösen ist.

Kritik des Entwicklungsdenkens

Leitbilder von Fortschritt und Entwicklung sind universalistische Ideologien, d.h. es handelt sich um humanistische westliche Heilsversprechen, die prinzipiell für alle Menschen formuliert werden. Doch offensichtlich gelangte vor dem Hintergrund ökologischer Krisenwahrnehmung das über Jahrzehnte gültige Leitbild „nachholender" Entwicklung an sein offizielles Ende. An seine Stelle scheinen Konzepte von „nachhaltiger Entwicklung" gesetzt worden zu sein. Indirekt beleuchtet jedoch diese Orientierung die Problematik, inwiefern universalistisch gedachter Fortschritt und Entwicklung nicht grundsätzlich zur Disposition stehen. Diese ideologische Verunsicherung betrifft aber keineswegs nur "die Herrschenden", sondern stellt auch die Zielrichtung der Projekte und Kampagnen der Solibewegung, speziell auch des "Bundeskongress entwicklungspolitischer Aktionsgruppen" in Frage. Welchen Leitbildern globaler Fairneß, Gerechtigkeit und Befreiung folgen wir eigentlich? Und inwiefern besorgen wir dabei zu einem guten Teil auch das Geschäft besagter Herrschender, indem wir die Leitbilder von Menschenrechten, Demokratie, effektiver Organisierung und Wohlstand etc. per "Entwicklungshilfe und Projekthuberei" quasi exportieren und dadurch kulturell eigenständige Prozesse in den betreffenden Regionen blockieren? Tragen wir damit letztlich zur Verbreitung von Leitbildern bei, die für die betreffenden Menschen im Grunde genommen - zumindest in der westlichen Interpretation - weder wünschenwert noch realisierbar sind? Diese Fragen verweisen auf politische Orientierungsprobleme grundsätzlicher Art, d.h. sie lassen sich nicht durch einen bloßen "Strategiewechsel", etwa in den Soligruppen, beheben. Das Den-

ken in den Kategorien von Entwicklung und Fortschritt gehört vielmehr zum Kernbestand auch "linker" Gesellschaftskritik.

Organisierung und Widerständigkeit

Widerständigkeit läßt sich formal weder verordnen noch ermutigen, sie definiert sich vielmehr zu bestimmten Zeitpunkten und an konkreten Orten. Menschen, die sich gegen soziale Ausgrenzung und gegen die herrschaftsförmige Beschneidung ihres Freiraums zur Wehr setzen, benötigen hierfür nicht in jedem Fall universell gültige Ideologien von Fortschritt und Entwicklung, sie brauchen aber konkretes und auch für Laien erfassbares Wissen, z.B. über Atom- oder Gentechnologie oder über einen in ihrer Region investierenden Konzern. Das heißt, einerseits ist die Aufarbeitung konkreten Wissens eine wichtige Aufgabe, die andererseits - das hat die Geschichte sozialer Bewegungen in der BRD gezeigt, mit Prozessen der Professionalisierung und formalen Organisationsbildung oft Hand in Hand ging, der sogenannten NGOisierung, bei denen der ursprüngliche emanzipatorische Gehalt der verfolgten Ziele verloren ging.

Auch die Vernetzung zu überregionalen Protestbewegungen erfolgt immer wieder problem- und zeitpunktbezogen und ist auf den "langen Atem" von Organisationen, welche auch in "Bewegungsflauten" die Vernetzungsstrukturen aufrechterhalten, nur bedingt angewiesen. Aus diesen Betrachtungen ergibt sich die Fragestellung, ob nicht die Verbindlichkeit und die Kontinuität der inhaltlichen Arbeit wichtiger ist als die Aufrechterhaltung der Organisationsstruktur, wobei letzteres ersteres vielleicht eher behindert als ermöglicht? Es erscheint als eine relevante Frage, wievielen "Hauptamtlichen" in den Soligruppen tatsächlich eine kontinuierliche inhaltliche Arbeit möglich ist. Wieviel Lebenszeit und soziale Energie versickert in Arbeiten (z.B. dem Schreiben von Finanzanträgen), die oft nur einem einzigen Sinn dienen: der Aufrechterhaltung der Struktur.

Die Frage ist also, wie eine verbindliche und kollektive Widerständigkeit jenseits dieses selbstbezüglichen "Organisierens um der Aufrechterhaltung der Organisation willen" aussehen sollte. Was gewinnen, was verlieren wir, wenn wir unsere politische Verbindlichkeit nicht mehr an festgefügten Organisationsstrukturen und den entsprechenden (basis-) demokratischen Prozeduren - etwa in einem Verband wie dem BUKO - festmachen?

Identitätspolitik

Ein Element formaler Organisierung ist die damit einhergehende Schaffung von Identitäten. Mit dem Verlust von Organisationsstrukturen entsteht das Problem, daß damit die Möglichkeit entfällt, sich unhinterfragt auf ein kollektives "Wir" in Abgrenzung zum "Anderen" beziehen zu können. Diese Bezugnahme ist zunächst einmal ein allgemeines gesellschaftliches Phänomen, das noch nichts Spezielles über Emanzipationsbestrebungen aussagt - jeder Fanclub, jede "corporate identity", jede kollektive Diskriminierung von Menschen, sei sie rassistischer, sexistischer und/oder nationalistischer Art, funktioniert über Identitätsbildung. Die i.w.S. "politische" Schaffung kollektiver Identitäten und die damit einhergehende Ab- und Ausgrenzung von "Anderen" ist sogar der Herrschaftsmechanismus schlechthin. Das Vertrackte an der Identitätspolitik ist nun, daß auch soziale Bewegungen nicht ohne sie auszukommen scheinen. Jede "Selbstorganisation" unterdrückter Minderheiten (Ethnien, Schwule und Lesben, Behinderte etc.) oder Mehrheiten (Frauen, Schwarze in Südafrika etc.) schreibt ja zunächst die gesellschaftliche Zuordnung der entsprechend diskriminierten Menschen nach Kriterien wie Rasse, Klasse, Geschlecht oder ähnlichem fest: Wer sich als SchwarzeR mit anderen Schwarzen gemeinsam befreien will, muß sich auch selbst als SchwarzeR definieren und fühlen. Es geht dann sehr schnell nicht mehr darum, von der Willkürlichkeit einer in Rassenkategorien verhafteten gesellschaftlichen Zuschreibung befreit zu werden, sondern es geht plötzlich um die gesellschaftliche Anerkennung des "Schwarzseins" als positiv bestimmter Qualität. Das Gleiche gilt hinsichtlich der eindeutigen, naturhaften und unveränderlichen Zuordnung aller Menschen nach Geschlecht: (fast) niemand kann sich in dieser Gesellschaft dem lebenslangen Urteil, Mann oder Frau sein zu müssen, entziehen. Um was aber geht es zum Beispiel der Frauenbewegung? Um die ökofeministische" Befreiung der Weiblichkeit oder um die "dekonstruktivistische" Befreiung von der Weiblichkeit?

Auch die orthodox-linke Orientierung am Proletariat bleibt in dieser Hinsicht histo-

Erna Dinklage, Hommage à Michelangelo

risch uneindeutig: Ging es der ArbeiterInnenbewegung um die Befreiung aller Menschen von der gesellschaftlichen Zuschreibung als "ProletarierInnen"? Oder ging es ihr um die gesellschaftliche Aufwertung der "ArbeiterInnenklasse" - bis hin zur "Diktatur des Proletariats"?

Die übliche Ausrede in puncto Identitätspolitik lautet, daß die auf ihr basierende "Selbstorganisation" sozialer Bewegungen eine kurz- und mittelfristige historische Notwendigkeit sei, deren langfristiges Ziel darin bestehe, sich selbst überflüssig zu machen. Wir wissen heute allerdings, daß historische Prozesse so nicht verlaufen. Beteiligt sich nicht derjenige, der aus emanzipatorischer Sicht Identitätpolitik betreibt, ebenfalls an der herrschaftsförmigen Ausgrenzung Anderer und entmutigt, ja bekämpft sogar deren Versuche, andere Wege der Befreiung zu gehen? Die geschichtsphilosophische Aussage, aus einer erfolgreichen emanzipatorischen Identitätspolitik ergebe sich irgendwann die gesellschaftliche "Dekonstruktion" des in Rede stehenden rassischen, sexuellen, klassenmäßigen oder anders bestimmten Zuordnungskriterium quasi von selbst, erscheint im Rückblick als illusionsgeladene Utopie, und dient vielfach eher dazu, KritikerInnen zum Schweigen zu bringen, sie auf eine gemeinsame Linie einzuschwören.

Was aber folgt aus der Kritik an der Identitätspolitik in praktischer Hinsicht? Wie läßt sich zum Beispiel unsere auf kollektiven Identitätszuschreibungen gegründete gesellschaftliche Arbeitsteilung - jenseits von formalen Quotierungsregeln und Antidiskriminierungsgesetzen - aus den Angeln heben? Und was bedeutet dies für unser eigenes politisches Selbstverständnis als "Linke" "Feministinnen" und/oder "InternationalistInnen"?

Emanzipation neu denken

Zur Arbeitsweise der AGs´:

"Emanzipation neu denken" hat Auftragscharakter. Es sollte heißen, nicht bei der bloßen Kritik stehen zu bleiben, quasi im historischen Rückblick zu verharren. Bei allen vier genannten Schwerpunktthemen besteht ja das Hauptproblem genau darin, aus den Fixierungen bisheriger Emanzipationsstrategien auszubrechen und das Andere zu denken. Was in dieser Hinsicht nötig ist, sind nicht verbohrte ideologische Debatten - z.B. zwischen "IdentitätspolitikerInnen" und "DekonstruktivistInnen" - sondern Phantasie und Kreativität bei dem Versuch, aus solchen alten und neuen ideologischen Frontstellungen herauszukommen.

Leitfragen für die Arbeit in den Arbeitsgruppen wären beispielshaft:
* Wie dringlich und politisch sinnvoll erscheint eine Neuorientierung emanzipatorischer Politik (im Hinblick auf das gewählte Schwerpunktthema) vor dem Hintergrund der konkreten politischen Arbeit?
* Wo gibt es im Alltag praktische Ansatzpunkte für die geforderte Neuorientierung? Welche konkreten Dinge sind in Bezug auf eine Neuorientierung zu ändern, was würde hierdurch nicht in Frage gestellt?
* An welchen Punkten läuft die geforderte Neuorientierung emanzipatorischer Politik Gefahr, selber zur Entradikalisierung der Kritik und zur Modernisierung von Herrschaft beizutragen?

Alle Referentinnen werden gebeten, einige Kernpunkte ihrer statements schriftlich zu fixieren. Jeder AG stehen somit die Notizen aller Referentinnen zur Verfügung. Das in der AG diskutierte Schwerpunktthema sollte dann auch durchaus bereits zu den anderen Themen in Beziehung gesetzt werden, was sich bei den vielen inhaltlichen Querverbindungen und Überschneidungen quasi von selbst ergeben müßte.

Wider dem rassistischen Normalzustand!

AUFRUF

Aufruf zur bundesweiten Demonstration gegen Abschiebeknäste

Ausgrenzung und Vertreibung von Flüchtlingen und anderen MigrantInnen lautet die Devise. Schritt für Schritt werden seit Jahren die gesetzlichen Grundlagen und die Einrichtungen geschaffen, daß dieses möglichst reibungslos und effizient durchgeführt werden kann. Die faktische Abschaffung des Grundrechts auf Asyl im Mai 1993 durch den deutschen Bundestag, Sondergesetze zur Sozialhilfe, massive Einschränkungen bezüglich Arbeitsmöglichkeiten und Gesundheitsversorgung, ständige Unsicherheit und drohende Abschiebung, die Unterbringung in Sammellagern und Inhaftierung in Abschiebeknästen sind bittere Realität für MigrantInnen und Flüchtlinge. Für Frauen ist diese Wirklichkeit zusätzlich geprägt von der Nichtanerkennung frauenspezifischer Fluchtgründe und sexistischer Verfolgung, von rassistisch-sexistischer Ausbeutung und der Abhängigkeit des Aufenthaltsstatus vom Ehemann. Rassistische Morde, Anschläge und Übergriffe, Beleidigungen und Demütigungen durch deutsche BürgerInnen einschließlich nur-ihre-Pflicht-tuender und nicht selten offen rassistischer BürokratInnen in den Behörden kennzeichnen den rassistischen Normalzustand in diesem Land. Dazu gehört auch, daß die Opfer rassistischer Gewalt zu TäterInnen gemacht, eingesperrt und/oder abgeschoben werden, wie es im Fall des Brandanschlags von Lübeck geschehen oder vorgesehen ist. Wesentlicher Bestandteil der rassistischen Flüchtlingsvertreibungspolitik sind die Abschiebeknäste, Endstation für viele Flüchtlinge vor ihrer Abschiebung. Die umgebaute Kaserne im Wald von Büren, 10 km von der Stadt entfernt, umgeben von einer 5 m hohen Betonmauer und Stacheldraht, ist Symbol für die Ausgrenzung und Einsperrung von Flüchtlingen. Mit 600 Haftplätzen ist er einer der größten Männerabschiebeknäste der BRD, der es der nordrhein-westfälischen Ausländerverwaltung ermöglicht hat, die Abschiebezahl deutlich zu erhöhen. Dies hat sich auch unter der rot-grünen Regierungsverantwortung in NRW nicht geändert. Es ist abzusehen, daß Büren in der kommenden Zeit eine zentrale Bedeutung bei der Durchsetzung der Massenabschiebungen und -vertreibung nach Bosnien und Ex-Jugoslawien zukommen wird. Das gleiche gilt für den einzigen Frauenabschiebeknast der BRD in Neuss.

Während MigrantInnen und Flüchtlinge sich gegen den rassistischen Normalzustand zur Wehr setzen, angefangen damit, daß sie trotz massiven Vertreibungsdruck - zur Not auch illegal - hier leben, über politische Aktivitäten gegen Rassismus und Diskriminierung, bis hin zu Aufständen in den Abschiebeknästen, gibt es seitens der deutschen Bevölkerung kaum antirassistischen Widerstand.

Mit der Demonstration am Abschiebeknast in Büren wollen wir die Flüchtlinge in ihrem Widerstand unterstützen und ein Zeichen setzen gegen eine rassistische (Flüchtlings-)Politik, deren Kern die systematische und effiziente Ausgrenzung und Einsperren von Menschen ist.

Die Vorbereitungsgruppe des BUKO 21 ruft alle KongreßteilnehmerInnen zur Beteiligung an der Demonstration gegen den Abschiebeknast in Büren auf.
Sonntag, 1. Juni 1997, ab 14.00 Uhr am Abschiebeknast.
Anschließend Demonstration in Büren.

bundesweite
Demo gegen die herrschende Flüchtlings-/Asylpolitik
am Abschiebeknast **Büren**
1. Juni, 13 UHR

Anträge der Mitgliedsgruppen für den BUKO

AKTION 3.WELT Saar

Antrag 1

Hausverbot für Polizei - Politische Diskussion braucht Freiräume

Der BUKO duldet auf seinen eigenen Veranstaltungen (z.B. Kongresse, Seminare ...) keine Polizei und erteilt Ihr Hausverbot. Darin eingeschlossen sind auch Angestellte von Landeskriminalämtern und Verfassungsschutzbehörden. Unter polizeilicher Beobachtung ist keine freie Diskussion möglich. Freiheitsrechte wie z.B. freie Diskussionen sind im Verlauf der Geschichte nicht als Geschenk vergeben sondern hart erkämpft worden. Die Anwesenheit von Polizei dient dem Sammeln von Informationen über den Veranstalter und das Publikum für die eigene Ermittlungsarbeit.

Bei Kooperationsveranstaltungen - wenn der BUKO nicht alleiniger Veranstalter ist - wirbt der BUKO bei den Kooperationspartnern für diese Position. Der BUKO fordert seine Mitgliedsgruppen auf, ebenfalls keine Beobachtung der eigenen Veranstaltungen durch Polizei zu dulden.

Hintergrund: Im Saarland versucht die Polizei immer häufiger Veranstaltungen der AKTION 3.WELT Saar zu beobachten.Zum Beispiel: Referat des Rechtsanwaltes Michael Schubert aus Freiburg über Umgang mit KurdInnen in der BRD; Diskussion mit einem Mitarbeiter des DISS (Duisburger Institut für Sprach und Sozialforschung) über Sozialarbeit mit rechten Jugendlichen; Vortrag eines Studienleiters der evangelischen Akademie Mülheim/Ruhr über Kirchenasyl. Allein 1996 gab/gibt es zwei Verfahren, weil wir Polizei in unseren Veranstaltungen Hausverbot erteilten. Bereits 1987 wurde der BUKO in einer Bundestagsdebatte vom damaligen BMZ Minister Klein als Sammelbecken von Chaoten und Terroristen aus der Hamburger Hafenstraße, dem Widerstand gegen die Startbahn West und die WAA Wackerdorf bezeichnet.

Antrag 2

Wider die eigene Abwicklung

Der BUKO nimmt sich ab dem nächsten Jahr wieder mehr Zeit für die Diskussion über die Umsetzung seiner politischen Schwerpunkte. Die bisherige Praxis, die BUKO Politik kurz vor der Abreise am Sonntagmorgen zu diskutieren, ist nicht zweckgemäß. Alle Anliegen (Anträge, Resolutionen aus den AG's, Wahl zum Koordinierungsausschuss...) werden unter starkem Zeitdruck abgewickelt.

Mit der bisherigen Praxis wird die Zweiteilung des Kongresses verstärkt: Auf der einen Seite die Wahrnehmung der Foren und AG's als politische Service- und Dienstleistungen - so wie es in jedem Supermarkt geschieht. Auf der anderen Seite stehen dann einige Unverbesserliche, die es immer noch nicht lassen können, die gerade diskutierte Theorie in politische Praxis umzusetzen. Auch wenn wir in einer Marktwirtschaft leben - niemand zwingt uns, diese Gesetze in jeder Situation anzuwenden.

Antrag 3

Abdullah Öcalan einladen

Der BUKO beschließt für seinen Kongreß in 1998, den Vorsitzenden der „Kurdischen Arbeiterpartei" PKK, Abdullah Öcalan, einzuladen. Der BUKO hat in der Vergangenheit häufigerMenschen aus der sogenannten 3.Welt eingeladen, um mit Ihnen , und nicht über sie, zu diskutieren. Gerade die Politik der PKK wird innerhalb des BUKO's unterschiedlich bewertet. Die Anwesenheit von Abdullah Öcalan würde die Möglichkeit bieten, Informationen aus erster Hand zu erhalten und umgekehrt die eigene Kritik zu äußern. Dies sehen wir als eine der Grundvoraussetzungen an für einen konstruktiven, kritischen Dialog.

Zur Gewährleistung der Einreise von Abdullah Öcalan in die BRD wird sich der BUKO in der nächsten Zeit verstärkt um eine politische Lösung der Kurdistanfrage bemühen und den politischen Eliten in Bonn auf die Pelle rücken.

FORUM/alaska

Gewinnung von neuen Mitgliedsgruppen

Der BUKO möge beschließen:

1. Der BUKO 22 beschließt ein Staffelungsprinzip für die Mitgliedsbeiträge, das der Tatsache Rechnung trägt, daß für kleine und finanzschwache Gruppen der derzeitige Beitrag "beitrittsverhindernd hoch" ist.
2. Neu eintretende Gruppen, deren Jahreshaushalt 5.000 DM nicht übersteigt, zahlen einen BUKO-Jahresbeitrag von 50 DM. Dies gilt rückwirkend für Eintritterklärungen ab dem 01.03.1997.
3. Der BUKO unternimmt gezielte Aktivitäten zur Mitgliedswerbung und macht dabei deutlich, daß alle Gruppen mit einem internationalistischen Politikverständnis in den BUKO gehören, auch wenn sie nicht dem klassischen "entwicklungspolitischen Spektrum" angehören.

Finanzpolitik

Der BUKO möge beschließen:

Der BUKO verwendet von seinen jährlichen Mitgliedsbeiträgen 15.000 DM dafür,

- um gefährdete bundesweite Strukturen aufrechtzuerhalten und/oder
- finanzschwache bundesweite Strukturen zu stärken und/oder
- politisch gewünschte Arbeitsbereiche aufzubauen.

Solange kein KA über die nähere Verwendung entscheidet, wird die Verwendung dieser 15.000 DM für das jeweils nächste Haushaltsjahr konsensual zwischen den bundesweiten Strukturen (Geschäftsstelle, Arbeitsschwerpunkte, Kampagnen, FORUM/alaska) beraten und entschieden.

BUKO-Geschäftsstelle

Antrag auf BUKO-Mitgliedschaft

Der BUKO möge beschließen:
Mitglieder des Bundeskongresses können auch Einzelpersonen werden, die allerdings nur die Fördermitgliedschaft ohne Stimmrecht erwerben können. Der Mitgliedsbeitrag beträgt pro Jahr für Einzelpersonen 100,--DM. Dafür erhalten die Einzelmitglieder den BUKO-Rundbrief der BUKO-Geschäftsstelle und können zu den ermäßigten Teilnahme-Beiträgen an Seminaren und dem Kongreß teilnehmen. Ebenso wie für die BUKO-Mitgliedsgruppen ist das Abo der BUKO-Zeitschrift „Forum" obligatorisch.

Antrag zur Strukturreform des BUKO

Der Kongreß möge beschließen:
1. Zur Vorbereitung einer notwendigen Reform der BUKO-Strukturen wird eine Arbeitsgruppe gebildet. Diese Arbeitsgruppe arbeitet bis zum Frühjahr 1998 Vorschläge für eine Strukturreform aus, über die auf dem BUKO 22 diskutiert und entschieden wird. Bei der Vorbereitung des BUKO 22 ist die notwendige Zeit für die Strukturdiskussion von vornherein einzuplanen. Die Arbeitsgruppe hat die Aufgabe, Empfehlungen auszusprechen, sie ist kein Entscheidungsgremium. Über ihre prinzipielle Zusammensetzung (bundesweite Kampagnen und Strukturen, Mitgliedsgruppen, Quotierung etc.) entscheidet der BUKO 21.
2. Der BUKO 21 beschließt über die Einrichtung und Zusammensetzung eines kommissarischen Gremiums, das bis zum BUKO 22 die Aufgaben des alten KA wahrnimmt (wichtige bundesweite Entscheidungen, programmatische Positionen, politische Stellungnahmen, die nicht durch das Mandat eines Arbeitsschwerpunktes oder einer Gruppe abgedeckt sind). Endgültig wird über die Frage eines KA oder entsprechenden Gremiums auf dem BUKO 22 entschieden.
3. Weitere Entscheidungen, die die Struktur des BUKO betreffen, werden auf dem BUKO 21 nicht gefällt.
Begründung: Die Notwendigkeit einer Strukturreform ist in den vergangenen Monaten immer deutlicher geworden. Ein zentrales Problem ist dabei, daß seit der „Auflösung" des KA kein Gremium mehr existiert, das zwischen den Bundeskongressen wesentliche inhaltliche und politische Entscheidungen trifft. Die Frage der BUKO-Struktur geht aber weiter: Sie berührt das grundsätzliche Verhältnis zwischen den bundesweiten Büros (GS, FORUM, Kampagnen und Arbeitsschwerpunkte) und den Mitgliedsgruppen sowie der Büros untereinander. Aber auch inhaltliche Schwerpunktverschiebungen und Strukturveränderungen der Internationalismusbewegung insgesamt müssen in die Diskussion über die zukünftige Struktur des BUKO eingehen. Es geht um das nach außen sichtbare Selbstverständnis des Gesamtverbandes, aber auch um seine Umsetzung innerhalb der eigenen Strukturen. Daran knüpfen sich Fragen nach dem internen Verständnis von Basisdemokratie und Gegenmacht, nach Entscheidungsstrukturen und nicht zuletzt nach der Verteilung knapper werdender Arbeits- und Finanzressourcen. Diese Fragen lassen sich nicht innerhalb eines auf wenige Stunden beschränkten Kongreßplenums abhandeln, sondern es bedarf dafür einer ausführlichen, vorbereitenden Diskussion.

Erna Dinklage, Der große Fisch

Vorschlag zur Zusammensetzung der Arbeitsgruppe: jedes Büro mit je 1 VertreterIn und mindestens die gleiche Anzahl von Mitgliedsgruppen mit jeweils 1 VertreterIn. Weitere Mitgliedsgruppen und Einzelpersonen sind willkommen.
Vorschlag zur Arbeitsweise: Die AG trifft sich dreimal zwischen BUKO 21 und BUKO 22.
1. Treffen: Bestandsaufnahme der bisherigen Strukturen und Herausarbeiten von Problemen.
2. Treffen: was müßte anders sein? Grundsätzliche Ideen für Veränderungen.
3. Treffen: Konkrete Veränderungsmöglichkeiten und Vorschläge für ihre Umsetzung.
Das letzte Treffen sollte so früh im Jahr 1998 stattfinden, daß die erarbeiteten Ergebnisse und Vorschläge rechtzeitig im FORUM veröffentlicht werden können, um den Mitgliedsgruppen die Vorbereitung der Diskussion auf dem BUKO 22 zu ermöglichen.
Ein erstes Treffen von Interessierten sollte bereits auf dem BUKO 21 Kongreß stattfinden.

MRTA/Peru: Die "Linken" Untiefen

Angesichts des gewaltsamen Endes der über 126 Tage dauernden Geiselnahme in der japanischen Botschaft durch die MRTA in Peru, mit dem Resultat: 71 Geiseln frei, eine Geisel, 14 GeiselnehmerInnen und zwei Soldaten tot, möchten wir versuchen, die Ereignisse unter den Prämissen Parteilichkeit und Solidarität, aber auch im Verhältnis politische Ziele und Mittel persönlich zu bewerten. Ein Aspekt, der mindestens seit Beginn der Geiselnahme gerade auch in der „linken" Presse systematisch ausgespart wurde.

A.L. Kann man das von hier aus überhaupt beurteilen, von wegen Eurozentrismus?
Das, was sie dort machen, gemacht haben, ist für mich nicht relevant, weder das Programm der MRTA, geschweige denn so eine Aktionsform.
Wenn ich mich auf eine solche Aktionsform einlasse, die ich nicht grundsätzlich verurteilen würde, weil z. B. auch die deutsche „Linke" Botschaftsbesetzungen durchgeführt hat (1975/76 in Stockholm), dann müßte es anders gemacht werden. Dann kann ich nicht mit Halbwüchsigen (16 jährigen) reingehen, falls das stimmen sollte, das ist ein Skandal.
Ich weiß nicht, ob die da noch 5 Monate in der Botschaft Fußball spielen wollten, mal ganz zynisch gesprochen. Die Empörung, sofern sie überhaupt da ist, z. B. in der Frankfurter Rundschau zwischen den Zeilen: `oje oje, die wurden ja jetzt alle umgebracht´, ist für mich wiederum zynisch gesprochen auch absehbar und nicht verwunderlich gewesen.

E.R. Auf mich hat es aus der Ferne den Eindruck gemacht, als hätte die Aktion und auch die MRTA keinen Bezugspunkt gehabt außer zu sich selbst und zu ihren Leuten, die im Knast sind. Ich weiß von keiner sozialen -, landlosen Bewegung, Bergarbeiterstreiks, Frauenkomitees, Besetzungen im Stadtteil für Abwasserentsorgung oder Müllabfuhr etc., die sich damit solidarisiert haben, in Peru. Sie haben sich wohl abstrakt gegen Armut und vor allem auf sich selber, auf ihre eigene Meute bezogen. Sie leiten das Ganze aus sich selber ab. Daher Frage ich mich, auf was für einem Politikverständnis basiert das. Es ist ein selbstbezogenes avantgardistisches Konzept.
So läuft eine solche Aktion ins Leere und die AktivistInnen laufen dabei ins offene Messer, weil sie keinen Schutz haben. Wenn der einzige Schutz die Weltpresse ist und diese beschließt, wir kehren das Ganze jetzt unter den Teppich, um der peruanische Regierung die Möglichkeit zu geben, das Problem zulösen, dann haben sie überhaupt keine Chance mehr.

T.R. Teilweise finde ich diese Beurteilungen nicht richtig, teilweise würde ich sie so nicht machen. Ich weiß doch weder über ihre Motivationen im Detail bescheid, noch weiß ich, wie sie es genau organisiert haben und was sie sich tatsächlich davon versprochen haben. Das es keine Demos in Peru gegeben hat, stimmt einfach nicht.
Delia (FORUM 210) hat genau das aufgegriffen und gesagt, daß Demos dagegen (Solidarisierung mit der MRTA etc.) organisiert wurden. Ich finde es schwierig, die Situation im Land aus den Berichten abzuleiten. Es ist immer die Frage, was ist an Bewegungen da und was ist an Repression da. Deshalb würde ich mich zwar nicht hinter die MRTA stellen oder jetzt sagen, das es ein avantgardistisches Konzept ist.
Selbst, wenn ihr Ziel nur war, mit dieser Aktion die Leute aus dem Knast zu holen, dann finde ich das ein Ziel, das auch so o.K. ist.

F.G. Aber es war doch keine peruanische Kiste. Natürlich verschwinden in Kashmir oder sonst wo im Nahen Osten Leute aus Firmen und werden für Lösegeld wieder freigelassen. Aber in Peru waren Staatsleute beteiligt. Allein schon, weil die Japaner da mit drin hingen, war das eine Geschichte, die keine peruanische Sache war und die auch nicht in Peru allein entschieden worden ist. Das kann man ganz klar sagen. Natürlich ist Fujimori jemand, der das am liebsten am ersten Tag gesprengt hätte, aber ohne das o.K. von den Amerikanern und den Japanern wäre das nicht gelaufen, das halte ich für definitiv.
Festhalten muß man, das es eine Schweinerei ist und im Prinzip eine staatliche Erschießungsaktion mit der Geiselbefreiung als glücklichem Nebenumstand. So hätte es nicht ausgehen müssen.
Dieses Mittel ist nicht prinzipiell illegitim. Peru ist kein freies Land und da geht es auch entsprechend zu, und da kann man nicht sagen, da gibt es irgendwelche anderen Möglichkeiten. Man muß aber prüfen, was man will und wie man es macht. Die Hoffnung und das Ziel, was die MRTA gesetzt hat, das Gefangene rauskommen, das muß von vornherein klargewesen sein, daß das unerreichbar ist. Weil das a) keine Zustimmung gekriegt hätte, eben auch von den USA und den anderen beteiligten Ländern, von Fujimori sowieso nicht, weil das b) keine Massenstimmung erzeugt, wenn Du nur für die Gefangenen auftrittst, und weil es c) zu klar war (was man eigentlich sympatisch findet), daß die Guerilla bemüht ist, sorgfältig mit dem Leben der Geiseln umzugehen. Wenn Du in der Situation bist, daß es Dir letztendlich wichtiger ist, als der Regierung, die Dich räumt, dann kannst Du das nicht gewinnen.
Ich finde es scheiße so ranzugehen: „Letztendlich gehen wir alle drauf!" Vertretbar finde ich, das man Aktionen macht, die ein hohes persönliches Risiko beinhalten. Ich finde es eine erschreckende, aber auch wichtige Auswertung, das Du so öffentliche Meinung gar nicht umkämpfen kannst. M. E. war es der tragische Fehler, zu denken, durch eine möglichst „verantwortliche" Geiselnahme in einem Land, wo es berechtigten Grund gibt, soetwas zu machen, würde sich das positiv niederschlagen. Damit kriegst Du die Meinungsmache nicht ausgehebelt. Wahrscheinlich müßte man da reingehen und sagen: Gut, wir gehen jetzt vier Wochen rein, wir fordern Kaviar, Videos und Fernseher, weil man sonst in diesem Land nichts kriegt, und dann sehen das auch alle und dann gehen wir in den Knast.
Die Art und Weise, wie die Geiselnahme beendet wurde ist schon eine neue Eskalationsstufe, nämlich die Tatsache, daß es offensichtlich die Direktive gab, es kommt da niemand lebend raus.

In der letzten Ausgabe haben wir einen Ausschnitt aus dem neuen Sottosopra der Libreria delle donne de Milano abgedruckt. Diesmal haben uns Frauen aus dem Mailänder Buchladen dazu Fragen beantwortet, die sich aus unseren Diskussionen ergeben haben.

Das Ende des Patriarchats und die weibliche Autorität

Interview mit Frauen der Libreria delle donne di Milano

Dem Interview möchte ich einige Bemerkungen vorausschicken. Wir müssen uns klar darüber sein, daß diese Form der Kommunikation eine sehr beschränkte Möglichkeit des Austausches ist, denn wir haben hier nur Worte zur Verfügung um den derzeitigen Stand einer politischen Praxis zu vermitteln, die mittlerweile eine zwanzigjährige Geschichte hat. Des weiteren ist zu unterstreichen, daß alles, was wir hier sagen, nicht als eine neue alternative Theorie zu verstehen ist, die sich neben ander "Denkmodelle" einreiht, sondern als eine "in Worte gefaßte Praxis", die immer im Werden begriffen ist. Wir selbst haben noch viele offene Fragen. (Traudel Sattler)

Die Fragen wurden beantwortet von
Lia Cigarini (L.C.),
Francesca Graziani (F.G.) und
Traudel Sattler (T.S.)

Euer neues Sottospora hat den Titel "Das Patriarchat ist zu Ende". Wie ist das zu verstehen? Geben die Männer ihre Machtstrukturen auf oder lassen sich die Frauen nicht mehr darauf ein bzw. verweigern sich?

T.S. Zunächst eine kurze Prämisse zum Begriff Patriarchat: er diente und dient uns - ebenso wie Euch, wie ich Eurem Publikationen entnehme - als Interpretationsschlüssel um eine Realität zu dechiffrieren. In dieser Hinsicht besteht also eine Nähe in unseren Sichtweisen - auch wenn wir Mailänderinnen vom Ende des Patriarchats sprechen.

F.G. Wenn wir vom Ende des Patriarchats sprechen, so umfaßt das beide in der Frage enthaltenen Aspekte: sie fallen zeitlich zusammen, sie gehen Hand in Hand: Viele Frauen verweigern sich heute dem Patriarchat im Sinne der staatlichen Machtstrukturen, der repräsentativen Demokratie, der Parteien usw. Ich möchte aber klar herausstellen, daß es bei der Verweigerung der Frauen nicht um eine psychologische Haltung geht, sondern vielmehr um eine neue symbolische Verortung der Frauen.

T.S. Ihr fragt: Lassen sich die Frauen

Ina Barfuss, Tauschhandel 1987

nicht mehr darauf ein?" - Auf bestimmte Strukturen der männlichen symbolischen Ordnung hat sich ein Großteil der Frauen - trotz intensiver Quoten-, Förderungs- und Beförderungsmaßnahmen noch nie eingelassen. Und was die Männer anbelangt: Einige (wenige, vielleicht die intelligentesten?) haben ihre Machtpositionen aufgegeben, weil sie registriert haben, daß diese mittlerweile zu leeren Hülsen von Bürokratie, Geld und Posten ohne jegliche symbolische Potenz und Kreativität verkommen sind: aber andere (viele) halten stur daran fest, auch weil (wie einer der aufgeklärten Sorte erklärt hat) die Machtstrukturen für ein ziviles Zusammenleben unter Männern unabdingbar scheinen - was übrigens auch ein ganz besonderes Licht auf den Ausschluß von Frauen aus diesen Strukturen wirft. Schon aus diesem Grund fällt vielen Männern der "Abschied von der Macht" (so der Titel der nächsten Nummer unserer Zeitschrift "Via Dogana") schwer. Schwer fällt er auch den Männern und Frauen, die sich mit durchaus lobenswerten Absichten auf die Machtstrukturen eingelassen haben, in der Hoffnung die Machtpositionen rein funktional zu nutzen, um politisch mehr Einfluß zu gewinnen und z.B. finanzielle Mittel sinnvoll "zum Wohl der Allgemeinheit" verteilen zu können. Für viele entpuppte sich das als großer Energieverschleiß, weil sie gleich in den Sog der vorgefertigten Praxisformen gerieten.

Es zeigt sich, daß wir in dieser Frage eigentlich gar nicht mehr von "den" Männern oder "den" Frauen reden können.

Wo seht Ihr die Belege dafür? Sind es die globalen Krisen, ökologisch und auch ökonomisch oder gibt es ein verändertes Verhalten der Frauen?

F.G. Die globalen ökologischen und ökonomischen Krisen sind eher als ein Produkt der kapitalistischen Entwicklung einzustufen.

T.S. Auch wenn der Kapitalismus sich teilweise mit dem Patriarchat überschneidet, ist er doch keinesfalls damit gleichzusetzen. Das Ende des Patriarchats bedeutet eben nicht automatisch auch das Ende des Kapitalismus.

L.C. Belege sehe ich zum Beispiel in dem, was die "Feminisierung der Arbeit" genannt wird: Heute gehen die Frauen überallhin - im Bereich des Studiums, der Arbeit, in ihren Lebensentwürfen. Das wurde auch in einer interessanten Veröffentlichung des "economist" (4.10.96) mit dem Titel "Men - tomorrow's second sex" deutlich, der - bezogen auf Europa und die USA - zeigt, daß Mädchen in der Schule deutlich besser abschneiden und daß die Frauen in den Jobs dominieren, die im Wachstum begriffen sind, und daß sie aufgrund ihrer besseren Schulbildung immer stärker die qualifizierten Arbeitsplätze besetzen werden. Bestimmte "typische" Männerberufe dagegen werden ständig abgebaut - was aber keineswegs dazu führt, daß die Männer sich den zukunftsweisenden "Frauenberufen" zuwenden - nicht einmal, wenn diese gut bezahlt sind.

Ebenso läßt sich feststellen, daß Frauen sich immer mehr spontan auf andere Frauen beziehen. Ich bin zum Beispiel Anwältin und sehe, daß immer mehr junge Frauen, die sich scheiden lassen wollen, sich automatisch an eine Anwältin wenden, weil sie dieser mehr Kompetenz zuschreiben als einem Anwalt. Und immer mehr jüngere Kolleginnen eröffnen Gemeinschaftspraxen und führen gemeinsam Prozesse.

Der einzige Bereich, wo sich dieses veränderte Verhalten der Frauen nicht niederschlägt, ist die traditionelle Politik - in Parteien, Parlamenten etc. Die Zahl der Frauen in diesen Institutionen geht in Italien, in Frankreich, in den USA kontinuierlich zurück. Das läßt sich auf zwei Arten interpretieren: 1. Die Politik ist der frauenfeindlichste Teil der Gesellschaft; 2. - und das ist meine Interpretation: Die Frauen halten sich mehr oder weniger bewußt von den Orten der männlichen Berufspolitiker fern. Mein Politikverständnis beruht auf der Beziehung zu anderen Frauen, aus ihnen schöpfe ich Kraft. Diese politische Praxis ist unvereinbar mit den Formen der Politik, die die Männer erfunden haben. Auch die Tatsache, daß die Wählerinnen nicht automatisch die weiblichen Kandidaten wählen, obwohl sie sich, wie gesagt, in jeder anderen Lebenslage an andere Frauen wenden, zeigt deutlich, daß sie nicht daran glauben, daß die weiblichen Interessen sich im Parlament repräsentieren lassen.

Im Sottospora steht, daß im kulturellen Bereich, wie im Kino oder in der Kunst sich das Ende des Patriarchats bemerkbar machen, also die männlichen Symbole abbröckeln würden. Könnt Ihr das an Beispielen erklären?

L.C. Ich kann mich nicht mehr genau erinnern, welche Beipiele uns einfielen, als wir das Sottosopra schrieben - auch Filme wie "Basic Instinct" oder "Die Frau des Soldaten", dann die Biennale von Venedig, wo es keine phallischen Zeichen mehr gab.

T.S. Ich denke zum Beispiel an die letztjährige Buchmesse in Turin, die unter dem Motto "Das Jahrhundert der Frauen" stand (auch wenn die Veranstalter es ich am Ende nicht verkneifen konnten, hinter dieses Motto ein Fragezeichen zu setzen).

F.G. Fest steht, daß gerade in diesem Bereichen die Frauen enorm präsent sind - nicht als Autorinnen, sondern auch als Leserinnen. Das haben mittlerweile ja auch zahlreiche Verlage registriert, die darauf sofort mit ihren "Frauenreihen" reagierten.

Und wenn das so ist, wenn es eine wahrnehmbare Verunsicherung des patriarchalen Systems gibt, drückt sie sich doch auch durch eine vehemente Zunahme von Gewalt aus. Wo liegen dann die Möglichkeiten von Selbstbehauptung oder "Gegenmacht" oder anderen Räumen?

L.C. Die zunehmende Gewalt ist sicher auch als ein Zurückschlagen des niedergehenden Patriarchats zu werten.

F.G. - als Ergebnis der Krise einer Macht, die jegliche Autorität verloren hat und sich nur noch um die eigene Achse dreht.

T.S. - als Zeichen dafür, daß die Männer die Autorität, das heißt auch die Verantwortung gegenüber der nachfolgenden Männergeneration völlig aufgegeben und die männlichen Jugendlichen sich selbst überlassen haben.

F.G. Was die Frage nach der "Gegenmacht" anbelangt: In der italienischen Diskussion ist eine wichtige theoretische Unterscheidung getroffen worden, und zwar zwischen Macht und Autorität. Daher stellen wir uns nicht die Frage nach der Gegenmacht, sondern wir arbeiten daran, weibliche Autorität in Umlauf zu bringen - und zwar überall, nicht in separaten "Frauenräumen".

T.S. Um den Unterschied zwischen Macht und Autorität auf eine kurze Formel zu bringen: Das Subjekt der Macht ist der/diejenige, der/die sie ausübt; das Subjekt der Autorität ist der/diejenige, der/die sie einer anderen Person zuerkennt. Autorität kann also weder eingeklagt noch mit Gewalt aufrechterhalten werden; ihre Existenz hängt allein vom "autoritätsstiftenden" Subjekt ab. Autorität hat somt einen dynamischen, auf der Beziehung basierenden Charakter.

Ihr erteilt der Gleichberechtigungspolitik eine klare Absage, was wir nur untersützen können. Deshalb hat es uns eher gewundert, daß es am Anfang des Sottosopra einen durchweg positiven Bezug auf die Frauenkonferenz in

Peking gibt, denn das ist doch ein typisches Zugeständnis im Rahmen der Gleichstellungspolitik und ein "Unschädlichmachen" von Frauenkraft im globalen Spiel der Mächte. In welchem Verhältnis seht Ihr das?

F.G. Das hängt ganz von der Interpretation dessen ab, war in Peking zu sehen war. In vielen Kommentaren über diese Konferenz überwog eine Sprache, die den Frauen eine Opferrolle zuschrieb - eine Sprache, die der Realität hinterherhinkt, das Resultat eines verspäteten Bewußtwerdungsprozesses. In der Tat geschieht es oft, daß die gängigen Sprachmuster nicht mehr imstande sind, die sich ständig verändernde Realität zu interpretieren. Deshalb haben wir der Arbeit an der Sprache immer eine besondere Rolle eingeräumt.

L.C. In Peking waren die NGOs besonders sichtbar; es gab zwar einen offiziellen Teil, aber die NGOs hatten eine zentrale Rolle. Interessant fand ich auch, daß dieses Mal die Frauen der Dritten Welt nicht gegen die Frauen der Ersten Welt standen, wie das noch in Nairobi der Fall gewesen war. Und den Begriff "Empowerment" sehe ich in größerer Nähe zum Begriff der Autorität als zu dem der Macht.

Ihr sprecht davon, daß gerade die Ungleichheit kreativ genutzt werden kann, besondere Fähigkeiten freisetzt und daß Frauen das untereinander unterstützen sollten. Diese Differenz die eigentlich Kreativität entstehen lassen müßte, führt aber in der Praxis meistens zu Hierarchien und Mißgunst. Heißt das zum Beispiel, wenn eine Frau in einem Projekt Reden oder Artikel schreibt, folglich mehr Einfluß erhält, daß sie dies einstellen sollte oder daß die anderen dasselbe tun müssen?

F.G. Aus dieser Fragestellung scheint mir der Wunsch nach Gleichheit zu sprechen, der im Kontrast zu der eben gemachten Aussage steht, ihre wäret mit der Absage an die Gelichberechtigungspolitik einverstanden. Es geht nicht darum, die Ungleichheit zu überwinden, sondern darum, mit ihr umzugehen. Es ist richtig, daß in Frauenzusammenhängen oft sehr negative Gefühle aufbrechen, deren Gründe sicher nicht mehr dem Patriarchat in die Schuhe geschoben werden können. Wir haben gesehen, daß wir große Probleme haben, mit Konflikten umzugehen, und wir haben sogar den Eindruck, daß die Konflikte gerade jetzt, wo die Frauen nicht mehr durch den "äußeren Feind" des Patriarchats zusammengehalten werden, mit besonderer Vehemenz aus-

brechen. Daran haben wir noch viel zu arbeiten.
T.S. Was die Ungleichheit in Projekten anbelangt, so kann ich die Erfahrung der Libreria zitieren, oder auch unsere Zeitschrift Via Dogana. Es liegt doch vor aller Augen, daß die einzelnen Frauen unterschiedliche Kompetenzen, Wünsche und Grade des Engagements mitbringen. Unsere politische Praxis ist eine "Politik des Begehrens", das heißt, der Ausgangspunkt ist das subjektive Wollen jeder Einzelnen, nach diesem Maßstab bringt sich jede ein, die eine weniger, die andere mehr. Natürlich ist es nicht einfach, mit dem "Mehr" (an Wissen, an Kompetenz) einer anderen Frau umzugehen - diese Erfahrung war für viele sehr schmerzvoll. Die Männer hatten schon immer einen symbolischen Apparat zur Verfügung - hierarchische Strukturen bei der Arbeit, in den Parteien etc. - mit deren Hilfe sie die real zwischen ihnen bestehenden Unterschiede regeln können. Diesen Apparat haben die Frauen für sich nie ernsthaft in Betracht gezogen, weshalb sie dach dann in einem "Körper-an-Körper" mit der anderen befanden. Es war einige Arbeit erforderlich, bis etwa das Gefühl des Neides eine positive Deutung erfahren konnte; als Wunsch nach einem Mehr, als Zeichen des erwachenden Begehrens. Das haben wir in unserem Buch "Wie weibliche Freiheit entsteht" erzählt.
Wenn ich einer anderen Frau ein "Mehr" zuerkenne, daß ich auch gern hätte, heißt das nicht, daß ich deshalb "weniger" bin - oder womöglich weniger wert bin, denn vor dem Mehr kommt ja immer ein "Viel", und dieses Viel ist eben mein Begehren.

Welches Verhältnis zu institutioneller Politik ist das richtige (immer eine Streitfrage in der Frauenbewegung)? Bei Euch sind Frauen durchaus in Institutionen tätig, gibt es da Grenzen, inwieweit frau sich darauf einlassen sollte? Gibt es Ämter oder Positionen, die Ihr für Frauen ablehnt?

F.G. Ich denke, wir müssen zuerst einmal erklären, was wir unter "Institutionen" verstehen. Auf der einen Seite sehe ich da die Schule, die Universität, der Justizpalast, das Krankenhaus - kurz, die "Orte der Notwendigkeit", an die wir uns begeben, um unseren Lebensunterhalt zu verdienen. Sie sind ein Terrain für die "Politik der Beziehungen unter Frauen". Denn gerade im alltäglichen Leben, in alltäglichen Gesten, kommt etwa die Ungleichheit zwischen zwei Frauen zum Tragen, gerade hier kann der Wunsch nach einem Mehr entstehen, gerade hier können Projekte entstehen, die über den begrenzten Raum des Arbeitsplatzes hinausweisen - alles Dinge, die die Institution nicht vorsieht, die sie aber nicht verhindern kann und meistens auch nicht verhindert. Daneben haben wir Institutionen wie das Parlament, die mit ihren starren hierarchischen Strukturen und Ritualen eine Politik der Beziehungen verunmöglicht.
J.C. Und die Frauen, die sich - selbst mit den besten Absichten - auf diese Logik der männlichen Macht einlassen, gehen dabei konsequent über die Wünsche und Reflexionen der Frauen hinweg, was letzten Endes dann dazu führt, daß diese PolitikerInnen extrem uneffektiv arbeiten.
T.S. Ich würde aber nicht sagen, daß ich bestimmte Ämter oder Positionen für Frauen ablehne. Wichtig ist nur, daß eine Frau sich bewußt ist, auf welche vorgefertigten Vermittlungsformen sie sich dabei einläßt, und wie bescheiden der ihr hier für ihre wahrscheinlich viel größeren Wünsche angeboten wird.
F.G. An dieser Frage müssen wir aber noch weiterdiskutieren; auch im Roten Sottosopra ist die Unterscheidung zwischen primärer und sekundärer Politik ein wirklich schwacher Punkt.

Ein wesentliches Element Eurer Diskussion ist die Verknüpfung von weiblicher Freiheit und Autorität. Wieso definiert Ihr Autorität, weibliche Autorität als etwas Positives? Angesichts der Haltung der sozialen Bewegungen auch gerade der Frauenbewegung dazu und Begriffen wie "anti-autoritär" ist das doch provozierend.

T.S. Ich denke, die Frage nach dem positiven Charakter von weiblicher Autorität haben wir mit dem bisher Gesagten schon weitgehend beantwortet. Hinzufügen möchte ich, daß wir nicht von einem Freiheitsbegriff ausgehen, der Freiheit als Summe von garantierten Rechten definiert, der je nach Bedarf noch weitere hinzugeführt werden können (und andere unter Umständen wieder weggenommen werden - denken wir nur an die Diskussionen um den Schwangerschaftsabbruch, wo die ganze "Freiheit" der Frauen in den Händen des Staates bzw. der jeweiligen Regierung zu liegen scheint). Freiheit ist eine relationale, d.h. eine auf Beziehungen gegründete Freiheit.
F.G. Freiheit heißt, daß eine Frau diejenige sein kann, die sie ist, weil sie ihren Maßstab in der Konfrontation mit anderen Frauen gefunden hat.
T.S. Im Zusammenhang mit dieser Frage ist es auch wichtig zu betonen, daß die Frauenbewegung eine politische, aber keine soziale Bewegung ist, denn die Frauen sind keine soziale Gruppe, sondern ein Geschlecht mit den unterschiedlichsten Wünschen und sozialen Hintergründen. Sie basiert auf einem Bewußtwerdungsprozeß einiger, aber nicht aller Frauen. Gerade daher rührt ja die Unmöglichkeit, die Frauen im Parlament zu repräsentieren. Und was die antiautoritäre Bewegung betrifft, war es doch so, daß genau in dem historischen Moment, in dem diese Bewegung im Namen der Gleichheit die verkrusteten Machtstrukturen zu überwinden suchte (wobei übrigens einzelnen Figuren innerhalb dieser Bewegung ein Maximum von Autorität zugesprochen wurde!!!), sich die Frauen radikal von den linken Genossen abwandten und die autonome Frauenbewegung gründeten. Das zeigt doch, daß der Begriff "antiautoritär" den Frauen nicht viel sagte, ebensowenig wie die Idee der Gleichheit.

Wenn es darum geht eine weibliche Symbolik zu etablieren und beispielsweise die Orientierung an "großen Frauen" eine bedeutende Rolle spielt, wird dann nicht auch einfach die männliche Symbolik kopiert bzw. ist diese Gefahr nicht ständig vorhanden?

F.G. Ich glaube, wir müssen zunächst einmal dem Mißverständnis vorbeugen, es gebe zwei symbolische Odnungen, die parallel nebeneinander existieren können. Die symbolische Ordnung ist eine, genau wie die Welt eine ist, die Geschlechter aber sind zwei. Dies gilt es symbolisch einzuschreiben. Und die "Größe" einer Frau hat nichts mit der Festschreibung einer Hierarchie zu tun, denn sie manifestiert sich im Alltagsleben - zum Beispiel in einer Kollegin, der die Institution die gleiche Position wie mir vorgeschrieben hat, der ich aber ein Mehr zuschreibe.
L.C. Das Bedürfnis, uns an "großen Frauen" zu orientieren , entstand in der politischen Praxis; so suchten wir zu Beispiel in den Büchern von Schriftstellerinnen nach einer eigenen Sprache, nach Zeichen der sexuellen Differenz, nach einer weiblichen Genealogie - nach Frauen, die vor uns kamen. Und genau bei dieser Suche stießen wir dann auf die Erkenntnis, daß die großen Frauen nicht die Schriftstellerinnen sind, sondern daß sie sich mitten unter uns befinden!

Die Fragen stellte Claudia Bernhard, übersetzt hat Traudel Sattler.

Franck Düvell

Antirassistische Politik

Soziale Frage und Rassismus

Rasse ist ebenso wie Geschlecht ein soziales Konstrukt, Rassismus ein soziales Verhältnis, unterliegt ständigen Veränderungen und nimmt im Zuge sozialer Prozesse immer neue Gesichter an. Rassismus ist weder die soziale Frage, noch unabhängig von ihr denkbar, er ist ebenso wie der Sexismus und die politische Ökonomie Strukturmerkmal von Hierachien im sozialen Raum. Ebensosehr wie die politische Ökonomie eine sexistische und rassistische Dimension hat, haben Sexismus beziehungsweise Rassismus eine permanente soziale Dimension. Die Zusammenhänge sind dergestallt, daß unter jedem Einzelaspekt der sozialen Frage, also von Arbeit, Wohnung, Bildung, Gesundheit und Justiz, ebenso wie in der Frage demokratischer und sozialer Sicherheiten "Ausländer", beziehungsweise "Schwarze" überproportional benachteiligt sind. Die sogenannte 'soziale Frage' und die Frage nach Perspektiven muß aber auch gleichzeitig eine Frage nach sozialen Bewegungen sein.

Rassismus ist ein soziales Verhältnis

Hall warnte davor, daß es "nicht hilfreich" sei, "Rassismus als ein 'natürliches' und permanentes Merkmal zu definieren - weder aller Gesellschaften noch sogar als eine Art universeller 'menschlicher Natur'". Dagegen setzte er ein historisch-dynamisches Verständnis von Rassismus. Der ist demnach "historisch spezifisch und nimmt immer spezifische Formen an, die den gegenwärtigen und nicht vergangenen Bedingungen entspringen".(1) Er vertrat die Auffassung, Rassismus "hat kein natürliches oder universelles Entwicklungsgesetz. Er nimmt nicht immer dieselbe Gestalt an". Er ist ebensowenig statisch oder zu einer "allgemeinen und universellen Struktur zu extrapolieren, die außerhalb ihrer spezifischen historischen Verortung" läge.(2) Vertreter des Center for Contemporary Cultural Studies gelangten zu der Ansicht, das es "nicht möglich ist, Rassismus als ein einheitliches starres Prinzip zu sehen, welches unter verschiedenen historischen Umständen dasselbe bleibt", stattdessen unterliegt er "entlang der umfassenden politisch-ökonomischen Strukturen und Beziehungen der sozialen Formation einer konstanten Transformation". Folglich ist Rassismus keine statische Kategorie, sondern ein sozialer Prozeß, eine spezifische Beziehung, die sich "zusammen mit den weiteren sozio-ökonomischen Strukturen und Beziehungen ständig transformiert".(3) In England beispielsweise wird Benachteiligung empfunden als ein soziales Verhältnis, Diskriminierung wird insofern auch in sozialen und materiellen Kategorien ausgedrückt.(4) Sivanandan unterschied zwischen "verschiedenen Rassismen der verschiedenen Klassen - dem nackten der Arbeiterklasse, dem vornehmen der Mittelschicht und dem ausbeuterischen der herrschenden Klasse".(5)

In seinen populistischen Anwendungsformen taucht der Zusatz 'rassistisch' immer dann auf, wenn diskriminierende Zustände, Praktiken oder Erlebnisse beschrieben werden sollen. Rassismus ist ein Begriff zur Beschreibung von Ungleichheit und sozialem Unrecht. Rassismus strukturiert auf sämtlichen gesellschaftlichen Ebenen die Hierachie der ökonomischen, sozialen und persönlichen Beziehungen und nimmt in diesem Prozeß je unterschiedliche Ausdrucksformen an. Demnach ist Rassismus ein soziales Verhältnis, ein Prozeß sozialer Hierarchisierung. Er steht in einem Wechselverhältnis zu weiteren Determinanten, zum Sexismus und zu politischen Ökonomie. Zusammen verbinden sie sich zu einer spezifischen Form der Wertschöpfung, einer je historisch spezifischen Form von Unterdrückung und Ausbeutung.

"Revolution der Barfüssigen"(6) - Migration ist eine soziale Bewegung

Nach 150 Jahren kapitalistischer Industrialisierung sieht die Erde aus wie ein Schlachtfeld, ökologisch verwüstet, ökonomisch ausgeblutet, durch Kriege zerstört, psychisch verwahrlost. Rassistische Politik teilte sie in eine weiße und eine schwarze Welt, letztere wird durch Schuldenfalle und Waffenexporte immer weiter an den Rand der Existenz

gedrückt, für 2/3 der Menschheit bleibt nicht mehr als Elend. Rund 500 Mio. Menschen sind weltweit auf der Flucht vor Hoffnungslosigkeit, Armut, Hunger, Verfolgung oder Tod. 8 % der Weltbevölkerung sind MigrantInnen, es handelt sich also keineswegs um eine "Randgruppe". Rund 6 Mio. von ihnen, Flüchtlinge und AussiedlerInnen, nur die Spitze des Eisberges, sind in den vergangenen 6 Jahren in die Bundesrepublik eingereist. 3 Mio. sind noch da, die Mehrheit wurde zur Weiterreise gezwungen. Keineswegs handelt es sich dabei nur um Opfer, jede/r einzelne von ihnen ist ein Symbol für den Anspruch auf ein Existenzrecht, jede/r, der oder die hier ankommt, fordert darüberhinaus Wiedergutmachung durch Teilhabe an dem in aller Welt zusammengeraubten westlichen Wohlstand.
Diese Migra-tionsbewegung unterläuft alle Versuche der Herrschenden, die Erde in Metro-polen und Drittländer, Rohstofflieferan-ten und Waffenmärkte, Hungerregionen und Sterbezonen aufzuteilen, jene, die hierher gelangen, haben die Abschot-tung Europas erfolgreich aufgebrochen. Sie stellen eine gigantische soziale Bewegung dar. Mit den Flüchtlingen kommt ein Teil der weltweiten Konflik-tualität zu uns, und das ist gut so.

Der deutsche Flüchtlingsdiskurs ist verkürzt

Der deutsche antirassistische Diskurs wurde vielfach reduziert auf die soziale Gruppe der Flüchtlinge, sowie auf den Aspekt der Gewalt. Damit folgte er den methodischen Fehlern eines verkürzten antifaschistischen Begriff, bzw. der herkömmlichen Gewaltdebatte auf dem Fuße. Rassismus ist jedoch vielmehr, als die Asylfrage und Abschiebepraxis, mehr als die Gewalt auf der Straße und die Frage nach den Bewegründen der Täter, mehr als die Frage der Staatsbürgerschaft und Einwanderungsregelungen. Eine Variante der deutschen politischen Moral bezieht sich bevorzugt auf Opfer, bewegt sich auf der Suche nach denen am vermeintlich untersten Ende, Asylsuchenden, Illegalen. Doch dem Radau- und populistischen Rassismus liegt im Kern eine ebenso alltägliche wie umfassende Benachteiligung auf sämtlichen gesellschaftlichen Terrains zugrunde. Der Diskurs vernachlässigt die sogenannten Ausländer und deren Lebensbedingungen.

Rassismus hat eine soziale Dimension

Dieser strukturelle Rassismus - er könnte auch die soziale Dimension von Rassismus genant werden - ist ein stiller, doch nicht minder skandalöser, der rund 8 Millionen Menschen betrifft, knapp 10 % der Bevölkerung dieses Landes. Als "Ausländer" leben sie in einem juristischen Ghetto, dessen Grundlage die Verweigerung der Staatsbürgerschaft und damit der umfassenden Staatsbürgerrechte ist. Dies ist jedoch noch nicht einmal der Kern des Problems, aus Großbritannien oder den Vereinigten Staaten wissen wir um die Lebensbedingungen einer schwarzen, asiatischen oder lateinamerikanischen Bevölkerung, die ungeachtet aller sozialen Rechte und Antidiskriminierungsgesetze überproportional benachteiligt sind. Hinter den ganz unterschiedlichen Formen des formellen Rassismus verbirgt sich eine hierzulande bislang weitgehend unbeachtete soziale und politökonomische Dimension. Unter nahezu allen gesellschaftlichen Aspekten und Kriterien sind jene "Ausländer" genannten MigrantInnen überproportional stark betroffen, beziehungsweise benachteiligt.
Unter allen Gesichtspunkten von Unterversorgung sind sie Mehrfachbetroffene und bilden die Spitze des Eisberges. Es ist eine Binsenweisheit, daß sie parallel zu Frauen als erste von Entgarantierung, Entlassungen und Arbeitslosigkeit betroffen werden. Von allen Prozessen gesellschaftlicher Deregulierung, Entrechtung oder Paradigmenwechseln in der Innen- und Sicherheitspolitik sind sie nicht nur als erste betroffen, sondern darüberhinaus Experimentierfeld und Prototyp neuer gesellschaftlicher Verhältnisse. Deshalb geraten "Ausländer" und "Schwarze", MigrantInnen und Rassismus so häufig in den strategi-

Exkurs Bremen (Stand 1.1.93)(7):

Sektor	% der Deutschen o. des Durchschnitts	% der Ausländer
Verarbeitendes Gewerbe	27,6%	42%
Arbeitslosigkeit	9,2%	18,6%
Weiterbildungsmaßnahmen	21,2%	6,1%
Sozialhilfebezug	9,2%	22,9%
Relative Armut	16,9%	44,6%
Wohnraumunterversorgung	10,5%	44,2%
GymnasialschülerInnen	22,6%	12,5%
Ohne Schulabschluß	4,2%	12,4%
Polizeiermittlungen	3%	15%

schen Mittelpunkt der sozialen Konfrontation.
Anhand des statistischen Materials ist deutlich geworden, auf welchen sozialen Feldern in welchem Maße Disparitäten zwischen der 'weißen', respektive Durchschnittsbevölkerung einerseits und der eingewanderten Bevölkerung andererseits vorlagen. Daraus läßt sich ein bedeutendes Maß struktureller Ungleichbehandlung und Diskriminierung ableiten. Als 'rassistisch', wurde in England empfunden, 'was Weiße nicht betreffen könnte', Praktiken, Beschimpfungen oder Mißhandlungen, aber auch Disproportionalitäten und Ungerechtigkeiten, die nicht gesellschaftlicher Standard oder Durchschnitt sind, sondern ausschließlich 'Schwarze' trafen.

Verpolizeilichung der Sozialpolitik

Ein weiterer Aspekt ist die Verpolizeilichung der Sozialpolitik. Das deutsche Nachkriegsmodell setzte bekanntermaßen auf die Vorstellung einer Sozialpartnerschaft mit Formen des Ausgleichs sozialer Gegensätze. Für Konflikte und soziale Forderungen gibt es in der Regel einen Verhandlungsspielraum und -modus. Zwar nimmt die Bundesregierung die sozialen Existenzgarantien seit den Sparhaushalten 1981 kontinuierlich zurück, ohne jedoch tatsächlich an die Substanz zu gehen. Dies kann sich in naher Zukunft ändern. Für Asylsuchende allerdings ist diese Situation bereits eingetreten, Für sie wurden die anerkannten sozialstaatlichen Mindeststandarts wie die Finanzierung einer eigenen Wohnung, die Gesundheitsversorgung, die Garantierung einer eigenständigen Haushaltsführung mittels Lohn, Lohnersatzleistungen und Sozialhilfe weitgehend untergraben. Das Ausländergesetz von 1990, das Asylverfahrensgesetz, die Änderung des § 16 GG und das Asylbewerberleistungsgesetz stellten teils in Kombination mit anderen Regelungen ein juristisches und sozialrechtliches Ghetto für Asylsuchende her. Wenn aber soziale Kontrolle und Sozialpolitik, Integration und Verhandlung nicht mehr länger als Regulativ der gesellschaftlichen Beziehungen zur Verfügung stehen, entsteht eine Lücke, die traditionellerweise mit Repression gefüllt wird. Vor diesem Hintergrund gewinnt die Rolle von Polizei und von Formen unmittelbarerer sozialer Kontrolle, wie sie in den Flüchtlingslagern praktiziert wird, an Bedeutung. Augenfällig wurde dies anhand der Praxis der Platzverweise. Nicht in die gesellschaftlichen Regulationsinstitutionen wie Arbeit, Schule oder Familienheim integrierte Bevölkerungsgruppen tauchen zwangsläufig in höherem Maße im öffentlichen Raum in Erscheinung. Dort fallen sie dem "Selektionsmechanismus" der Polizei zum Opfer, werden verdächtigt, Ermittlungen werden aufgenommen. Wirksam wird eine ganze Bevölkerungsgruppe aus dem öffentlichen Raum heraus-"gesäubert".(8) Der Eindruck ist, daß diese Tendenz sich keineswegs auf die Flüchtlingspolitik beschränkt, sondern von paradigmatischem Charakter ist, Dies läßt sich bundesweit augenfällig als Vertreibung von Flüchtlingen, Drogenabhängigen, Prostituierten, Obdachlosen und Bettlern aus den Bahnhofsvierteln und Innenstädten beobachten. Insofern sind prototypische Instrumente geschaffen worden, die auch in anderen gesellschaftlichen Konflikten Anwendung finden. Es muß bedacht werden, daß die Verwendung des Terminus Flüchtlinge verdeckt, daß es sich darüberhinaus um eine sozialen Gruppe aus dem Bereich der absoluten Armut handelt. Insofer indiziert der Umgang mit dieser Gruppe, in welche Richtung sich die Strategien zur Konfliktbewältigung in dieser Gesell-

Bild: Francois Lochon; "Enfant au Tibet", 1980

schaft insgesamt zu entwickeln beginnen.

Flüchtlings- und MigrantInnenkämpfe stellen die bedeutendste soziale Bewegung unserer Zeit dar.

Die meisten gesellschaftlich bedeutsamen Proteste der vergangenen sieben Jahre wurden von Flüchtlingen, MigrantInnen und antirassistischen Gruppen getragen. Keine Gesetzesänderung, keine Verschärfung oder Verschlechterung der Rechts- und Lebensbedingungen blieb unwidersprochen. Es hat unzähliche Hungerstreiks, Boykotts, Go-Ins oder Demonstrationen gegen die Umverteilung insbesondere in den östlichen Bundesländer, gegen die Zuweisung in Sammellager, gegen Wertgutscheine, gegen Fertigessen, gegen Abschiebehaft und Abschiebungen gegeben. Es gab Revolten in den Abschiebegefängnissen. Es gab zahllose Demonstrationen gegen Unterdrückung und die Lage der Menschenrechte in den Herkunftsländern Sri Lanka, Kurdistan, Togo, Zaire, Nigeria, Iran. Es hatte große Demonstrationen gegen das neue Ausländergesetz, das neue Asylverfahrensgesetz gegeben, dazu die langanhaltenden Protestzyklen von TamilInnenen 1988, gefolgt von den Roma seit 1990, später von KurdInnen und jetzt von BosnierInnen. Niocht vergessen sind die Demonstrationen und Proteste gegen die Mordanschläge in Mölln und Solingen.

Bemerkenswert ist auch, daß sich weitere soziale Brennpunkte von der Seite des Rassismus her erschlossen, Proteste gegen Polizeiübergriffe, gegen Innenstadtsäuberungen, gegen Polen- und Flohmarktschließungen, gegen Bettelverbote.

Rassismus ist ein Einfallstor für weitere Deregulierungsprozesse

1994 hatte Finanzminister Waigel den Wechsel vom Verteilungs- zum Leistungsstaat angekündigt. Aus dem Arbeitsmarkt werden die Überschüssigen herausgeschleudert und der Wohlfahrtsstaat zur Armutsverwaltung umgebaut. Vor diesem Hintergrund wurde die Bedeutung des Rassismus viel zu eng ausgelegt und nicht verstanden, wie sehr dessen Denkmuster alle gesellschaftlichen Bereiche durchziehen. Heute können wir feststellen: der Debatte um den Asylmißbrauch folgte die Kampagne gegen den Sozialmißbrauch, der "Flüchtlingsflut" folgt der "Altersberg", der Flüchtlingssozialhilfe folgte die allgemeine Sozialhilfekürzung, dem Zählappell von Flüchtlingen folgt die Überprüfung aller SozialhilfeempfängerInnen, Razzien nach illegalen Arbeitern sollen Hausbesuche der Sozialdetektive folgen. Den Sondergesetzen gegen Flüchtlingen folgten die Sicherheitsgesetze, der Verdrängung von Flüchtlingen aus dem Straßenbild folgen die Obdachlosen. Der Ausgrenzung der "Fremden" folgt die Ausgrenzung der "sozial Schwachen", dem Haß auf die Aus-länder folgt die Verachtung der Kranken. So hat sich von den Rändern her eine rassistische Formierung in die gesamte Gesellschaft hineingefressen und grenzt immer neue Gruppen aus. Die Asyldebatte erscheint im Rückblick als Einfallstor für einen umfassenden Rechtsruck, an dessen Ende die Neuordnung aller gesellschaftlichen Verhältnisse steht. Das Schicksal von Flüchtlingen erscheint heute wie ein Prototyp der Deregulierung. Die wird jedoch die Feinheiten sozialer Hierachisierung zu wahren wissen, feine Abstufungen einbauen- wofür das Ausländergesetz mit dessen ultimativer Bedrohung der Abschiebung Garant bleiben wird.

Vom fremdenfeindlichen Rassismus zum Leistungsrassismus

Bisher erschien uns der Rassismus als ein Bollwerk gegen die migrierenden Ansprüche der nicht-industriellen Welt, den Kolonien oder der Dritten Welt und der Peripherie. Er erschien uns auch als Allianz der metropolitanen Massen mit den Herrschenden, als Allianz zur Verteidigung von Pfründen und Privilegien, als Ausländer- und Fremdenfeindlichkeit eben. Doch im Zuge gesellschaftlicher Transformierung unterliegt auch Rassismus Modernisierungsprozessen. Die neuen Vorgänge sind mit einem Haß auf das Kranke, Schwache, Abweichende besser charakterisiert, als Leistungs- oder Sozialrassismus besser beschrieben.

Perspektiven

Erstens muß Migration und die Anwesenheit von Flüchtlingen hierzulande als Ausdruck einer globalen Konfliktualität angesehen werden. Zweitens müssen unter den verschiedenen Flüchtlings- und MigrantInnengruppen die gemeinsame Betroffenheit seitens des metropolitanen Rassismus betont werden. Drittens müssen zwischen metropolitanen Sozialprozessen und globaler Migrationsbewegung mittels antirassistischer Politik Bezüge hergestellt werden. Der Zugang verliefe über die Begrifflichkeit von Sozial- und Leistungsrassismus, sowie dem Arbeitstitel der 'sozialen Säuberung'. Viertens ist jede soziale Bewegungs- und Protestform, die nicht aus der Perspektive der Ausgegrenzten agiert, beinahe automatisch selbst ausgrenzerisch und damit rassistisch. Für die antipatriachale Perspektive gilt dies ohnehin. Zuguter Letzt kann gesagt werden, daß die Gemeinsamkeiten in der Beanspruchung elementarer Menschenrechte liegen. Deren Universalismus führen wir gegen den Verlust aller umfassenden freiheitlichen Utopien zu Felde, er ist nicht realitätsmächtig, kann aber als Fluchtpunkt dienen.(9)

Antirassismus ist deshalb eine Bezugnahme auf eine bedeutende soziale Bewegung, formuliert einen universellen Gleichheitsanspruch und ist gleichermaßen Teil und Speerspitze einer sozialen Bewegung im Kampf um ein allgemeines Existenzrecht aller.

Literatur und Anmerkungen:

1 Hall, S.: Racism and Reaction in: CRE, Five views of multi-racial Britain, London 1978, S. 24; Miles und Phizacklea argumentierten ähnlich, in: Miles 1980, S. 2

2 Hall, S.: Policing the crisis, London 1988, S. 337

3 Gilroy, P. u.a.: The organic crisis of british capitalism and race in: CCCS: The empire strikes back, London 1982, S. 11 ff

4 Smith 1976, S. 171

5 Sivanandan, A.: RAT and the degradation of black struggle, in: Race and Class vol. 24, No.4/1985, S. 30

6 Club of Rome, 1986

7 Arbeitsgemeinschaft freier Wohlfahrtsverbände (1993): Armut in Brmen, Bremen; Arbeiterkammer Bremen (1993): Bericht zur Lage der Arbeitnehmer in Bremen, Bremen; Statistisches Jahrbuch 1992, Bremen; u.a.

8 Landesvorstand der Grünen/Bremer Informationszentrum für Menschenrechte, gemeinsame Presseerklärung, 08.04.92

9 In diesem Zusammenhang sei vor der patriarchalen Lesart gewarnt. Menschenrechte sind nur dann auch Flüchtlingsrechte, wenn dies deutlich gemacht wird.

Franck Düvell gehört zur Redaktion von alaska.

Erika Feyerabend

Gentests im Vorsorgestaat

Weltweit wetteifern Forscher in Universitäten und privatwirtschaftlichen Instituten um das, was heute „genetische Information" genannt wird. Unter dem Dach des Human Genome Projects (HUGO) versuchen sie, die vermuteten 100.000 Gene, die im menschlichen Zellkern verborgen sein soll, zu lokalisieren und die ca. 3. Mrd. Basenpaare der DNA zu sequenzieren. Das molekulare Global-Projekt wird schätzungsweise zwischen 5-7 Mrd. $ verschlingen. Das europäische Pendant, die European Genome Organization (EGO) vergibt ebenfalls Drittmittel für die Genomforschung. Auch national wird mittlerweile gefördert, in Australien, China, Dänemark, Deutschland, Frankreich, Großbritanien, Israel, Italien, Kanada, Korea, Niederlande, Rußland, Schweden, USA sowie verschiedene südamerikanische Staaten. Kapitalisiert wird das Wissen allerdings meist privat und in den Industriestaaten. Laut Nature vom April 1996 sind einer Untersuchung der Universität Sussex zufolge weltweit zwischen 1981 und 1995 1175 Patente für menschliche DNA-Sequenzen erteilt worden. ¾ davon an die Industrie, am häufigsten in den USA und Japan; 7% an Einzelpersonen und 17% an den öffentlichen Sektor. Die Hälfte aller Patente erteilte das Europäische Patentamt in München.

Die wissenschaftliche und mediale Begleitrhetorik des Großprojekts moderner Biologie ist angefüllt mit nahezu epochemachenden Versprechungen. Ende 1995 veröffentlichte die Zeitschrift Nature ein „Genome directory" als Sonderdruck. Eine Karte, die ¾ unseres Genoms umfasst sowie ein Katalog, der die ½ aller vermuteten Gene zur Darstellung bringt, wird von Nature, ganz im Sinne des biowissenschaftlichen Deutungsmonopols, als ersten „Atlas von uns selbst" (1) vervielfältigt. Der Herausgeber des Konkurrenzunternehmens Science vergleicht die „Landung auf dem Genom" mit der „Entdeckung unseres Planeten im 16. Jahrhundert".(2)
In absehbarer Zeit wird die Genom-Karte komplett und die vollständige Sequenz „eines Menschen" ermittelt sein. Doch wer ist dieser Mensch? Es wird ein vollkommen künstlicher Mensch sein, der sowohl ein x als auch ein y-Chromosom besitzen wird. Es wird also ein Mann sein. Dieser „er" wird in seinen Chromosomen eine Durchschnittssammlung sein, von Sequenzen (also aufgefundenen chemischen Strukturen im Genom), die bei Männern und Frauen verschiedener Nationen, den USA, Europa und Japan vorkommen. Er wird also ein Durchschnittsmensch der Industrienationen sein, die im weltweiten Verbund am Genom forschen. Tatsächlich gibt es nicht ein Individuum auf der ganzen Welt, das diese Durchschnittsfolge von Basenpaaren auf der DNA hat. Emphatisch wird das bloß statitstisch geschaffen Mittelwert-Genom der Industriegesellschaften als Projekt der Selbsterkenntnis tituliert.
Diese Theorie des Durchschnittsmenschen, die nicht erst mit der Genomanalyse begann, führt die Ära fort, in der Vollkommenheit mit Normalität zusammenfällt und der große Handlungsimperativ darin besteht, zu normalisieren.

Die Bio-Gesellschaft

Das Normierungsvorhaben ist umfassen. „Selbsterkenntnis" verpflichtet eben zu umfassenster Klärung. Lange schon sind die sog. klassischen Erkrankungen der Genetik nicht mehr im Zentrum der wissenschaftlichen Aufmerksamkeit. Vor allem zukünftige Erkrankungs"risiken", bespielsweise für Krebs, Allergien und Psychosen, sind in den biowissenschaftlichen Blick geraten. Zum einen erweitert sich so der medizinische Handlungsraum. Überwachung, Prognose und Eingreifen werden zu einem Zeitpunkt möglich, wo das Leiden noch gar nicht spürbar ist. Es werden „Risikoträger" geschaffen, die nicht mehr ihrer leiblichen Empfindung sondern nur noch der genetischen Prognostik Glauben schenken sollen.
Zum anderen werden gesellschaftliche Fragen unversehens in biologische umgedeutet.
Ein boomender Zweig der Forschung ist die sog. Pharmakogenetik. Sie beschäftigt sich mit Reaktionen auf Vergiftungserscheinungen aller Art. Allergien, Berufskrankheiten oder medizinisch erzeugte Vergiftungsreaktionen werden zur genetisch bedingten, mangelnden Fähigkeit mit bestimmten Stoffen fertig zu werden.
Eine weitere Eskalation ist in Sicht. Vollkommenheit, die mit genetischer Norm zusammenfällt, bezieht sich auf weit mehr als auf genetisch definierte Krankheiten und Krankheitsrisiken.
„Im Verlauf des kommenden Jahrzehnts werden wir vielleicht beginnen, die Gene zu finden, die kognitive und affektive Eigenschaften des Menschen sowie weitere Aspekte seines Handels und seines Äußeren erstaunlich stark bestimmen. Das zu leugnen, würde bedeuten, den Kopf in den Sand zu stecken" bemerkt der Molekularbiologe Robert Weinberg vom MIT ganz selbstverständlich. (3)
Von Schizophrenie bis zur Spielsucht und Alkoholabhängigkeit, jede Auffälligkeit kann unter der Überschrift „ererbten Stoffwechselbesonderheit" in den Zuständigkeitbereich der Biowissenschaften fallen.

James Watson, ehemaliger Leiter des HUGO-Projektes: „Sicherlich sind wir hinter Alkoholismus her. Das ist eine Krankheit, die definitiv unter einem starken genetischen Einfluß steht. Wir wüßten gern, warum manche Leute besonders anfällig für Alkohol sind, und die Ergebnisse unseres Genom-Projektes werden da der Menschheit helfen."(4)
1993 stellte Dean Hamner der wissenschaftlichen Presse einen selbst errechneten Marker für Homosexualität vor. Die „genetischen Faktoren des Verbrechens" wurden auf einer Konferenz der Universität von Maryland 1995 ausführlich diskutiert. Die Konferenz war vom National Institute of Health (NIH) bereits 1992 als Teil ihres Engagements im HUGO-Projekt konzipiert worden. Aufgrund zahlreicher Proteste konnte sie jedoch erst 3 Jahre später stattfinden.(5) Die Ciba-Foundation führte gemeinsam mit dem Wellcome Centre for Medical Science 1995 ein ähnliches Symposium durch. „Genetik und antisoziales Verhalten" lautete der Titel der Londoner Konferenz.(6) Das Medical Research Council (MRC) in England stellt 2 Millionen Pfund für die Erforschung molekularer Ursachen der Intelligenz zur Verfügung.(7) Und das Max-Planck Institut für psychologische Forschung sucht „Zwillingspaare im Alter von 65-85, die sich gegen eine Aufwandsentschädigung ein paar Tage lang interessanten Tests unterziehen lassen." Ihr Forschungsziel: Erblichkeit von Intelligenz im Alter.(8) Und neulich erklärten Wissenschaftler der Harvard University, daß sie einem „Obdachlosen-Gen" auf der Spur seien.
Die Liste könnte ohne weiteres fortgeführt werden, um die Konturen einer sich anbahnenden Normierungsgesellschaft noch deutlicher werden zu lassen.

Frauen im Risikoraster

Angestrebt und weitgehend akzeptiert sind vor allem vorgeburtliche Tests. Für rund 100 erblich bedingt geltende Krankheiten halten bundesdeutsche Labors inzwischen genetische Nachweisverfahren bereit. Feststellen lassen sich jedoch nur jene seltenen Krankheiten, die auf die Veränderung nur eines Gens zurückgeführt werden. Chorea Huntington, Thalassämie oder die Bluterkrankheit sind solche „monogenen" Erkrankungen, die von Genetikern mit einem Wahrscheinlichkeitskalkül von 1:10.000 oder 1:100.000 belegt werden. Die Cystische Fibrose (CF), eine Stoffwechselstörung, die mit Verschleimung verschiedener Organe einhergeht, ist mit durchschnittlich einem kranken Neugeborenen auf 2.000 Geburten das häufigste Leiden, das mit DNA-Analysen nachgeweisen werden kann.
Von Reihenuntersuchungen, die Anfälligkeiten für Zivilisationskrankheiten oder Verhaltensauffälligkeiten dingfest machen können, ist man noch weit entfernt. Doch das „Endziel" genetischen Forschens, die Identifikation symptomloser „Risikoträgerinnen" rückt bereits näher. Fünf bis zehn Prozent der Brust- und Eierstockkrebs-Erkrankungen sollen genetisch bedingt sein. Eine kühne Behauptung, die bereits Firmen wie Myria Genetic Laboratories und OncoMed neue Märkte hat erschließen lassen. Sie bieten kommerziell derartige Gentests an. In der Bundesrepublik arbeiten zehn Zentren mit der Deutschen Krebshilfe an einem verbindlichen Einsatzkonzept. Die Konsequenzen solcher Genorakel für die betroffenen Frauen sind wenig hilfreich: präventive Brustamputationen oder häufige Mammographien, die verdächtigt werden den Krebs hervorzurufen, den sie nachweisen sollen.(9) Die Frage, ob mit einem solchen Genbestand die Geburt einer Tochter noch verantwortet werden kann, ist im Zeitalter der Pränataldiagnostik unvermeidlich. Gerade die jahrzehntelange Erziehung zur genetischen Vorsorge in der perfekt ausgebauten Schwangerenvorsorge machen die Pränataldiagnostik zum sicheren Testgebiet für die neuen genetischen Fahndungsprojekte.

Planung für den Ernstfall

Neben dieser „radikalsten" Form der Kostensenkung, die auf die Gestaltung des zukünftigen Bevölkerungskörpers zielt, sind noch weitere Weichen für die technologische „Lösung" gesellschaftspolitischer Fragen anvisiert. Internatio-

Bild: Paul Loper; "Big Man", 1992

nal gibt es schon erste Erfahrungen. In den USA sind bereits symptomfreie Arbeit- und Versicherungsnehmer/innen mit nachgewiesenen genetischen „Risikofaktoren" gekündigt worden, Verweigerung von Kranken- und Lebensversicherungen oder des Arbeitsplatzes sind im Rahmen einer Umfrage schon bei der Hälfte aller Befragten vorgekommen. Und das, obwohl Bundesgesetze solche Vorgehensweisen untersagt haben.(10) In England haben die Lebensversicherer bereits beschlossen ab 1999 nur noch mit genetischen Tests zu versichern.(11) Man plant hier für den Ernstfall, der schnell eintreten kann. Pro Jahr werden 100 neue Gen-Diagnostika vermarktet, ein Großteil im Bereich der Medizin.(12)

Der rasante Umbau der Gesundheitsversorgung in der Bundesrepublik folgt ganz dieser Logik. Die Aufsplittung in Wahl- und Regelleistungen, Risikozuschläge und Selbstbeteiligung prägen die Debatte um die Gesundheitsstrukturreform. Mit der Computerisierung, der Krankenversichertenkarte im Chipformat sind gestaffelte Beitragssätze für unendliche Risikokonstellationen verarbeitbar - und nachweislich beabsichtigt. Chronisch kranke Asylbewerber/innen sind heute schon von der Versorgung ausgeschlossen, ebenso wie ausländische Sozialhilfeempfänger/innen. Erwogen wird bereits, auf diesen Chipkarten Maluspunkte von „Risikogruppen" zu speichern, für schlechten Lebensstil, unregelmäßige Teilnahme an Vorsorgeuntersuchungen oder Übergewicht.(13) Die nachweisbare genetische „Risiko"-Ausstattung ist ein weiterer Parameter, um Versorgungsleistungen zu versagen, der sich nahtlos in die bereits begonnenen Strukturreformen einpaßt.

Eine Technologie der freien Wahl?

Viele Experten sammeln mittlerweile im Auftrag von Pharmafirmen Blut- und Gewebeproben. Besonders ethnische Gemeinschaften und Großfamilien mit statistisch erhöhten Krankheitshäufigkeiten interessieren die Untersuchungstrupps. Man sucht nach „Asthmagenen", „Diabetesgenen" und „Fettleibigkeitsgenen". Die Firma Sequana Therapeutics aus Californien sammelt Blutproben von Bewohnern der Insel Tristan da Cunha im Südpazifik. Dort gibt es ein 20-30%iges höheres Vorkommen von Asthma als in anderen Bevölkerungen. Die Rockefeller University ist dabei das „Fettleibigkeitsgen" zu erforschern. Die kalifornische Firma Amgen will dieser Universität insgesamt 120 Millionen $ Linzensrechte zahlen, um die Information zu erwerben. Auch Sequana, die mittlerweile Sammelanstrengungen von 20 akademischen Institutionen unterstützt, ist an Fettleibigkeit und Diabetes interessiert und untersucht Indianer aus Arizona.(14)
Daraus entstehen dann genetische Tests, die in aller Welt vermarktbar sind, für Asthma, Diabetes oder Fettleibigkeit. Eine europäische Umfrage hat ergeben, daß 18% aller Paare einen Test auf das „Fettleibigkeitsgen" bei positivem Befund veranlassen würde abzutreiben. Die Entstehungsgeschichte dieser „Wahlmöglichkeit", die auf moderner Leibeigenschaft indigener Völker basiert, bleibt verborgen und will ebensowenig gewußt sein, wie die sozial- und gesundheitspolitischen Folgen im eigenen Land.

Doch auch die Bewohner der Industrienationen werden zur genetischen Informationsressource. An öffentlichen Plätzen wie der Pariser Metro oder der Londoner U-Bahn werden die Bewohner/innen vom staatlichen Institut Genethon in Frankreich oder von der British Diabetic Association aufgefordert:
„Leiden sie an Polyarthristis/oder Diabetes, ihre Schwester und ihr Bruder auch? Sie können uns helfen die Gene ... zu finden. Alles was Sie und ihre Geschwister zu tun haben, ist eine einfache Blutprobe bereitzustellen."(15)
Gezielter sind die Aktivitäten in der Bundesrepublik. Hier wenden sich Forscher von der Berliner Charité direkt an Betroffenen-Verbände - wie die Deutsche Morbus Crohn Vereinigung: „Der Fortschritt des „Humanen Genomprojektes"...hat jetzt die Techniken erarbeitet, die eine Suche nach Erbfaktoren auch in komplizierten Erkrankungen ... erlauben. ...Um näher an die Krankheitsgene heranzukommen, müssen Blutproben sehr vieler Betroffener untersucht werden...Was von Ihnen und jedem weiteren ... Erkrankten in der Familie benötigt wird, ist eine Blutbrobe, ..."(16)
Unter dem Emblem der „Hilfe" und „Heilungschance" werden alle zum Mitmachen aufgefordert. Auch Jean Dausset, Mitbegründer des französischen Institutes Genethon, setzt offen auf die Teilnahme und Teilhabe aller: „Wir müssen die heute stattfindende Revolution mit Gelassenheit betrachten. Es ist eine Vision, die in den Dienst der Menschheit zu stellen ist und das von allen erhoffte lange glückliche Leben ohne Beeinträchtigung durch Krankheit bescheren soll. Ich lade Sie ein, diesen Traum mit mir zu teilen. Den Traum von den Genen der Hoffnung."(17)

Jene, die auf dem bioindustriellen Markt anbieten, können wohl nur noch gewinnen-an Geld, beruflicher Reputation und gesellschaftspolitischer Gestaltungsmacht. Jene aber, die zum Informationsrohstoff und zum Konsumenten von Lebensqualitäts-Parametern werden sollen, können wohl nur verlieren - an Möglichkeiten außerhalb biowissenschaftlicher Expertise und Verdinglichung zu leben, zu lieben und politisch zu handeln.

Literatur:
(1) zitiert nach Weß, Ludger, Der Blick auf die Gene in: Kolb, Stephan (Hg), Fürsorge oder Vorsorge, Frankfurt/M. 1996, S.76
(2) Science vol. 274, 25 oct. 1996
(3) Kevles, Daniel J., Die Geschichte der Genetik und Eugenik in: Kevles, D.J./Hood,Leroy (Hg). Der Supercode, Frankfurt/M./Leipzig 1992, S. 285
(4) zitiert nach Weß, Ludger, a.a.O., S.82
(5) Science vol. 269, 29 sep. 1995
(6) Ciba Foundation, The Genetics of Criminal and Antisocial Behaviour, 17 feb. 1995, Kongreßunterlagen
(7) Gardian 1.2.1996
(8) FAZ 10.7.1996
(9) Am.J.Hum.Gent. 59, 1996, S. 486-487 und Science vol 274, 25 oct. 1996
(10) Science and Engineering Ethics, Hf. 2, 1996
(11) dpa 19.2.1997
(12) FR 14.4.1997
(13) Bertrand, Ute, Der Patient als Datenträger in: Kolb, Stephan (Hg), a.a.O.
(14) zitiert nach Feyerabend, Erika, Technik als Weltzustand in: Foitzik, Andreas/Marvakis, Anthanasios (Hg), Tarzan - was nun? Internationale Solidarität im Dschungel der Widersprüche
(16) Science vol 271, 8 march 1996
(17) Dt. Morbus Chrohn/Colitis ulcerosa Vereinigung, Mitglieder - Anschreiben vom 27.3.1997
(18)Jean Dausset, Die Gene der Hoffnung in: UNESCO No 9/1994, S.11

Erika Feyerabend arbeitet mit bei "Bioskop: Forum zur Beobachtung der Biowissenschaften und ihrer Technologien". 3-4 mal im Jahr gibt Bioskop den Rundbrief "Denkzettel" heraus.

Bioskop, Grendplatz 4, 45276 Essen, Tel.: 0201-512647

Katharina Vogelmann

Kochtopf und Weltmarkt

Wie die afrikanischen Frauen es unter neokolonialen Bedingungen immer noch fertigbringen, die Bevölkerung zu ernähren.

Stell dir vor, Frauen stünden nicht nur an den Kassen der Supermärkte und hinter den Verkaufsständen der Wochenmärkte. Stell dir vor, es wäre Schluß damit, daß die Frauen zu 80 % in den Freihandelszonen des Südens als billige, schlechtbezahlte Arbeitskräfte für die Exportproduktion verheizt werden. Stell dir vor, die Frauen hätten das Sagen auf den internationalen Finanz- und Warenmärkten. Was würden sie auf dem globalen Markt austauschen? Mit wem würden sie handeln?

Die Uganderin Rose Kiggundu würde nicht mehr so viel Kaffee und Baumwolle für den Weltmarkt pflanzen, sondern das Land für den Anbau eigener Nahrungsmittel nutzen. Den Handel möchte sie kleinräumig und regional organisieren, statt Produkte rund um den Erdball zu fliegen. Waffen und Landminen könnten die Industrienationen für sich behalten. Die Uganderinnen sind nun nicht mehr so scharf auf Kredite für Monokulturen. Sie erlebten, daß der Anbau von die Exportprodukten ihr Land ökologisch zerstört und ihre Produktionsformen verdrängt. Die Bäuerinnen wollen Darlehen für einen Handel, den sie selbst kontrollieren können. Sie durchbrechen damit den Mythos, es gäbe keine Alternativen zum Weltmarkt. Die Weltbank drängte zu Strukturanpassung, es sollten nicht traditionelle Produkte wie Vanille, Erdnüsse u.s.w. für den Weltmarkt angebaut werden, mit all den negativen Konsequenzen, sich zu verschulden und in Abhängigkeit der Weltmarktpreise zu geraten. Bei der Bodennutzung kam es zu dem Mißverständnis, in Afrika müsse zunächst Privateigentum an die Stelle von Allgemeineigentum treten, weil sonst die Produktivität nicht gefördert werden könne. Die Männer wurden nun als Pächter staatseigenen Landes eingetragen, das führte dazu, daß die Frauen ihre herkömmlichen Rechte auf Land ihrer Familie oder ihres Ehemanns verloren. Die Landfrage ist deshalb ein wichtiges Anliegen der Frauengruppen, sie fordern eigene oder zumindest gemeinsame Landtitel. Es wäre nun wunderbar, wenn die Frauen tatsächlich eine entscheidende Kaft im Erneuerungsprozess der afrikanischen Gesellschaften wären, doch sie sind gleichzeitig diejenigen, die von den Folgen des Strukturwandels am härtesten betroffen sind. Es geht nun nicht darum, nachzuweisen, wie unterdrückt und benachteiligt die Frauen sind, sondern zu zeigen, wie der soziale Wandel die ökonomisch wichtige Rolle der Frauen beeinträchtigt. Nicht nur die Verfügbarkeit über das Land ist für die Frauen schlechter geworden, sondern ihre gesellschaftliche Stellung überhaupt. Die Regelungen hinsichtlich Arbeitsteilung und sozialer Organisation haben sich verändert.

Frauen und Mitbestimmung

In den Befreiungsbewegungen der Kolonialzeit waren die Frauen zumindest offiziell wenig präsent. In den neu entstandenen Staaten wurden die Frauen wenig einbezogen, sie wurden wenn überhaupt den Einheitsorganisationen gleichgeschaltet. G. Lachenmann berichtet von Frauenorganisationen in Malawi, die mit Tänzen und Festen für die populistische Regimeunterstützung eingesetzt wurden. Auf die Frage nach den Frauen in Zaire fallen den Männern nur die Benzi-Mamas ein, reiche Mercedesbesitzerinnen, die Mobutu bei seinen korrupten Machenschaften aktiv unterstützen. An den Diskussionen über Erneuerungsprozesse und Demokratisierung haben Frauen kaum Anteil. In der Bauernbewegung in Senegal sind Frauen zwar präsent, jedoch nicht in den oberen Rängen, man hat vor eigenständigen Bestrebungen Angst, sie „könnten Feminismus machen". Die Männer besprechen die Belange der Gemeinde, um dann ihre Frauen darin zu unterweisen.

Weltbank und Frauenförderung

Kein Wunder, daß die Frauen in Afrika meist als unsichtbar bezeichnet wurden. Die Weltbank verwendete Ende der siebziger Jahre den Begriff der „invisible woman" (World Bank 1979). Es wurde zwar die Bedeutung der Frau in der Landwirtschaft betont (Ester Boserup 1970, 1982), sie wurde aber nicht gesehen und damit auch nicht gefördert. Das Unsichtbarmachen der Frauen war im Grunde genommen nichts anderes als die Betriebsblindheit von Männern in einer männerdominierten Wirtschaft. Da wurde das eigene zweigeschlechtliche Gesellschaftsmodell zugrundegelegt, mit seinen Annahmen über geschlechtsspezifische Arbeitsteilung. Bei der Förderung der ländlichen Regionalentwicklung der deutschen Gesellschaft für technische Zusammenarbeit wurde, ohne sich um die soziale Struktur afrikanischer Wirklichkeiten zu kümmern, von eurozentristischen Vorstellungen ausgegangen. Für einen landwirtschaftlichen Betrieb diente als Leitbild, daß er von einem Mann geleitet wird, daß dort

Bild: Karin Desmarowitz/Leon Maresch; "Blumenverkäuferin auf dem Weg zum Markt", 1995

überwiegend mit familieneigenen Arbeitskräften gewirtschaftet wird, daß er ein angemessenes Einkommen für zwei Männer ermöglicht und diese auch entscheiden, welche Maschinen zur Einsparung von Arbeitskraft gekauft werden. Folglich wurde also von abgrenzbaren afrikanischen Betrieben mit Männern an der Spitze ausgegangen, ohne zu bemerken, daß es sich dort um eine komplexe Netzwerkstruktur handelt, die von den Frauen geleitet wird.

Um das Wirtschaftswachstum zu fördern, ging nun die Weltbank 1979 davon aus, daß man die Produktivität der Frauen steigern müsse. Es wurde die „Integration der Frauen in die Entwicklung" veranschlagt. Die Frauen sollten also gefördert werden, weil sie eine wichtige produktive Funktion haben, von Reproduktion und Subsistenzproduktion war in diesem Zusammenhang nicht die Rede. Diese fragwürdige, weil unvollständige Analyse wurde in Politik umgesetzt und man wunderte sich, warum dabei nicht mehr Wachstum herauskam. Eine genauere Untersuchung der Frauenförderung wiederum zeigt, daß dabei nach obigem Muster, nämlich dem Leitbild der bürgerlichen europäischen Familie gearbeitet wurde. Frauen werden zu „Nur - Hausfrauen" oder bestenfalls zu „mithelfenden Familienangehörigen" deklassiert. (GATE 1986). Es wurde von der Familie als biologischer Einheit ausgegangen, anstatt sie als soziales Konstrukt zu benennen, das in unterschiedlichen Situationen enorm verschiedene Bedeutungen und Funktionen hat. Wenn die Frauen des europäischen Netzwerks WIDE erklärten, daß der Handel der Frauen primär an den Grundbedürfnissen und der Versorgung orientiert ist und nicht an Profit, dann liest sich dies in der Terminologie ländlicher Reginalentwicklung als „Frauenüberlebensproduktion", die gesellschaftlich nicht als Arbeit honoriert zu werden braucht, sondern halt als Ausdruck der biologischen Natur der Frau zu verstehen sei. Die Frau, samt ihrer Arbeit und ihren „spezifisch weiblichen Potentialen" wird als Ressource aufgefaßt. Bei der Zielformulierung der Frauenförderung geht es dementsprechend um die „Mobilisierung der Arbeitskraft der Frauen als Zentralressource agrarischer Volkswirtschaften", die wie auch immer ungegrenzt nutzbar sei. Es ist kein Wunder, daß sich die Begeisterung der betroffenen Subjekte in Grenzen hält. Die Frauenorganisation in Zimbabwe kritisierte die Frauenförderungsprojekte als inkompetente, überhebliche Einmischung. Selbst in Kreisen der Entwicklungspolitiker setzen sich langsam kritische Töne durch.

E. Lachenmann ist der Meinung, daß die Strukturanpassungsprogramme ins Leere laufen mußten, weil sie nicht in den sozialen Verhältnissen der Menschen verankert sind und auch noch erheblich dazu beitrugen, die sozialen Strukturen zu zerstören. Selbst die staatlich etablierten Frauenorganisationen konnten wenig ausrichten, die Situation der Frauen zu verbessern. Ein gesellschaftlicher Transformationsprozess in Zusammenhang mit wirtschaftlichen Veränderungen läßt sich nicht politisch verordnen, sondern kommt von sozialen Bewegungen, die fehlende Strukturierung schaffen und Perspektiven entwickeln.

Die herkömmliche Frauenwirtschaft

Wirtschaftsstrukturen ohne Bargeld bildeten die herkömmliche Form ökonomischer und sozialer Absicherung in den afrikanischen Gesellschaften. Die Frauen hatten in allen afrikanischen Ländern trotz deren wirtschaftlicher Unterschiede, einen eigenen wirtschaftlichen Bereich und eine eigenständige soziale Welt, eine Frauenökonomie und eine Frauenwelt. Die Mütter, Schwestern und Tanten hatten eine wichtige Rolle, Wissen weiterzugeben, sich für die Rechte der Frauen einzusetzen, sie garantierten einen personlichem Schutz. Wenn die Frauen nun keine eigenständige Ökonomie mehr haben, können sie den Töchtern kein Heiratsgut als Grundlage, oder das know how für Anbau und Handel weitergeben. Durch die Destabilisierung des ehemaligen Systems wurde ihre Rolle als Frau innerhalb der Familienverbände entwertet, ihre Eigenständigkeit wich der Vereinzelung und neuen Abhängigkeiten, im besonderen vom Ehemann. Die Gewalt gegen die Frauen nimmt zu, Schläge, Mißbrauch, Tötungsdelikte. Frauen bleiben bei Männern, die sie schlagen, in eine schwierige Situation geraten Witwen und Frauen, die verstoßen wurden, weil die Familienverbände sich nicht mehr für sie zuständig fühlen. Ein Zustand zwischen dem Bruch mit Traditionen

und juristisch nicht unbedingt gesicherten Rechten ist eingetreten. Die alten Frauen haben ihre Stellung als weise Frauen verloren und sind nicht mehr abgesichert. Viele Mädchen werden nicht in die Schule geschickt, sie haben wenig Informationen über ihre Möglichkeiten. Konflikte mit dem Ehemann müssen nun ohne die Verwandten gelöst werden.

In Westafrika gab es eine komplementäre Arbeitsteilung von Frauen und Männern. Die Zuständigkeit der Frauen für den Reisanbau wurde über das Einführen moderner Bewässerungstechnik gekippt, Männer wurden für die Bewirtschaftung eingesetzt. In der Folge kam es zu einer ökonomischen und sozialen Krise, da die bisherigen Zuständigkeiten der Frauen mit ihren Erfahrungen und ihrem über Generationen weitergegebenen Wissen beim Anbau plötzlich nicht mehr gefragt waren. Das soziale Gefüge zerbrach. Es wurde immer schwieriger, sich auf die bisherige Art und Weise zu verheiraten. Galt der Brautpreis bisher als wichtige soziale Absicherung und Verbindung verschiedener Gemeinschaften, so bekommt er nun den Anstrich, eine Frau würde gekauft. Tatsächlich wird er immer höher. Die Männer müssen abwandern, um den Brautpreis mittlerweile selbst zu verdienen, doch durch die Migration verschlechtern sich die Einkommensmöglichkeiten in den Städten. Für die Frauen werden sozial anerkannte Heiratsbeziehungen immer weniger möglich. Verheiratete Frauen bleiben nun mit ihren Kindern alleine, oder sie ziehen ebenfalls in die Städte. Damit kommen die familiären Verbindungen zwischen den Gemeinschaften nicht mehr zustande. Senegalesische Männer beklagen, daß sich ihre Position verschlechtert, sie müssen hohe Brautpreise aufbringen und zudem wollten die Frauen Geschenke und immer mehr ein eigenes Einkommen haben. Die Männer nehmen die Isolierung der Ehepaare als Zunahme von individuellen Forderungen und Verpflichtungen wahr. Sie verlangen nun von ihren Frauen umgekehrt, daß diese für sie möglichst unbezahlt arbeiten. Das Denkmuster von Frauenarbeit als untergeordneter Arbeit, der „Hausfrauisierung" innerhalb der Kleinfamilie fing an zu greifen.

Eine erhebliche Mehrbelastung kam auf die Frauen zu. Ohne ihre bisherigen sozialen Räume müssen sie nun isoliert voneinander auf den Feldern ihrer Männer arbeiten und natürlich weiterhin die Ernährung ihrer Familie sichern. Mit weniger Land wird es schwer, den Eigenbedarf noch zu sichern, Armut und Hunger sind die Folge. Die ehemalige Frauenökonomie wurde von der modernisierten Landwirtschaft zurückgedrängt, und den Frauen bleibt, sich dagegen zu wehren. Wenn das Land schon dem Anbau von Verkaufsfrüchen (cash crops) dient, wollen sie für die Arbeit auf den Plantagen der Männer auch einen Lohn haben. Sie brauchen ebenfalls Möglichkeiten, über Geld zu verfügen, denn umgekehrt müssen sie nun von den Männern Dienstleistungen kaufen. Die Männer verfügen nämlich über die Traktoren und Maschinen, die ihnen von den Entwicklungsprojekten zugedacht waren. Wenn Frauen also einen Traktor brauchen, weil die Männer sich nicht mehr für das Roden und Pflügen zuständig fühlen, dann müssen sie dafür Geld haben. Man könnte von einer Monetatisierung der Geschlechterverhältnisse sprechen. Es ist vorbei mit den komplementären Beziehungen, in denen Frauen nach bestimmten Regeln ein Anrecht auf Arbeitsleistungen ihrer Männer, Kinder und Brüder hatten.

Frauen als Teil sozialer Bewegungen

Die Frauenforschung konnte zeigen, daß die Krise der afrikanischen Wirtschaft mit einer Krise der Frauenökonomie zu tun hat. Die Mehrheit der afrikanischen Bevölkerung wird durch die Frauenwirtschaft am Leben erhalten, oder jedenfalls durch das, was davon übrig ist. Sie haben weniger Land zur Verfügung, weniger Möglichkeiten, Saatgut und Düngemittel zu bekommen. Sie haben nun weniger Tauschwaren, die sie außer dem wirtschaftlichen für den sozialen Austausch brauchen, um die nächste Taufe, die Bezahlung der Lehrer, oder was für gesellschaftliche Verpflichtungen auch immer zu garantieren.

Vielleicht gerade weil die alten Lebensgrundlagen und Sicherheiten der Frauen schwinden haben sie kaum eine andere Wahl, als sich in einer neuen Form zusammenzuschließen, um irgendwie das Überleben zu sichern. Interessant ist, daß sie in der Selbsthilfebewegung sehr präsent sind. Die Zusammenschlüsse der Frauen dienen dem gegenseitigen Schutz und sie entwickeln neue Arbeitsbeziehungen und fordern einen Zutritt zur modernen Wirtschaft. Durch Kredite, die z. B. eine Kooperative in Senegal für Erdnußproduktion aufnahmen, waren die Bauern in einen Teufelskreis von Verschuldung geraten, bei dem ihnen nichts anderes übrigblieb, als die Ernte abzuliefern, um die Schulden zu mindern. Aus dieser Verschuldungsfalle auszusteigen gelang ihnen nicht, obwohl deutlich wurde, daß der Anbau sich nicht rechnete. Die Frauen hatten nun in diesem Fall eigene Lösungsansätze. Sie wollten für ihr eigenes Programm in der Bauernorganisation weiter Erdnüsse anbauen, aber in geringem Umfang, um die Kosten auch tragen zu können. Möglicherweise konnten sie mit den Erdnüssen als Stickstofflieferanten in ihrem Produktionssystem dem Anbau einen angemessenen Platz einräumen. Die Frauen haben bescheidenere und dafür risikoärmere Vorstellungen von dem Umfang ihrer Projekte als die Bauernführer ihrer Region. Ihre Aktivitäten stärken ihr Selbstbewußtsein, sie meinen, sie könnten jetzt in der Dorfgemeinschaft reden und bekämen Anerkennung. Bekannt sind auch städtische Zusammenschlüsse von Frauen im informellen Sektor, von Marktfrauen aber auch von Intellektuellen und Rechtsanwältinnen, z. B. in Nigeria. In Städten fallen sie jedoch nicht so sehr ins Gewicht, wegen der männlichen Dominanz in studentischen und gewerkschaftlichen Organisationen. Bei der Migration in die Städte bleiben viele Frauen auf dem Land zurück. Es ist deshalb nicht verwunderlich, daß die Frauenorganisationen in Zimbabwe sich vielmehr um die Anliegen und Kämpfe der Frauen in den ländlichen Regionen kümmern Dann gibt es so etwas wie neu erfundene traditionelle Bewegungen im Umkreis von Prophetinnen, Seherinnen und Heilerinnen, die etwas altes bewahren, soziale Orte herstellen und damit die Bedeutung der Frauen fördern. Von einer Frauenbewegung in Afrika zu sprechen, wäre zu hoch gegriffen, doch sie sind hörbar und sichtbar geworden.

Literatur :

Christine Haßler, Die Etablierung moderner Weiblichkeitsmythen in der Entwicklungszusammenarbeit : Eine Kritik der „Frauenförderung in der ländlichen Entwicklung", Diplomarbeit Oldenburg 1995

Gudrun Lachenmann, Frauen als Gesellschaftliche Kraft im sozialen Wandel in Afrika, Peripherie Nr. 47/48, 1992

Christa Wichterich, Mit dem globalen Handel auf du und du; Kochtopf und Weltmarkt, Die Tageszeitung, 8. Juli 1996

Holger Heide

Südkorea: Ökonomischer Aufstieg - Krise - sozialer Konflikt

Seit dem Generalstreik und den schweren Auseinandersetzungen zwischen Arbeitern und der Polizei auf den Straßen ist Südkorea über die Medien wieder einmal in das Bewusstsein auch der hiesigen Öffentlichkeit gelangt. Ein paar Monate vorher schien alles noch ganz anders, seitenverkehrt sozusagen: In Korea saßen die Menschen vor den Bildschirmen und sahen bewundernd und neidvoll auf die scheinbar machtvollen Großkundgebungen gegen Sozialabbau aus Deutschland.

Seit Jahren besuchen Gewerkschaftsdelegationen aus Südkorea gerade Deutschland in der Hoffnung, dem Geheimnis für die doch offenbar so erfolgreiche Gewerkschaftsarbeit mit Betriebsräten, mit Mitbestimmung, vor allem aber einem unfassbar hohen Organisationsgrad auf die Spur zu kommen und dieses Konzept womöglich im Fluggepäck mit nach Korea nehmen zu können. Das geschieht vor dem Hintergrund, dass es in Südkorea kein Industriegewerkschaftssystem gibt und dass jede Gewerkschaft gesetzlich in ihrer Organisation und in der Tätigkeit und Wirksamkeit auf die Betriebsebene beschränkt ist.

Wozu ein solches Betriebsgewerkschaftssystem führt, ist klar: In den großen modernen Betrieben mit starken Gewerkschaften ist es in den letzten Jahren gelungen, enorme Lohnerhöhungen, günstige Arbeitszeitregelungen, und alle möglichen betrieblichen Sozialleistungen zu erkämpfen. In den kleineren Betrieben mit entsprechend schlechteren Bedingungen für Gewerkschaftsarbeit gibt es für all das kaum eine Chance. Seit dem großen Aufbruch der demokratischen Gewerkschaftsbewegung nach der Beendigung der Militärdiktatur 1987 haben so die Lohndifferenzen und die Differenzen in den Arbeitsbedingungen zwischen verschiedenen Betriebsgrößenklassen stark zugenommen.

Und nun scheint also plötzlich alles umgekehrt. In Korea geht der Streik nicht nur über die Betriebsgrenzen hinaus, es wird ohne viel Federlesens der politische Generalstreik ausgerufen. Und in Deutschland haben wir bei der Reaktion auf den Angriff gegen die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall gerade erlebt, wie je nach der betrieblichen Stärke der Gewerkschaften und je nach der Stellung des Unternehmens in der Konkurrenz die Lohnfortzahlung mehr oder weniger stark abgebaut worden oder mit mehr oder weniger großen Zugeständnissen in anderen Punkten erkauft worden ist. Korea auf dem Weg zu kampfstarken Industriegewerkschaften und in Deutschland der Rückzug auf den Betrieb?

Seit 10 Jahren kämpfen die 1987 neu aufgebauten demokratischen Gewerkschaften nunmehr für die Abschaffung bzw. grundlegende Revision der verhassten Arbeitsgesetze aus der Zeit der Militärdiktatur, die jede freie Gewerkschaftsarbeit behindern oder gar unmöglich machen. Die wichtigsten repressiven Bestimmungen, gegen die sich der Kampf richtete, waren:

- dass es in jedem Betrieb nur eine Gewerkschaft geben darf, was bedeutet, dass die neuen demokratischen Gewerkschaften illegal sind, wenn es vorher schon eine „gelbe" Gewerkschaft gab;
- dass jede „Einmischung Dritter" in einen Arbeitskampf verboten ist, was bedeutet, dass nicht nur jeder Solidaritätsstreik illegalisiert, sondern auch jede Tätigkeit von außerbetrieblichen Gewerkschaftsfunktionären kriminalisiert ist;
- dass Gewerkschaften der Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes, insbesondere der LehrerInnen illegal sind;
- dass der gesamte demokratische Gewerkschaftsverband („Minju Nochong" bzw. „KCTU") illegal ist.

Von der Regierung waren - insbesondere unmittelbar vor Wahlen - immer wieder Entschärfungen des Arbeitsgesetzes in Aussicht gestellt worden. Stattdessen kam es Ende letzten Jahres zu der Nacht- und Nebelaktion der Regierung, die schließlich die Kämpfe ausgelöst hat: Am 26. Dezember trat das Nationalparlament ohne die Opposition (die war gar nicht eingeladen worden) um 6 Uhr früh zusammen, verabschiedete in insgesamt 11 Abstimmungen innerhalb von 7 Minuten eine Verschärfung des Arbeitsgesetzes und gleich noch eine Verschärfung des berüchtigten Nationalen Sicherheitsgesetzes, das den Geheimdienst Angibu wieder mit Vollmachten ausstattet, wie er sie in den finstersten Zeiten der Militärdiktatur gehabt hatte.

Der Vorstand von Minju Nochong reagierte unmittelbar nach Beendigung der Parlamentssitzung mit dem Aufruf zum Streik - für koreanische Verhältnisse ein ungeheuerlicher Vorgang.

Die Vorgeschichte

Was ist das für ein Land, das innerhalb

von 4 Jahrzehnten aus einer durch Kolonialismus ausgezehrten, im Pazifischen Krieg verheizten und schließlich im „Korea-Krieg“ von 1950-53 endgültig gedemütigten Gesellschaft zur Weltspitze im Schiffbau, zu einem der größten Pkw-Exporteure und zu einem Großexporteur von High-Tech-Produkten geworden und seit Dezember '96 jüngstes Mitglied der OECD ist?

Die aufgestaute Sehnsucht nach nationaler Befreiung und sozialer Emanzipation hatte sich mit der Kapitulation der Kolonialmacht Japan 1945 Bahn gebrochen und Hoffnungen, sozialistische Ideen und ungeahnte Tatkraft freigesetzt. All das bekam dann real keine Chance. Die Teilung Koreas als einer der ersten Akte in der Geschichte der Ost-West-Konfrontation ließ für emanzipatorische Praxis keinen Raum. Alle örtlichen Volkskommitees, die nach dem Rückzug der Japaner zunächst die Selbstverwaltung auf der lokalen Ebene übernommen hatten, der linksorientierte Gewerkschaftsverband, der Bauernverband, alle wurden in kürzester Zeit verboten und von der Militärregierung verfolgt. Der anschließende Partisanenkrieg zog sich dann jahrelang hin und hatte schon bis 1950 ca. 200.000 Todesopfer zu beklagen. Und dann brach der Korea-Krieg aus, mit Millionen von Toten und einem verwüsteten Land als Resultat.

Mit den Toten waren aber nicht nur ihre Organisationen zerstört, auch ihre Ideen hatten das Trauma der Vernichtung nicht überlebt.

Bild: Anonym; "Los Angeles Athletic Club", 1930

Was danach folgte, waren fast 3 Jahrzehnte „Entwicklungsdiktatur“: Im Laufe des systematischen Aufbaus einer Basisinfrastruktur, einer Exportindustrie, die sich zunächst auf arbeitsintensive Billiglohnprodukte stützte, eine Verstaatlichung des Bankenapparats und schließlich einer hochleistungsfähigen zentralen Planungsbürokratie wurde ein spektakuläres Wirtschaftswunder zustandegebracht.

Das 'Modell Korea'

Mit „bloßer“ Unterdrückung hätte das nicht gelingen können. Wie viele Diktaturen weltweit zeigen, bringt Unterdrückung als solche keine Leistung hervor. Im Gegenteil.

Der Schlüssel zum Verständnis des „Modell Korea“ liegt in der Bedeutung der umfassenden Ausbildungsoffensive. In das ideologische Vakuum hinein konnte unter Ausnutzung einer Art kollektiver Identifikation mit dem Aggressor eine doppelte Ideologie eingepflanzt werden: Zum einen der platte Anti-Kommunismus als Ausdruck der erlittenen vernichtenden Niederlage, zum anderen, zur Neuorientierung, die Ideologie der individuellen Leistung. Nur Leistung zählt und Leistung setzt Ausbildung und Disziplin voraus - und Konkurrenz! Die Botschaft lautete: Wenn jeder Leistung bringt, schafft das den Wohlstand der Nation, und das ist die Voraussetzung für Wohlstand für alle. Unter der Herrschaft dieser Ideologie, durchgesetzt in der Form von Militarismus (selbst Arbeiter waren „Industriesoldaten“), Nationalismus (der sich aggressiv gegen den anderen Teil der Nation richtete) und einigen isolierten konfuzianischen Elementen (insbesondere Gehorsam) gelang das Koreanische Wirtschaftswunder.

Dass Planung und Dirigismus effizient werden konnten, lag auf der organisatorischen Ebene vor allem daran, dass der Staat von Anfang an darauf „verzichtete“, alle Details zu planen. Verbindlich war die Planung nur innerhalb des 'Staat-Chaebol-Komplexes'(1), und wer sich dort konform verhielt, bekam alles, vom Grundstück über die Baugenehmigung bis zu zinsgünstigen Krediten. Alles unterhalb der Ebene der Chaebol war dem Markt überlassen. Daher die komplizierte Hierarchie der Zulieferbetriebe bis hinunter zu den Arbeitern, Bauern und Marginalisierten, die letztlich die Kosten der Entwicklung trugen.

Krise und sozialer Angriff

Es hat in den Jahrzehnten der Militärdiktatur viele kleinere und größere Rebellionen und Aufstände gegeben. Aber erst den neuen Aufbruch von 1987 konnten die arbeitenden Menschen nutzen, um sich wenigstens eine materielle Kompensation für das Leiden zu erkämpfen. Lohnerhöhungen von 15% jährlich, und das über eine Periode von nunmehr zehn Jahren, sind wohl ziemlich einmalig auf der Welt; denn selbst nach Abzug der Inflationsrate bleiben davon noch etwa 8% jährliche Reallohnerhöhung übrig. Alkerdings liefert das System mit dieser „Erhöhung des Lebensstandards“ schon gleich die Neutralisierung dieser Errungenschaften mit: Das zusätzliche Einkommen fließt in die kaum noch bezahlbare Wohnungsfinanzierung, in die immer umfassendere Ausbildung der Kinder, in die individuelle Motorisierung usw.; alles „notwendige“ Ausgaben, so dass der Stachel zum Leisten von Überstunden, zur Berufstätigkeit, auch wenn kleine Kinder zu betreuen wären, unvermindert wirkt.

Hintergrund für den aktuellen Angriff gegen die sozialen Errungenschaften seit 1987 ist das angesichts der fortschreitenden Logik der Globalisierung in die Krise geratene „Modell Korea“. Was statistisch als „abgeschwächte Produktivitätsentwicklung“ erscheint, signalisiert, dass die gigantische Mobilisierung aller menschlichen und „Umwelt-“Resourcen für den wirtschaftlichen Durchbruch mit dem immer wiederhol-

ten Appell zur Selbstaufopferung für ein später angeblich gutes Leben an ihre Grenzen stößt. Nun zeigt sich auch, dass die jahrzehntelang aufgepäppelten Chaebol alles andere als effizient arbeiten. Im Schutz der staatlichen Regulierung zu ihren Gunsten haben sie von Steuervorteilen, Zinsvorteilen, der Abschottung vor Konkurrenz und von niedrigen Löhnen profitiert. Unabhängig von der eigenen internen Leistungsfähigkeit sind kraft staatlicher Autorität Milliarden und Aber Milliarden zugunsten der großen Konzerne umverteilt worden. Was in der Phase des industriellen Aufbaus aus Sicht des Kapitals eine höchst effiziente Politik war, erweist sich in der Phase der „Normalisierung" als schwer rückgängig zu machen.

Innerhalb der Verwertungslogik des Kapitals erscheint bei der Suche nach Auswegen aus der Krise des 'Staat-Chaebol-Komplexes' eine Senkung der Arbeitskosten das einzig Mögliche. Und damit schließt sich der Kreis; denn das war ein wesentliches Motiv bei der Novellierung des Arbeitsgesetzes.

Die Flexibilisierung beim Einsatz der Arbeitskraft, der Ersatz von Stammarbeitern durch flexible Arbeitskräfte ohne langfristige Arbeitsverträge, die Senkung der Lohnkosten durch Einschränkung der Vergütung der Überstunden usw. sind freilich nur die eine Seite des Problems, sozusagen die „passive Sanierung". Was auf der Aktivseite fehlt, ist, wie schon erwähnt, die Entwicklung der Produktivität. Da operieren Regierung und „Wirtschaft" mit einer Doppelstrategie: Zum einen mit der Verteufelung der „radikalen" Gewerkschaftsführer als „unverantwortliche Elemente", mit dem Aufzählen der streiktäglich verlorengehenden Milliarden und damit dem Appell an das immer noch tiefsitzende schlechte Gewissen, das den Menschen von früher Kindheit an anerzogen wurde; zum anderen mit Versprechungen über Sozialpartnerschaft und Konzertierte Aktion und über die Größe des bei Wohlverhalten der Gewerkschaften zu verteilenden Kuchens.

Diese Doppelstrategie zielt langfristig auf eine verstärkte Verinnerlichung des Kapitals, d. h. seiner weltweiten Verwertungslogik, durch die arbeitenden Menschen, und sie soll abgesichert werden durch die neuen Arbeitsgesetze und letzten Endes das Nationale Sicherheitsgesetz.

Wie die Vergangenheit Südkoreas gezeigt hat, können selbst Terrorregime gestürzt werden. Diesmal würde aber auch der Sturz des Präsidenten und seiner Partei nichts Wesentliches ändern. Denn hinter dem Präsidenten und hinter dem Militär und letztlich hinter „den" Amerikanern steht heute der sich globalisierende Weltmarkt. Und dieser ist in den letzten Jahren zum „Totschlags-"-Argument gegen konsequente Kritiker entwickelt worden.

Die Botschaft lautet:
„Ihr habt nur eine Chance, wenn ihr Euch anpasst an die Anforderung des Weltmarkts, wenn Ihr Euch unterwerft unter das Kapital und wenn Ihr auf dieser Basis in der mörderischen Konkurrenz der Standorte Euch einen der wenigen Plätze an der Sonne erkämpft".

Der Sturm, der nach dem 26. Dezember in Korea losgebrochen ist, hat gezeigt, dass die Menschen diese Botschaft so umstandslos für sich noch nicht akzeptiert haben. Die weitere Entwicklung ist allerdings äußerst unsicher.

Heute

Der im Parlament Mitte März beschlossene Kompromiss, der durch die Legalisierung des Demokratischen Gewerkschaftsverbandes den Forderungen der Gewerkschaften (und der OECD!) nach Legalisierung nun doch entgegenkommt und damit auch die Einbindung der Arbeiterschaft in die Gesellschaft auf eine solide Grundlage stellt, und gleichzeitig der von der Kapitalseite propagierten Notwendigkeit von Flexibilisierung Rechnung trägt, zeigt, dass die Taktik des Präsidenten, der ja in diesem Punkt nur die Interessen des gesamten 'Staat-Chaebol-Komplexes' vertrat, aufgegangen ist. Die krasse Missachtung des Parlaments und das spätere Einlenken haben die Auseinandersetzung klar auf die Frage der Legalisierung des Demokratischen Gewerkschaftsverbandes beschränkt, so dass die Flexibilisierung ohne Widerstand durchgesetzt werden konnte. Und die Auseinandersetzung ist schließlich wieder dort geführt worden, wo sie hingehört, im Parlament. Der Präsident selbst ist in diesem Poker allerdings geopfert worden, er ist ist inzwischen so unbeliebt, dass eine erneute Kandidatur im kommenden Dezember als aussichtslos gilt.

Was den verbliebenen Widerstand der Arbeiter angeht, so gab sich die Gewerkschaftsführung zwar sehr entschlossen, dass der Kampf weitergehen würde; aber die Basis ist sehr schnell wieder abgebröckelt. Während die parlamentarische Einigung nach dem Einlenken des Präsidenten noch ausstand, waren die Arbeiter und Angestellten in vielen Betrieben bereits fieberhaft bemüht, in Sonderschichten, an Samstagen und sogar Sonntagen ohne Überstunden- und Feiertagsvergütung die ausgefallenen Arbeitsstunden wieder aufzuholen. Und leitende Angestellte gaben spektakuläre Selbstverpflichtungen ab, mit gutem Beispiel voranzugehen und bis zu 10% ihres Gehalts ihrem Unternehmen zur Überbrückung der Streikausfälle zur Verfügung zu stellen.

Dieses Problem ist nicht neu. Die koreanische Politik - und auch die Gewerkschaftspolitik - ist immer noch weitgehend „Honoratioren" vorbehalten. Was die Gewerkschaften angeht, so werden Menschen mit klaren Konzepten und radikalen Programmen oft in die Leitungsfunktion gewählt. Nur stehen sie dort mit ihrem Programm oft allein, weil sich die Basis dem Diktat des Markts, d. h. der Kapitalrationalität unterwirft. Andererseits zeigt sich die Führung der Gewerkschaften oft unentschlossen und verhält sich dann faktisch im Sinne der Kapitalrationalität, weil sie sich subjektiv von der Basis alleingelassen fühlt; so z.B. auch bei dem Entschluss, den Generalstreik Anfang 1997 auszusetzen und vor weiteren Aktionen die Verhandlungen auf der parlamentarischen Ebene abzuwarten.

Und doch gibt es zu dem Ausstieg aus der Kapitalrationalität keine Alternative, in Korea nicht und nicht in Deutschland und an keinem anderen „Standort". Die bisher eher rationale Einsicht, dass die Globalisierung unter den arbeitenden Menschen auf Dauer keine Gewinner, sondern nur Verlierer hervorbringen wird, muss auch noch die Herzen der Menschen erfassen, damit globale Solidarität als Antwort auf die Globalisierung des Kapitals möglich wird.

Anmerkungen:
(1) Chaebol ist der Name für die koreanischen Großkonzerne. [red.]

Holger Heide lehrt als Professor im Studiengang Wirtschaftswissenschaft an der Bremer Universität.

AK Ökonomie & Staat

Organisieren wir uns selbst!

Thesen zur gesellschaftlichen Funktion des DGB

1. Das Kapital braucht immer Arbeit ...

Ohne die von Menschen geleistete Arbeit keine Mehrwertproduktion! Die Aneignung unbezahlter Arbeit im Produktionsprozeß ist die Basis der kapitalistischen Produktionsweise. Deshalb kann das Kapital dem Zwang, lebendige Arbeit ausbeuten zu müssen, nicht entkommen. In den Finanzzentren der Welt wird kein Mehrwert produziert, sondern lediglich Mehrwert umverteilt und auf zukünftigen spekuliert.

2. ... aber braucht die Arbeit den Kapitalisten ?

Eine Gestaltung der gesellschaftlichen Produktions- und Reproduktionsprozesse durch die Assoziation der Produzierenden und Konsumierenden ist nicht nur nötig, sondern auch möglich. Demgegenüber ist die 'Mitbestimmung' noch nicht einmal ein Schritt in die richtige Richtung. Sie integriert die Produzierenden unter die Zwecke des Kapitals.

3. Notwendig ist ein Bündnis für Bedürfnisbefriedigung !

Motiv der Produktion sollte nicht die Realisierung von Profiten am Markt sein, sondern die Befriedigung der materiellen, kulturellen und sozialen Bedürfnisse aller Menschen. Hier und jetzt aber schon: Lebensgenuß ermöglichende Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum für alle - auch ohne den Zwang zur Lohnarbeit!

4. Arbeit muß unbezahlbar werden !

Heute ist es möglich, mit nur geringem Aufwand an gesellschaftlicher Arbeit die Erdbevölkerung zu ernähren und ihre Grundbedürfnisse zu befriedigen. Die Produktivität menschlicher Arbeit ließe unter anderen gesellschaftlichen Bedingungen viel Zeit für die Entwicklung wirklich demokratischer Gemeinschaften, das Individuum hätte hier alle Möglichkeiten für ein soziales, kultur- & genußreiches Leben.

5. Den Standort "Erde" sichern !

Arbeitsplatzsicherung als gewerkschaftliches Ziel untergräbt nicht nur jegliche internationale Solidarität, sondern ignoriert auch den Zusammenhang von kapitalistischer Produktion und ökologischer Krise. Die Blindheit der Gewerkschaften für ökologische Fragen liegt in deren Selbstverständnis begründet: Es wurde nie mit der fatalen Tradition der ArbeiterInnenbewegung einer Anbetung der Produktivkraftentwicklung gebrochen, und als gesellschaftliche Instanz zur Aushandlung des Arbeitslohns waren und sind sie an die Logik der Profitproduktion gebunden. Hieraus erwächst zwangsläufig ein Interesse an der Konkurrenzfähigkeit des jeweiligen Kapitals, die entsprechende Senkung der Produktionskosten ist aber ohne die Externalisierung der Kosten für den Raubbau an den natürlichen Ressourcen nicht zu haben.

Bild: Trevor Watson; 1988

6. Der "Exportweltmeister" produziert massenhaft pschisches Elend !

Aus dem von den Gewerkschaften mitgetragenen Produktivitätswahn, der bis in das private Leben der Menschen verlängert wird, ergibt sich ungeachtet aller individuellen Verdrängungs- und Kompensationsstrategien ein entfremdetes, entsolidarisiertes und frustriertes Leben. Eine Folge sind häufig genug nach innen oder gegen die Umwelt gerichtete Aggressionen. Die Kehrseite der "Individualisierung" (U. Beck) ist die atomisierte Gesellschaft, deren Mitglieder sich nur noch als KonkurrentInnen sehen - und es auch sind.

7. Gewerkschaften sind Männerbünde !

Das heutige Mitglied ist nicht mehr der männliche Facharbeiter, aber an ihm und seiner Arbeitsbiographie orientiert sich gewerkschaftliches Wirken, inso-

fern stützen und reproduzieren sie patriarchale Strukturen. Frauen haben sich dem anzupassen, wenn sie versuchen, innerhalb der Gewerkschaften Einfluß zu nehmen.

8. Gewerkschaften spalten !

Die postfordistische Umstrukturierung der Produktion durch das Kapital geht mit einer Segmentierung der Lohnarbeitenden in relativ kleine hochproduktive Kernbelegschaften, in eine wachsende Anzahl von Menschen mit ungesicherten Beschäftigungsverhältnissen sowie in die Schar derjeniger einher, die ihre Arbeitskraft nicht mehr verkaufen können. Gewerkschaften bündeln nicht die gemeinsamen Interessen dieser Schichten, sondern vertreten weitgehend den 'nützlichen' Kern. Zuende gedacht bedeutet dies: 'Wer nicht (lohn-)arbeitet, soll auch nicht essen.'

9. Aufgabe einer Organisation der Lohnabhängigen ist nicht die Verteidigung der "deutschen Arbeit" !

Die Diskussion um den 'Standort Deutschland' offenbart das notwendigerweise nationale Element der Gewerkschaften. Der DGB propagiert den volksgemeinschaftlichen Schulterschluß mit dem im Lande anwesenden Kapital. Er verinnerlicht das kapitalistische Konkurrenzmodell. Der Kampf gegen die Unterdrückung und Ausbeutung ist über alle staatlichen Grenzen hinweg zu führen.

10. Gewerkschaften sind ein Teil des Systems und müssen bekämpft werden !

Die Organisationsform 'Gewerkschaft' hat einzig die Funktionen, den Preis der Ware Arbeitskraft auszuhandeln, die ArbeiterInnen zu kontrollieren und den Kapitalismus sozial abzufedern. Der Gewerkschaftsapparat wirkt sich autoritär und damit antiemanzipatorisch aus, er verfügt über die Mitgliedsbeiträge, hortet Informationen und hat das Verhandlungs- und Entscheidungsmonopol. Die Verselbständigung des Apparates ist daher zwangsläufig. In einer Gesellschaft ohne Lohnarbeit wären Gewerkschaften überflüssig - wieso sollten sie sich dann für eine solche einsetzen?

11. Eine menschliche Gesellschaft kann nur antihierarchisch sein !

Das Kapital schafft unter dem Stichwort 'lean production' Hierarchien innerhalb der Arbeitsorganisation ab, um so die Produktivität zu steigern. Ermöglicht wird dies durch technologische Entwicklungen, aber auch dadurch, daß die Produzierenden unter den gegebenen Verhältnissen den Produktionszweck teilweise (noch) so verinnerlicht haben, daß sie einer äußeren Herrschafts- und Kontrollinstanz oftmals nicht bedürfen. Trotzdem kann diese Kompetenzerweiterung unter der Bedingung, daß sich die nicht über Produktionsmittel verfügenden Menschen in einem bewußt-praktischen Prozeß als Klasse für sich konstituieren, auch ein Schritt in Richtung einer selbstbestimmten Gesellschaft sein. Im Gegensatz dazu beziehen sich Gewerkschaften nur deshalb positiv auf 'lean production', weil sie in ihr ein Mittel zur Steigerung der internationalen Konkurrenzfähigkeit sehen - nicht ohne das als 'Humanisierung der Arbeitswelt' ideologisch zu verbrämen.

12. Organisieren wir uns selbst !

Voraussetzung für einen erfolgreichen Kampf gegen Ausbeutungs- und Herrschaftsverhältnisse ist eine horizontale Organisierung der Unterdrückten in Form von Räten, die vertikale Strukturen wie Vorstände bewußt ausschließt. Darüber hinaus halten wir die Trennung von politischem und ökonomischem Kampf nicht nur für künstlich, sondern für schädlich: Sie muß aufgehoben werden. Wie es darüberhinaus gelingt, z.B. die Kontinuität selbstorganisierter Kämpfe zu gewährleisten, deren überregionale und inhaltliche Verknüpfung zu gestalten und dem integrativen 'Sog der Verrechtlichung' zu entkommen, mit dem die Herrschenden Teilforderungen aufgreifen, um der Bewegung die Spitze abzubrechen, kann nur innerhalb des Prozesses geklärt werden.

Der AK Ökonomie & Staat ist eine Gruppe, die aus dem Zerfall sprozeß des Anti-autoritär-sozialrevolutionären Plenum Berlin hervorging. Inhaltlicher Schwerpunkt des AK sind derzeit Organisierungsmuster in der Linken. Im AK, der sich jenseits von Stalinismus, PDS-nahem Reformismus und ritualisierter autonomer Politik verortet, arbeiten Menschen aus der Ökologischen Linken Berlin, aus der Redaktion der Zeitschrift "Rote Luzi" und Unorganisierte mit.

Kontakt: AK Ökonomie und Staat, c/o Nachladen, Waldemarstr. 36, 10999 Berlin; e-mail: luzi@glasnost..de

Franck Düvell

Living Antiracism

Berichte, Konferenzen, Proteste

Das Kongreßfieber erfaßt nicht nur den BUKO alle zwölf Monate, es kommt so regelmäßig über die AktivistInnen dieses Landes, wie der Heuschnupfen über die Allergiker. Vor allem im Frühjahr, denn da werden gewöhnlich all die großartigen Pläne gemacht und Kampagnen geschmiedet.

Bundeskoordination der antirassistischen und Flüchtlingsgruppen, 22.3. in Bonn

Die antirassistische Bewegung bröckelt, aber sie hält stand. Etwa 60 Leute aus 13 Städten waren gekommen. In der Arbeitsgruppe III wurden Sozialrassismus, Innenstadtsäuberungen, Soziale Apartheid diskutiert. Von Interesse war vor allem der Austausch konkreter Erfahrungen, von Initiativen und Praxisideen. So wird es vom 2. bis 8. Juni eine Innenstadt-Aktionswoche in verschiedenen Städten geben. Die Antirassistische Initiative Berlin begann bereits am 4.4. Öffentliche Auftritte und Kungebungen gegen rassistische und sozialrassistische Polizeiarbeit.

Arbeitsgruppe II: "Ein Mensch kann nicht illegal sein". Neben Kirchenasyl, Projekt Zuflucht und Schuztehe wurde vor allem über die Situation von Migranten ohne Papiere diskutiert. Es ließen sich kontroverse Positionen finden. Illegalisierungsprozesse lassen sich zum einen ableiten aus dem allgemeinen Prozeß der Deregulierung der sozialen Situation und der Rechte von AusländerInnen. Am Arbeits- und Wohnungsmarkt sind AusländerInnen in eklatanter Weise benachteiligt, ihre Arbeitslosen-, Wohnungsnotstands- oder SozialhilfeempfängerInnenraten liegen um das zwei bis vierfache über dem Durchschnitt. Sie werden in überdurchschnittlich hohem Maße und schneller von Arbeitslosigkeit betroffen. Dies korrospondiert mit dem Abbau von AusländerInnenrechten, wie sie seit der Neufassung des Ausländergesetzes 1990, der Rechtssprechung des Bundesverwaltungsgerichtes zur Arbeitslosenabschiebung, der Verschärfung der Straftäterabschiebung und der Kindervisumspflicht zu beobachten ist. Offenkundig folgt der sozialen Ausgrenzung die aufenthaltsrechtliche Ausgrenzung, sozial und politisch geraten Migrantencommunities zunehmend unter Druck.

Ein anderer Ansatz ordnet Illegalisierung unmittelbar in die allgemeine Deregulierung sozialer Rechte, dem Abbau des Sozialstaates und von Arbeiterrechten ein. Dann erscheint der illegalisierte Ausländer an der Seite der Betroffenengruppen entlassene Arbeiter, SozialhilfeempfängerInnen, Obdachlose. Wiewohl ein solcher Ansatz nicht vollkommen von der Hand zu weisen ist, handelt es sich doch um nur mittelbare Zusammenhänge und vielmehr um abstrakte Gemeinsamkeiten. Insbesondere weist der Verlust der Aufenthaltsrechte und die Gefahr der Abschiebung über die soziale Marginalisierung hinausgehende existenzielle Härten auf. Subjektiv dürften deshalb zunächst recht wenig 'Wir'-Gefühle zwischen diesen Betroffenengruppen bestehen.

Gegen die Vorstellung, es gäbe überhaupt illegale Menschen, führt Wiesel an, Menschen können nicht illegal sein. "Ihr, die illegalen Ausländer sollt wissen, daß kein Mensch 'illegal' ist. Das ist ein Widerspruch in sich. Menschen können schön sein oder noch schöner, sie können gerecht sein oder ungerecht, aber illegal? Wie kann ein Mensch illegal sein?" Dieser Argumentation folgend ist Illegalität ein politisches Konstrukt, eine juristische Un-Kategorie, ein ausländerrechtlicher Nicht-Status. Wer zur Gemeinschaft dazu gehören soll und darf, ist eine politische Entscheidung, die Gemeinschaft der Menschheit aufzuteilen nach Nationalität, Geschlecht, Ethnie oder Religion basiert auf politischen Prozessen. Doch ein Mensch ist immer ein Mensch, immer und überall. Deshalb hat ein Mensch immer und überall die gleichen Grundrechte. Nirgends steht geschrieben, daß die Menschenrechte an weitere Bedingungen gebunden seien. Die Menschenrechte sind deshalb so radikal, weil sie nicht an Bürgerrechte gebunden sind, an wie auch immer definierte politische, nationale, ethnische, geschlechtliche, religiöse oder kulturelle Zugehörigkeiten. Insofern ist Illegalität kein Makel, Illegalität ist ein Unrecht, es besteht darin, Menschen Aufenthaltsrechte und damit Gesundheitsversorgung, soziale Rechte etc zu verweigern. (Hüten müssen wir uns vor der neutralen Lesart, Menschenrechte sind Frauenrechte und Menschenrechte sind Flüchtlingsrechte,

dies darf nicht als mitgedacht angenommen werden, es muß ausgesprochen werden, solange dies nicht selbstverständlich ist).
Beschlossen wurde eine Kampagne zu diesem Thema, beginnend im Herbst dieses Jahres, bestehend aus einem Buch, einer Veranstaltungsrundreise einer französischen Aktivistin, einer Soli-CD und einer Konzertreihe.
Auch die Bundesarbeitsgemeinschaft Flüchtlinge und MigrantInnen von Bündnis 90/Die Grünen haben im Februar beschlosen, das Thema Illega'e aufzugreifen. In diesem Sinne sollten sie vorort in die Verantwortung genommen werden.

"Rückführung" nach Bosnien. Wohin?

Erstmalig hatten sich im vergangenene Herbst Initiativen aus 12 Städten getroffen, um über die Möglichkeiten einer Kampagne zu diskutieren. Vorrausgegangen waren Demonstrationen am 4.5.96 in Bochum, am 1.7.96 in Bremen und am 17.10.96 in Berlin. Unverständlicherweise ist eine gemeinsame Kampagne jedoch nicht zustande gekommen. Einzig in Hamburg und in Bremen, sowie in Bochum scheint es erfolgreiche Mobilisierungen gegeben zu haben. In Hamburg wurde eine Interessensgemeinschaft der Flüchtlinge aus Ex-Jugoslawien (IZI) gegründet, die mit Nas Glas auch eine serbokroatische Zeitschrift herausgeben. Am 22.2.97 folgte dort eine bundesweite Demonstration, an der jedoch nur etwa 700 Menschen teilnahmen. In Bremen wurde im Anschluß ebenfalls ein Komitee der bosnischen Flüchtlinge gegründet. Unter den 3.300 in Bremen untergebrachten Flüchtlingen sammelten sie innerhalb von nur 10 Tagen über 1.000 Unterschriften unter eine Petition. Deren Forderung: "Wer bleiben will, soll bleiben, keine Abschiebungen nach Bosnien". Am 25.3. folgte eine Kundgebung von etwa 100 Personen vor dem Senat. Am 4.4. versammelten sich erneut 120 Menschen zu einer Demonstration durch die Innenstadt. Inspiriert von der französischen Bewegung "Peuple sans papier" gibt es Bestrebungen, auch hierzulande Künstler, Prominente und Menschenrechtsaktivisten für die Forderung für ein Bleiberecht und gegen Abschiebungen zu gewinnen. In Bochum organisierten sich vor allem Roma gegen ihre Abschiebung nach Ex-Jugoslawien. Sie besetzten am 6.2. ein SPD-Büro in Bochum. Dort fand am 6.3. auch eine Demonstration statt. Es sei noch einmal betont, daß es von größter Wichtigkeit ist, daß das Thema von weiteren Iinitiativen in weiteren Städten aufgegriffen wird. Bosnier betonen immer wieder, daß der Krieg keineswegs vorbei ist, daß 90 % der Wohnungen zerstört sind, daß mehr als 80 % arbeitslos sind, das iin Bosnien bereits rund 800.000 Flüchtlinge leben. Die Bundesrepublik macht allen Ernstes mobil zur Abschiebung von etwa 320.000 Bürgerkriegsflüchtlingen, der größten Abschiebewelle überhaupt, von der die Welt je gehört hat. Dies darf nicht unwidersprochen exekutiert wird.

Kontakte: IZI c/o BI, Rudolfstraße 5, 21107 Hamburg; Antirassismus Büro (ARAB), Sielwall 38, 28209 Bremen; Komitee der bosnischen Flüchtlinge in Bremen c/o ARAB; Roma aus Bochum, c/o Bahnhof Langendreer, Wallbaumweg 108, 44894 Bochum

Bild: Greg Macgregor; "Poodle shaped explosion in vicinity of cumulus clouds", 1979

Innenstadt-AG

Sicherheitswahn und Ausgrenzung in Frankfurt/West

Die wirtschaftliche und soziale Realität in Frankfurt verändert sich gegenwärtig grundlegend. Die städtische Entwicklung ist zum einen davon gekennzeichnet, daß im Zuge kapitalistischer Modernisierung und Deindustrialisierung immer mehr Menschen und soziale Gruppen aus dem Produktionsprozeß herausfallen. Zum anderen setzen bestimmte Interessensgruppen ihre Ambitionen durch, Frankfurt zu einem internationalen Finanzzentrum auszurichten und zur "global city" aufsteigen zu lassen. Die sozioökonomischen Verhältnisse in Frankfurt sind außerdem zentral dadurch betroffen, daß multinationale Konzerne, Versicherungsfonds und Banken zunehmend ihr überschüssiges Kapital in Immobilienbesitz anlegen. Ganze Stadtviertel fungieren dabei als reine Finanzanlage oder werden als Spekulationsobjekt genutzt, wodurch die lokalen Miet- und Bodenpreise gewaltig in die Höhe getrieben werden.

Die Politik, die die Stadt in den letzten Jahren sehr entschieden betrieb, zielte und zielt darauf, die Entscheidungszentralen global operierender Unternehmen und Banken und diesen zuarbeitende hochwertige Dienstleistungsbereiche wie Werbeagenturen, Unternehmensberatungen, EDV-Firmen etc. nach Frankfurt zu holen. Viele folgenreiche stadtplanerische Entscheidungen wurden getroffen, um die Interessen dieses Klientels zu bedienen: Ausweisung entsprechender Flächen, Genehmigungen für Hochhäuser, technische Modernisierung der Börse, Privatisierung der Wirtschaftsförderung, Investitionen in Infrastruktur (Flughafen, Messe, Bahnhof, etc.).

Im Standort-Wettbewerb mit anderen Metropolen um Wachstumspotentiale zählen aber keineswegs nur "ökonomische" Rahmenbedingungen: Die umworbene Managerklasse und die gehobenen DienstleisterInnen wollen auch "kulturell" versorgt werden, entsprechende Wohn- und Konsummöglichkeiten, seien es sanierte Single-Appartments, das Opern-Fest, Haute-Couture-Läden oder Gastronomiebetriebe, müssen bereitgestellt werden. Derartig beschaffene urbane "Lebensqualität" gilt als "weicher" Standortfaktor.

Die Arbeitsmarktssituation in Frankfurt polarisiert sich in der Weise, daß im Dienstleistungsbereich neben den hochbezahlten Tätigkeiten zunehmend "bad jobs" anfallen. Die Spiegelfassaden der Hochhäuser wollen geputzt und das Gepäck transportiert werden. Um solche Niedriglohn-Tätigkeiten, oft ohne feste Anstellung, konkurrieren zunehmend verarmte Klassen und neu zugezogene ImmigrantInnen.

Als eine Strategie, die zunehmende soziale Hierarchisierung politisch zu entschärfen, muß die seit den 80'ern neu aufgelegte Rede von der "Urbanität" angesehen werden. Sie stellt eine ideologische Strategie dar, soziale Gegensätze politisch nicht zu leugnen, sondern in positiv besetzte kulturelle Vielfältigkeit zu transformieren. Die gegenwärtige Konjunktur von Sicherheitskonzepten und -ideologien kann ebenfalls dahingehend interpretiert werden, daß das Thema Sicherheit als Identifikationsmuster aufgebaut wird. Indem es die angesichts von verschärften sozialen und Arbeits(losigkeits)-Bedingungen zerbröselnde gesellschaftliche Mitte unter dem gemeinsamen Gefühl der Bedrohung zusammenführt, wirkt es als hegemoniales, konsensstiftendes Regulativ, während es gleichzeitig auf der wachsenden Bereitschaft beruht, marginale Gruppen und soziale Praktiken zu disziplinieren, zu stigmatisieren und auszuschließen.

Darüberhinaus scheint es aber so, daß die strategischen Möglichkeiten der Sicherheitspolitik verschiedenen mächtigen Gruppen, wie diversen Kapitalfraktionen, den städtischen Institutionen oder den Medien dazu verhelfen, ihre je spezifischen Interessen zu verfolgen.

Für die politischen Parteien läßt sich zum Beispiel feststellen, daß sie in Zeiten abnehmender Handlungs- und Subventionsfähigkeit "Sicherheitspolitik" auserkoren haben, um sich machtpolitisch zu profilieren. Kostengünstig und populistisch verwertbar versuchen sie hier, symbolische Politik zu betreiben, indem etwa der Herr Bürgermeister mit Hundestaffeln patrouilliert. Ehemals sozialpolitisch versorgte gesellschaftliche Bereiche werden verstärkt ordnungspolitisch bearbeitet.

Wie Sicherheitskonzepte und Ausschlußdiskurse in städtischen Umstrukturierungsprozessen eingebunden sind, wollen wir nun an drei konkreten Orten behandeln, von denen wir glauben, daß sich hier die genannten Tendenzen verdichten und exemplarisch zeigen (Bahnhof, Bahnhofsviertel, Zeil). Diese Orte werden einerseits als besonders

Bild: Anonym; "Hoch über

"gefährlich", andererseits als zentral für das Ansehen der Stadt und "urbane Lebensqualität" eingeschätzt.

Bahnhof:

Zentral in der konzeptionellen Neuplanung der Innenstadt ist, wie in vielen anderen Großstädten auch, die Umgestaltung des Hauptbahnhofes, der gerade in Ffm für die städtische Ökonomie eine herausragende infrastrukturelle Bedeutung hat. Das Projekt, den Bahnhof in einen unterirdischen Durchgangsbahnhof zu verwandeln, würde dem Immobilienmarkt riesige Areale zuführen und ist gleichzeitig als Wertsteigerung der City konzipiert.
Bis dato versucht die Bahn AG, den Bahnhof sicherheitspolitisch "aufzurüsten". In dem Konzept BAVIS (Bahnhof als Visitenkarte) wurden '92 in einer gemeinsamen Aktion von Bundesgrenzschutz, der Polizei, dem Ordnungsamt und privat angestellten Sicherheitsdiensten alle als unerwünscht deklarierten Personen vertrieben, darunter KonsumentInnen illegaler Drogen und Obdachlose. Eine Sicherheitskanzel in der B-Ebene, lückenlose Videoüberwachung, zunehmende Verschärfung des Hausrechts und fortwährende Schikanen gegen Leute, die nicht als Kundschaft und deswegen als "störend" angesehen werden, sind Momente eines bis heute andauernden Projekts, den Bahnhof einer systematischen Kontrolle zu unterziehen.

Bahnhofsviertel:

Das Bahnhofsviertel ist in den vergangenen Jahren verstärkt zu einem modernen Dienstleistungszentrum umgestaltet worden. Weite Bereiche sind mittlerweile gewerblicher Nutzung unterstellt, der Wohnraum verringert sich kontinuierlich. Auch hier waren und sind Vertreibungen Bestandteil der Aufwertungsstrategien. Für die 1993 in den Medien als "Zerschlagung der Drogenszene" gefeierte Räumung der Taunusanlage fand sich eine Allianz aus Sozialdezernat, Polizei und Banken zusammen.
Spezifisch für das Bahnhofsviertel ist, daß die Sperrgebietsverordnung (SGVO: Verbot von Prostitution in bestimmten Stadtteilen) als Moment der Umstrukturierung eingesetzt wurde. Gegenwärtig ist nur ein sehr kleiner Teil des Bahnhofsviertels als Toleranzzone, in der das Berufsverbot für SexarbeiterInnen nicht gilt, ausgewiesen. Über die komplizierten politischen Konflikte um die genaue Ausgestaltung der SGVO hinweg läßt sich sagen, daß sich die (rechtliche) Situation für die mehrheitlich ausländischen Prostituierten im Bahnhofsviertel und deren Arbeitsbedingungen permanent verschlechtert haben. Als Beispiel sei genannt, daß der Straßenstrich im Bahnhofsviertel komplett verboten wurde und in ökonomisch wenig lukrative und in puncto Absicherungsmöglichkeiten für die Frauen extrem schlechte Orte in der Peripherie verlegt wurde. Dabei geht es, auch bei den sich durch öffentliche moralische Empörungen hervortuenden Parteien nicht darum, Prostitution in der gesamten Stadt zu verbieten. Sexuelle Dienstleistungen gehören zu den kulturellen Angeboten, die eine global city als "weicher" Standortfaktor bieten muß.
Der Symbolgehalt des Bahnhofsviertels als Verdichtung vieler vorgeblicher großstädtischer Übel wurde in den vergangenen Jahren in den moralischen Kreuzzügen und Sicherheitsdiskursen immer wieder nutzbar gemacht. Ein Vielzahl der ordnungspolitischen Interventionen legitimierte sich über die Rede vom "Verbrechernest" oder dem "Krebsgeschwür der Stadt". Gerade im Zusammenhang Bahnhofsviertel wurden Bedrohungsszenarien durch Junkies, Prostitution, organisiertes Verbrechen, Mafia, Hütchenspielerbanden entworfen. Besonders die Rede von der "Kriminalität" ist eine der zentralen Kategorien des Innere-Sicherheits-Diskurses.
Hierzu sei angemerkt, daß öfter auch von linker Seite in aufklärerisch-beschwichtigender Absicht geäußerte Argumente mit dem Tenor, "das Datenmaterial der Statistiken rechtfertige die Panik doch gar nicht" oder ähnliches, diesen Kern der Herrschaftsideologie "Sicherheit" um die zentrale Kategorie "Kriminalität" bestätigt.

Zeil:

Die wegen ihrer Spitzenumsatzzahlen über die Rhein-Main-Region hinaus bekannt gewordene Einkaufsstraße Zeil ist in den letzten Jahrzehnten funktional auf den Massenkonsum der Mittelschicht ausgerichtet worden. Daneben stellt die Zeil für bestimmte marginalisierte Gruppen einen zentralen (Re-)Produktions- oder Freizeitraum dar – wie beispielsweise für Obdachlose oder ausländische Jugendliche. Diesen Leuten, die teilweise ohnehin von den Konsummöglichkeiten der Geschäfte auf der Zeil materiell ausgeschlossen sind, sind in jüngster Zeit verschärften Schi-

kanen und Repressionen ausgesetzt. Kaufhaus- und Bankenchefs, die sich in dem Verein Zeil Aktiv zusammengeschlossen haben, sowie städtische Behörden betreiben gezielt die Politik, bestimmte Nutzungsweisen des städtischen Raums in der und um die Zeil zunehmend zu delegitimieren und zu vertreiben. Manifester Ausdruck davon ist die geplante Verschärfung der "Gefahrenabwehrverordnung", in der "Bedrohungen" konstruiert werden, um bestimmte Personengruppen von diesen Orten auszuschließen.

Herumlungern, Trinken, Kiffen, Dealen oder Betteln werden fortan als "abweichendes Verhalten" gelten, das die öffentliche Sicherheit gefährdet. Zur Zeit nimmt das Stereotyp des "ausländischen Drogendealers" als Superschurken unter den bekämpften Gruppen eine vorrangige Stellung ein. In dieses Bild, das zur Legitimation der permanenten Personenkontrollen gegen Migranten-Jugendliche in der Innenstadt dient, werden alle als gesellschaftsbedrohend dargestellten Eigenschaften projiziert: ausländisch, womöglich Asylbewerber, illegale Drogen verbreitend und kriminell organisiert.

Es ist zudem festzuhalten, daß sich mit der fortwährenden Bezugnahme auf das "subjektive Sicherheitsgefühl" eine Kategorie etabliert hat, wonach polizeiliches Vorgehen nicht mehr nur über strafrechtliche Kriterien gerechtfertigt wird, sondern zunehmend jenes diffuse "Bedrohungsgefühl" zur Legitimation jeder neuen Verschärfung der Schikanen ausreicht.

Zur materiellen Durchsetzung der normativen Vorstellungen und Reglementierungen wird die Zeil mit einem immer dichteren Kontroll- und Überwachungsnetz ausgerüstet, worunter die massive Präsenz von Ordnungskräften und privaten Sicherheitsdiensten fällt. Ergänzt werden diese durch Videoüberwachung und einer auf Kontrolle ausgerichteten Raumplanung.

Auf Unternehmerseite geht es darum, den Warenabsatz über neue Verkaufsstrategien zu garantieren und steigern. Unter dem Motto "symphatisch, sauber und sicher" wird dieser in direkte Beziehung zu Ordnung und Sicherheit gesetzt. Ein Element davon ist, den schlichten Kauf einer Ware zunehmend in ein Einkaufs"erlebnis" zu integrieren. Am weitestgehenden ist dies in den Einkaufsgalerien verwirklicht – Räume, die als öffentliche Räume hergerichtet werden und gleichzeitig als Privatbesitz alle (haus-)rechtlichen Möglichkeiten bieten; von der kommerzmaximierenden Gestaltung bis zur Aussortierung des erwünschten Publikums am Eingang. Auch die Zeil als solche soll zu einem Erlebnis- und Spektakelraum aufgepoppt werden, um weiterhin massenhaft Leute ins Zentrum zu ziehen. Hierzu werden die zahlreichen Feste, Märkte und Spektakel auf der Zeil organisiert. In diesen professionellen Inszenierungen kombinieren sich direktes Warenmarketing mit der Imageproduktion einer attraktiven, belebten Zeil. Es geht dabei nicht darum, daß irgendwelche Leute irgendwas auf der Straße machen, sondern um absatzfördernde, kontrollierte, zahlungskräftige "Fröhlichkeit". Eine derart veranstaltete Öffentlichkeit besetzt den Raum und verhindert auch dadurch andere Aneignungsweisen. Die marginalen Ansätze, das städtische Zentrum noch als politische Öffentlichkeitzu nutzen, werden verschärft verhindert oder verunmöglicht. Das Zusammenknüppeln der kurdischen Demonstration '95 stellt dabei nur die brutalste und offenste Variante aus dem Repertoire von Repressionen und Restriktionen dar.

Eine Kritik an diesen Entwicklungen, die tolerant fordert, daß doch auch "störende" Leute auf der Zeil ihren Platz finden sollen, ist verkürzt. Die ordnungspolitische Maßnahmen sind keine Reaktionen auf bestehende Probleme und genausowenig ist es eine schlichte Gegebenheit, daß bestimmte Leute oder Verhaltensweisen das Einkaufserlebnis schmälern. Solche Wahrnehmungs- und Bewertungsweisen werden durch ideologische Zuschreibungen permanent hergestellt: "aggressives Betteln" ist eine Konstruktion, der "ausländische Dealer" eine rassistische Stigmatisierung.

Der Diskurs über Sicherheit und abweichendes Verhalten auf der Zeil wird von verschiedenen Akteuren und mit unterschiedlichen Interessen geführt. Hinsichtlich der kommerziellen Interessen ist die Rede über die "gestörten Sicherheitsempfinden" eine aktive Marketing-Strategie. Die Verkaufsstrategie funktioniert darüber, daß Feind- und Störbilder propagiert werden, um dann auf der symbolischen Ebene, etwa in Form von Sicherheistdiensten, demonstrativ gegen diese vorgehen zu können. Unabhängig davon, ob irgendjemand auf der Zeil durch irgendwas bedroht ist, ermöglicht ein Klima der Bedrohung den Geschäftsleuten, entschlossen und um das Wohlergehen der Kundschaft bemüht zu erscheinen. Auf diese Weise soll Kundennähe sugge-

der Menge", 1936.

riert werden, was sich zum Beispiel auch in der Gestaltung des Sicherheitspavillons auf der Zeil als Service-Center zeigt. Die Rede vom "ungestörter Konsum" ist demnach ein ideologischer Werbespruch, der auf der Ausgrenzung und Delegitimierung anderer beruht.

Kontrolle versus Ausschluß

Der Ort der Auseinandersetzung um die wachsende soziale Polarisierung ist die Stadt. Hier materialisieren sich deren Ergebnisse in neuen sozialstaatlichen Praktiken. Das Verhältnis des Einzelnen zum Staat wird dadurch modifiziert, daß der Anspruch auf Unterstützung (in Form von Geld oder Dienstleistungen) vermehrt an Bedingungen geknüpft wird. Insbesondere die Verbindung von verschärften Zumut- und Verfügbarkeitsregelungen an bedürfnissicherende Leistungen für Erwerbslose können angesichts der aktuellen Arbeitsmarktsituation nurmehr als zynische Form der Disziplinierung gelesen werden. Die Maßnahmen der "Hilfe zur Arbeit" (mit der Begründung der Motivationsprüfung) werden in Frankfurt angewendet. In dieser Nötigung zur Arbeit verknüpfen sich Disziplinierung, Ausbeutung und städtische Einsparungen, wenn die Kommune beispielsweise von Erwerbslosen kostengünstig die Parkanlagen pflegen läßt.
Auch in anderen städtischen Bereichen sind die Anforderungen an den Einzelnen und die Schwellen, bestimmte Orte betreten zu können, deutlich heraufgesetzt worden (für den Konsumbereich haben wir das bereits beschrieben). Ähnlich in der Kontrolldimension: An der städtischen Politik gegenüber den Betreibern von Discos, Bars und Clubs in den vergangenen Jahren läßt sich ablesen, daß die Art von "Läden", die sich der Kontrolle durch die Behörden tendenziell entziehen – weil sie nur temporär und mobil angelegt sind oder unangemeldet und ohne nötige Konzessionen zu arbeiten versuchen – immer wieder Restriktionen ausgesetzt waren (bis hin zum rigorosen Polizeieinsatz bei einer Buchmessenveranstaltung '95). Durch subtile Konzessionspolitik werden andere Betreiber dazu gebracht, sich städtischen Interessen unterzuordnen. An dem Beispiel der "Anti-Drogen-Kampagne" mehrerer Discos und Nachtclubs zeigt sich allerdings auch deren Bereitwilligkeit zur Kooperation.
Gleichzeitig lassen sich jedoch auch Arrangements zwischen städtischen Institutionen und subkulturellen Aktivitäten wahrnehmen. Unangepaßte Formen werden demnach nicht nur verfolgt, sondern selektiv auch gefördert, um sie als neue Facette der Multi-Kulti-Stadt aufzubauen und Frankfurt als mindestens ebenso hipp wie Berlin präsentieren zu können. Die Grenzen zwischen einem Beitrag zum weichen Standortfaktor und Subversion sind unseres Erachtens sehr schmal und zunehmend schwieriger zu bestimmen.
Allerdings wäre es falsch und zynisch, eingangs genannte Phänomene einer allgemein zunehmenden Restriktion und Repression zuzuordnen, denen "wir alle als BürgerInnen" gleichermaßen ausgesetzt sind. Bei vielen der genannten Phänomene geht es nicht um effizientere Kontrolle oder Berechenbarkeit, sondern um fernhalten, unsichtbar machen, um tatsächlichen Ausschluß. Beispielsweise gehen die permanenten Personenkontrollen von als ausländisch vermuteten Jugendlichen nicht in den behördlichen Interessen auf, Daten zu sammeln und eine "Szene unter Kontrolle zu halten", sondern es geht auch um das Ausfindigmachen von "Illegalen", die dann nicht nur aus der Stadt entfernt werden.

Als wäre es nicht schon schlimm genug...

Jede einzelne dieser Maßnahmen ist schon für sich genommen diskriminierend und erscheint bekämpfenswert. Wir wenden uns aber auch gegen die Ausgrenzungen und Repressionen, weil wir der Meinung sind, daß die einzelnen Phänomene über sich selbst und den begrenzten städtischen Raum hinausweisen. In diesen Auseinandersetzungen formieren sich herrschende Ideologien neu, regulieren sich diverse Interessenspolitiken, etablieren sich allgemeinere Normen und Kriterien für politische Sichtweisen und Handlungen. In konkreten Alltagssituationen werden Konstruktionen von Innen und Außen produziert und bestätigt.
All dies verstärkt die Vermutung, daß in den gegenwärtigen sozialräumlichen Entwicklungen in den Innenstädten Tendenzen in einer sehr dichten und konzentrierten Form zum Ausdruck kommen, die für die Umstrukturierung der gesamten Gesellschaft von Bedeutung sind. Zugespitzt ausgedrückt scheint sich nach dem weitgehenden Abbau des Sozialstaats "Sicherheitspolitik" zur zentralen gemeinschafts- und konsensstiftenden gesamtgesellschaftlichen Identität zu mausern – eine Identität mit wesentlich verschärften Ausschluß-Konsequenzen.
In der Diskussion um die Gefahrenabwehrverordnung wird zum Beispiel auch verhandelt, wie diese Gesellschaft generell mit Leuten umgeht, die sie ökonomisch marginalisiert. Und in dieser Sichtweise hat auch jede Videoüberwachungskamera am Bahnhof etwas mit den Interessen zu tun, Frankfurt im überstädtischen Wettbewerb als Standort attraktiv zu machen.

Innenstadt-AG, c/o DFG-VK, Vogelsbergstr.17 60316 Frankfurt

Die Innenstadt-Kampagne

Seit Herbst '96 gibt es eine überregionale Diskussion verschiedener Leute und Gruppen aus politischen und kulturellen Zusammenhängen, die sich mit dem Themenkomplex "Sicherheitsideologie und Repression in den Innenstädten" auseinandersetzt. Dabei wurde deutlich, daß trotz aller lokaler Unterschiede und Eigenheiten strukturell vergleichbare Entwicklungen in sehr vielen Städten (und keineswegs nur in den großen wie Berlin oder München, sondern auch in Erlangen, Bern oder Kassel) zu verzeichnen sind.
Aus diesem Rahmen haben sich einige Gruppen aus unterschiedlichen Städten dazu entschlossen, in der ersten Juniwoche in Form von dezentral organisierten Aktionen gegen Privatisierung, Sicherheitswahn, Drogenhysterie und (rassistische) Ausgrenzung in den Innenstädten zu intervenieren. Bisher sind Aktionen in Berlin, Hamburg, Kassel, Köln, Wuppertal, Erlangen, Fürth, Nürnberg, München, Zürich, Bern und Frankfurt geplant.
Der nebenstehende Artikel ist die stark gekürzte Version eines Kampagnenpapiers, in dem eine Frankfurter Gruppe versucht, sowohl die allgemeinen Diskussionen über gegenwärtige Stadtentwicklung auf Frankfurter Verhältnisse zu beziehen, als auch einige politische Einschätzungen zu den Phänomenen und den Praxismöglichkeiten zu entwickeln. Vor allem letzteres ist in dieser Artikelversion den platzbedingten Kürzungen zum Opfer gefallen.

"Südafrika war leichter zu begreifen"

Uche Nduka, Schriftsteller und Sprecher der UDFN/Germany, über Kunst, Politik und sein Alter Ego Abaji

Um mit Brecht anzufangen: Ist ein Gedicht über Bäume in Zeiten wie diesen ein Verbrechen für einen nigerianischen Dichter?

Bestimmt kein Verbrechen. Ich denke, daß Bäume - also unsere natürliche Umwelt - uns alle überleben werden und daß wir, auch wenn wir uns mit der politischen Krise, der Unterdrückung und dem Unrecht auseinandersetzen, die Anwesenheit von Bäumen, Flüssen, von Natur, nicht vergessen sollten.

Aber dein Werk ist in den letzten Jahren sehr viel politischer geworden - wenn man Chiaroscuro*, dein neues Buch, mit den* Bremen Poems *oder mit* Second Act *vergleicht.*

Ja. Vielleicht liegt das an meiner wachsenden Überzeugung, daß das Persönliche politisch ist: daß es jede persönliche Entscheidung, die wir treffen, von der politischen Ebene beeinflußt wird. Ich denke, der Bereich des Öffentlichen ist gerade im 20.Jahrhundert in schrecklicher Weise in den Bereich des Privaten eingedrungen. Als Schriftsteller glaube ich an die Eigenständigkeit der Kunst - wirklich, ich schreibe nicht *für* jemanden. Aber wenn sichtbar ist, wie grausam die Politik ist, wie sie eingreift in das Leben der Menschen, ungerecht und ausbeuterisch, dann wäre es hohl und bedeutungslos, sich nur dem Mond, der Sonne und romantischen Geschichten zu verschreiben.

Was mich immer schon überrascht hat ist, wieviele von den politischen Aktivisten hier im Exil Schriftsteller sind.

Ich glaube, das ergibt sich. Viele sind hier um zu studieren, und die Krise in ihrem Heimatland stellt sie dann vor die Wahl, ob sie für die Diktatur sind, oder für das Volk. Man kann sich nicht raushalten, denn die Menschen zuhause erwarten, daß jemand für sie spricht. Selbst können sie das nämlich nicht: die Medien, das Fernsehen, das Radio, alles steht unter der Kontrolle der Regierung. Deshalb empfinden viele von uns es als unsere Pflicht, uns laut und unmißverständlich zu äußern. Viele Menschen zu Hause erwarten das von uns - selbst wenn einige denken, wir hätten nicht recht, wir wären für Gewalt, wir wären Radikale oder was immer, ist es ihnen lieber, als wenn wir schweigen würden.

Was mich ebenfalls überrascht hat ist, daß diese politisch aktiven Schriftsteller alles Männer sind.

Bisher haben die Frauen weniger das Land verlassen, um zu studieren oder ähnliches, aber auch das ändert sich. Die junge Generation unter den Frauen tut das jetzt ebenfalls. Meine Ex-Frau zum Beispiel, die ebenfalls Schriftstellerin ist, hält sich gerade auch in Deutschland auf, im Rahmen eines Stipendiums in Stuttgart. Ob und wie die Frauen politisch aktiv werden, müssen sie selbst entscheiden. Autorinnen in Nigeria haben gerade eine Organisation mit dem Namen *WRITA* gegründet, die Frauen zum Schreiben ermutigt, sie darin bestärkt, sich zu trauen. Gerade ist eine Anthologie mit dem Titel *Breaking Silence* erschienen, in der ausschließlich junge nigerianische Autorinnen schreiben. Sicher reicht das alles nicht aus. Es gibt viel mehr Autorinnen, als veröffentlichen können; und es gibt immer die leidigen Probleme mit dem Geld, dem Papier, dem Druck usw.

Hast du eine Lieblingsschriftstellerin?

Bessie Head. Eine Autorin aus Südafrika, die vor wenigen Jahren im Exil in Botswana starb. Sie schrieb fiktionale und nicht-fiktionale Texte, autobiographische Erzählungen und essayistische Geschichten. Sie begann ihre Karriere als Journalistin für Drum, ein berühmtes südafrikanisches Magazin. Ihre stilistischen Abenteuer haben mich immer inspiriert, und ich finde, ihre Schilderung der Stellung der Frau in der Gesellschaft ist sehr einfühlsam und sehr differenziert, eine sehr "objektive" Darstellung gewissermaßen. Sie verbindet verschiedenste Stilformen, sie ist sehr wagemutig als Künstlerin. Für mich ist sie eine der kreativsten afrikanischen AutorInnen aller Zeiten.

Schreibst du selbst für ein bestimmtes Publikum?

Ehrlich gesagt: Wenn ich vor einem Manuskript sitze, höre ich nur darauf, was dieses Manuskript von mir will. An ein Publikum denke ich erst später. Aber ich lege mich da nicht fest. Ich schreibe nicht für *Gebildete* oder für die *Leute auf der Straße*, ich schreibe für menschliche Wesen, das ist alles.

Ich frage danach, weil der kulturelle Markt hier nach wie vor nach Kolonialismus riecht. Man vermarktet das Exotische, injiziert frisches Blut von draußen, aber die Zielgruppe bleibt das weiße Publikum hier, das die Bücher zahlen kann. Wie gehst du damit um?

Ich bin total gegen das, was ich *Literaturtourismus* nenne: Leute, die Hütten, Palmen und Wüsten einbauen, damit ihr Werk nach Afrika aussieht. Afrika und Europa sind keine voneinander isolierten Welten mehr, wir haben lange Prozesse der Vermischung und gegenseitigen Befruchtung schon hinter uns. Picasso hat von der Kunst der afrikanischen Masken geborgt, für seine eigenen Bilder und Skulpturen. Jemand wie Wole Soyinka ist von der europäischen Ästhetik genauso beeinflußt wie von der afrikanischen Tradition des mündlichen Erzählens. Da vermischen sich die Welten, und da gibt es keine Einbahnstraße mehr.

Ich bin total gegen das, was ich *Literaturtourismus* nenne: Leute, die Hütten, Palmen und Wüsten einbauen, damit ihr Werk nach Afrika aussieht.

Der Konflikt zwischen Alten und Jungen ist durchgängiges Thema in Chiaroscuro. *Eine Art Generationenkonflikt, in dem du das politische Establishment als eine Gruppe alter Männer darstellst - und zwar weltweit.*

Politisch gesehen, sind diejenigen, die heute die Macht haben, so etwas wie unsere Eltern. Und sie haben uns total betrogen. Sie spielen uns eine Rolle vor; eine schreckliche, fürchterliche Rolle. Wenn irgendetwas Positives erreicht werden soll, dann werden diese politischen Vaterfiguren allesamt zu verschwinden haben, überall. Leider orientieren sich viele aus unserer Generation immer noch an ihrem Vorbild. Sie glauben, das gute Leben erreicht man, wenn man sich denen anschließt, sich an die Macht krallt, an die Macht um der Macht willen.

Willst du uns etwas näheres über Abaji erzählen?

Abaji ist der Protagonist in *Chiaroscuro.* Die Welt erscheint durch die Augen von Abaji: ihre politische Seite, ihre persönliche, ihre spirituelle Seite. Abaji geht durch alle diese Erfahrungen hindurch, die jeder Mensch macht, der in dieser Zeit lebt, am Ende des 20.Jahrhunderts. Abaji verschafft mir eine gewisse Distanz zu den Dingen, die mir das Schreiben möglich macht. Es gibt Dinge, die mich so wütend machen, daß ich nicht mehr darüber schreiben kann. Aber Abaji kontrolliert und stabilisiert meine Wut irgendwie. Durch ihn entdecke ich auch die ironische und humoristische Seite der Dinge. Abaji kann lachen. Ich muß wirklich sagen, die letzten Monate hindurch konnte ich nicht befreit lachen, alles verfolgte mich - die Ereignisse in Nigeria, überhaupt in Afrika, in Zaire, Ruanda, Burundi ... es jagt mich, es verfolgt mich buchstäblich bis in meine Träume.
Aber Abaji kann sich davon lösen. Er sieht sich das alles an und sagt: Okay, da ist viel Leid, aber andererseits, da ist auch viel Schönheit, siehst du das denn nicht? Und ich glaube, das ist es, was Abaji mich zu lehren versucht.

Abaji ist stark und zuversichtllich - was ich von mir selbst nicht unbedingt behaupten kann. Ich habe eine Menge Bitterkeit in mir drin.

Hat der Name eine bestimmte Bedeutung?

Nein, ich glaube nicht. Abaji ist eigentlich der Name einer Stadt in Nigeria; und als ich klein war, gaben mir meine Onkels und Vettern den Spitznamen Abaji. - Als ich anfing, *Chiaroscuro* zu schreiben, wußte ich nicht, daß Abaji diese Bedeutung bekommen würde. Dieser Kerl sprang einfach auf das Papier und nahm die Sache an sich. Er überrascht mich immer wieder. Ich weiß auch nicht, ob er nochmal in einem Buch auftauchen wird; ich habe keine Ahnung.

Ist Abaji verantwortlich für die starke Betonung der Lebenslust in Chiaroscuro?

Ja, das versuche ich ja zu erklären. Abaji scheint eine sehr viel mutigere Person zu sein, als ich. Er geht das Leben an; er geht einfach durch alles

hindurch, was da kommt - ob es die politische Verstrickung ist, die Liebe, oder spirituelle Visionen. Er ist stark und zuversichtlich - was ich von mir selbst nicht unbedingt behaupten kann. Ich habe eine Menge Bitterkeit in mir drin, von der ich hoffe und bete, daß ich sie eines Tages loswerde.

Für die deutschen Medien existiert Afrika praktisch nur als Kontinent der Krisen, am Rande des Abgrunds, unfähig sich selbst zu helfen.

Ich nenne das die *CNN*-Mentalität; du kannst es auch Neo-Kolonialismus nennen. Die meisten Leute sehen einfach den Fortschritt nicht in Afrika. Da sind nicht nur Seuchen und Kriege. Afrika war in der Lage, den Krieg in Liberia zu beenden, durch eine gemeinsame Anstrengung, mit Hilfe seiner eigenen Friedenstruppe, der *ECOMOG*. Die afrikanischen Regierungen haben auch in Sierra Leone gemeinsam den Frieden wiederhergestellt. Das sind Sachen, die hörst du nicht bei *CNN* und liest sie nicht in den westlichen Medien.
Sie reden auch nicht über die Handelsbeziehungen zwischen Afrika und Europa, die äußerst fruchtbar sein könnten, auch die Möglichkeit sinnvoller Investitionen dort. Sie reden nur über "Hilfeleistungen". Afrika ist für den Westen ein Kontinent am Katzentisch. Der Westen will auch keine ausgeglichenen Handelsbilanzen mit Afrika. Sie unterstützen lieber die Diktatoren, die ihnen im Gegenzug die Rohstoffe Afrikas für umsonst nachwerfen, das rechnet sich besser.

Die Opposition in Nigeria braucht die Art von Unterstützung, wie sie ein Teil Europas den Spaniern gegeben hat, die gegen Franco kämpften, oder denjenigen Deutschen, die sich gegen Hitler stellten.

Deshalb habe ich auch immer Schwierigkeiten mit einem bestimmten Typus von "Solidaritätsarbeit", der glaubt genau dieses Bild in den Mittelpunkt stellen zu müssen: wie sehr "Afrika Hilfe braucht". Was sollte Solidaritätsarbeit deiner Meinung nach leisten?

Was Nigeria betrifft, geht es um die Art von Unterstützung, wie sie ein Teil Europas den Spaniern gegeben hat, die gegen Franco kämpften, oder denjenigen Deutschen, die sich gegen Hitler stellten. Ich denke, Solidarität heißt, diejenigen Leute und Gruppen zu finden, die wirklich das Volk repräsentieren, und sie zu unterstützen.

Wie einig ist sich die Opposition in Nigeria heute? Eint sie mehr als der Wille, Abacha loszuwerden?

Es gibt zwei große Dachorganisationen der Opposition: die *National Democratic Coalition*, die *NADECO*, und die *United Democratic Front of Nigeria*, die *UDFN*, deren deutsche Sektion wir gerade gegründet haben. Und dann gibt es noch die *CD*, die *Coalition for Democracy*. Sie alle versuchen die kleineren Gruppen zu sammeln, in der Tat um das gemeinsame Ziel: die an der Regierung befindliche Bande aus dem Land zu werfen. Auf friedlichem Weg. Abacha und seine Mafia sollen zurückgeben, was sie dem Land geraubt und auf Auslandskonten in Europa und Amerika geschafft haben; man muß sie nicht umbringen. Das Problem Nigerias ist nicht Abacha, sondern die ganze politische Klasse, d.h. das Militär und seine zivilgesellschaftlichen Kollaborateure.
Was die *UDFN* fordert, ist eine verfassunggebende Versammlung und eine Übergangsregierung. Die sogenannten Wahlen, die Abacha durchführen will, sind nichts wert. Die Leute werden damit bedroht, daß sie ihre Jobs verlieren oder aus ihren Häusern geworfen werden, wenn sie nicht zur Wahl gehen. So stellt man sich den Übergang zur Demokratie eigentlich nicht vor. Deshalb fordern wir eine Regierung der nationalen Einheit, als Übergangsregierung, die Präsidentschaftswahlen und Wahlen zum Parlament durchführt und eine verfassunggebende Versammlung einberuft. Mit Abachas Version von Demokratie hat das nichts zu tun.

Die UDFN will eine verfassunggebende Versammlung und eine Übergangsregierung. Die sogenannten Wahlen, die Abacha durchführen will, sind nichts wert.

Wird die Opposition die Wahlen boykottieren?

Im Moment sieht es eher so aus, daß die Wahl die Opposition boykottiert. Mitglieder der Opposition, die kandidieren wollten, sind von Abacha disqualifiziert worden. Er hat dafür einen Artikel in seiner Verfassung, der ihm erlaubt, jeder und jedem die Kandidatur abzuerkennen, selbst das Mandat, auch wenn sie schon vom Volk gewählt worden sind. Wie kann da Demokratie sein, wenn jemand derartige Machtbefugnisse innehält? Kandidieren dürfen nur diejenigen, die sich als stummes Personal der Regierung verstehen und keine Fragen stellen.

Die Repression hat eher noch zugenommen, seit Abacha an seiner Variante von "Demokratisierung" arbeitet. Ist das auch hier im Exil spürbar?

Wir spüren das, ja. Es ist ein sehr kritischer Zeitpunkt für uns. Wir haben uns sehr exponiert, und jetzt müssen wir lernen, wie wir damit weitermachen und gleichzeitig Abachas Todesschwadronen aus dem Weg gehen, die auch im Exil unterwegs sind. Das Exil ist kein sicherer Ort mehr, aber das Land selbst natürlich noch viel weniger. Sie haben auf Leute der *NADECO* geschossen. Sie haben Wole Soyinka, eines der führenden Mitglieder der *UDFN*, in Abwesenheit verurteilt und würden ihn auf nigerianischem Boden sofort ins Gefängnis werfen - weil er "Bomben geworfen" hätte. Anthony Enahoro, ein Parlamentarier der ersten Stunde, der 1956 den Antrag auf die Erklärung der Unabhängigkeit im nigerianischen Parlament eingebracht hat, ist ins kanadische Exil verjagt worden. Dieser Mann ist inzwischen 74 Jahre, und Abacha beschuldigt ihn, in Nigeria Bomben zu legen.

Wir nehmen die Bedrohung auch im Exil nicht auf die leichte Schulter, aber wir können nicht zurück. Niemand von uns brächte es fertig, Nigeria zu vergessen und sich für Abacha auszusprechen, um damit eigene Sicherheit zu erkaufen.

Denkst du daran, eines Tages in ein befreites Nigeria zurückzukehren?

Jeden Tag. Dieser Traum hält mich am Leben, und gibt mir die Kraft zu kämpfen.

Das Apartheid-System in Südafrika war für die Weltöffentlichkeit sehr viel leichter als Unrecht zu begreifen. Wenn Schwarze Schwarze unterdrücken, dann gilt das irgendwie als normal.

Ist der Weg Südafrikas, der schließlich in die Befreiung vom Apartheid-Regime führte, eine Art Modellfall für euch?

Das Apartheid-System in Südafrika war in der Weltöffentlichkeit ganz anders präsent, einfach weil da *Weiße* Gewalt und Unmenschlichkeit gegen Schwarze ausübten. Das war sehr viel leichter als Unrecht zu begreifen. Wenn die Gewalt von *Schwarzen* gegen Schwarze ausgeübt wird, so wie in Nigeria, nehmen das viele Leute gar nicht ernst. Deshalb bin ich wütend auf eine Reihe schwarzer Amerikaner, die sich für den Kampf Südafrikas sehr stark gemacht haben, aber für den Kampf in Nigeria keinen Finger rühren. Wenn es um Nigeria geht, redet jemand wie Louis Farakhan davon, daß Abacha ein großer afrikanischer Staatsmann ist, weil er die Moslems unterstützt. Farakhan fährt nach Nigeria, läßt sich aushalten und bekommt finanzielle Unterstützung mit nach Hause, und dann stellt er sich hin und sagt, Abacha ist der größte Staatsmann Afrikas. Blanker Opportunismus ist das.
Es ist wirklich der einzige Unterschied zwischen Südafrika damals und Nigeria heute, daß die Unterdrückung in Nigeria keine Frage der Rasse ist, sondern des Geldes und des blanken Machterhalts. Die Leute sollten endlich aufhören zu denken, wenn Schwarze Schwarze unterdrücken, sei das irgendwie normal. In Nigeria herrscht Krieg. Die Menschen fühlen sich nicht mehr sicher, und sie sind am Ende ihrer Geduld. Gewehre sind so normal wie Spielzeug geworden. So wie Nigeria heute aussieht, ist es nicht einmal mehr für ausländische Investoren sicher. Ich erinnere an die Geiselnahme an ausländischen Angestellten der Ölindustrie kürzlich. Die Leute haben sie festgesetzt und gesagt: Ihr beutet diese Gegend hier aus, und für uns tut ihr gar nichts! Was habt ihr hier zu suchen?

Wirst du weitermachen mit der "Doppelbelastung" als Autor und als politischer Aktivist?

Gedichte schreiben reicht einfach nicht. Kunst ist wichtig, es gibt auch eine literarische Opposition; aber es reicht nicht aus. Wir müssen uns dem politischen Kampf stellen und auch auf diesem Weg dafür sorgen, daß die Diktatoren aus unserem Land verschwinden, wo sie nichts mehr zu suchen haben. Daran glaube ich.

Uche Nduka, seit 1994 in der Bundesrepublik, lebt als freier Schriftsteller und Lehrbeauftragter in Bremen. Seit 1997 ist er einer der drei *spokesmen* der UDFN/ Germany.
Interview und Übersetzung aus dem Englischen: Christoph Spehr.

Chiaroscuro ist zu beziehen über:
- missing link, Bremen, 0421/504348
- Decius-Buchhandlung, Hannover, 0511/717283

ISBN 3-9805640-0-2.
DM 19,-

Anzeige

ATARI TEENAGE RIOT
THE FUTURE OF WAR

"Hart, aber gerecht!" Der Plattenhändler, dem ich die CD über den Tisch reiche, runzelt anerkennend mit der Stirn. Insgeheim hoffe ich, daß alle im Laden diesen Blick sehen können. "Harter Stoff; aber schließlich leben wir ja auch in harten Zeiten!"
Seit ungefähr zwei Jahren genießen die Berliner **Atari Teenage Riot** (ATR; Logo: eine stilisierte MPi im Typogramm) einen Kultstatus, der Menschen in 'wissend' oder 'unwissend' einteilt, der Eltern, die geglaubt haben, sie seien liberal, in VerfechterInnen der Zensur im heimischen Wohnzimmer verwandelt, der WGs in besetzten Häusern endlich einmal wieder zu einem kollektiven CD-Kauf für das nächste Geburtstagsgeschenk verleitet. Vor allem junge oder Alt-/Spätautonome haben diesen Sound als *'Slime'* oder *'Crass'* der 90er für sich entdeckt.
ATR gelten als prominenteste Vertreter des *'digital hardcore'*, eines Subgenres, das sonst u.a. in Samplerform bei Karstadt, gleich neben den *"Welcome to the terrordome, Part 1-23"*- oder anderen *'happy hardcore-techno'*-Samplern, zu finden ist. Das klingt jetzt erst mal banal. Doch ATR-Mastermind Alec Empire hat tatsächlich eine sehr eigenständige Form von *'sound'* entwickelt: Schnelle breakbeats (Rhythmussamples. bzw. drummachine-rhythmen) werden digital verzerrt und (bei ATR) mit Punkgitarren und anderen aggressiven sounds unterlegt. Ruhigere Passagen finden sich praktisch nicht; wenn die Musik einmal innehält, bleibt der Energielevel dennoch unvermindert auf hohem Niveau. Daher läßt sich vielleicht erklären, daß sogar kulturkonservative Altpunks sich ein *"like punk never happened"* nicht verkneifen können. ATR beziehen sich immer wieder auf diese gewisse Zeit, wenn sie beispielsweise in *"heatwave" "fuck off nazipunks"* von den *dead kennedys* zitieren oder, wie auf ihrem ersten Album *'1995'* gar den Chorus von *Sham 69' "If the kids*

Comic-Terrorismus

Atari Teenage Riot: Future of War

are united" samplen.
"Deutschland has gotta die" beginnt mit einer Scratcheinlage über eine alte Punkplatte, Sängerin Hanin Elias zählt "Eins, zwei, eins zwei drei vier" ein, worauf ein extrem übersteuertes Breakbeatgewitter einsetzt.
Die Texte werden von Elias und Mc Carl Crack in einer Art und Weise über die Musik gebrüllt, die an Hardcorebands oder vocals von Scooter bis Mr "hyper hyper" Mark Oh erinnern.
Ähnlich wie die Musik leben die Texte von einer *'explicitness'*, die jede Distanz oder Ironie vermeidet. Titel wie *"destroy 2000 years of culture"* oder *"redefine the enemy"* deuten klar darauf hin, worum es geht. Sämtliche lyrics bestehen aus aneindergereihten, mehr oder weniger kurzen Fragen oder Phrasen, die alle sehr viel mit *'destroy', 'hate'* oder *'resistance'* zu tun haben:

"COLD SWEAT - RUNNING DOWN MY BACK!
I DON'T FEAR THE CHAOS!
A REASON TO FIGHT IS NOT MAKING A STRONGER MAN
CAUSE THEY DON`T UNDERSTAND !!!!!!!!
I WON`T CALM DOWN! I WON`T CALM DOWN!
WHAT AM I SUPPOSED TO DO ???????????
IT`S HARD TO REALIZE THAT THE TIME IS RUNNING OUT !
POW! WE`RE ON THE MOVE !
RESIST WORLDWIDE !"
(aus *"DESTROY 2000 YEARS OF CULTURE"*)

Das gleichzeitig Faszinierende wie auch bei näherem Hinsehen dumpf Anmutende besteht un einer geradezu forcierten Plakativität:

"DEUTSCHLAND HAS GOTTA DIE !
WAKE UP ! WAKE UP ! WHAT WILL THE WEST STRIKE NEXT ?
THE WAR IS STILL BETWEEN THE EAST AND WEST
MONEY TALKS MONEY KNOWS
YOU`RE SO BORED AND SICK !
LET`S BURN DEUTSCHLAND !!!!!!"
(aus *"DEUTSCHLAND HAS GOTTA DIE"*)

Diese Plakativität ergänzt sich jedoch zusammen mit der Musik und dem radikalen artwork der CD zu einer, nennen wir es vielleicht "Totalität der Radikalität". Eine angemessenerer Begriff wäre zweifelsohne "Comic-Terrorismus".Und genau hierin liegt sowohl die Stärke als auch die Schwäche von ATR: In einer Zeit, in der in der Popkultur (wie auch in anderen gesellschaftlichen Bereichen) niemand mehr eine klare Handlungsanweisung hören möchte, scheinen sie das 'musikalische Baader-Meinhof-Prinzip' - wie es Genesis P. Orridge von *Throbbing Gristle* einmal formuliert hat - zu verfolgen. Anders als besagte *Throbbing Gristle,* für die dieses Konzept auch immer bedeutet hat, sich mit der Adorno-Forderung, daß Kunst nach Auschwitz auch immer dessen Schrecken und Unaussprechbarkeit auszudrücken habe, auseinanderzusetzen, beschwören ATR ein urban nervöses Horrorszenario, das eher an die Ästhetik von Paranoia-Filmepen der 90er wie *"Strange Days"* oder *"Natural Born Killers"* erinnert. Die Riots, die ATR so laut beschwören, haben wenig bis gar nichts mit den realexistierenden eher kümmerlichen Riots im Deutschland der Berliner Republik und den darum herum bestehenden Diskursen zu tun. Dennoch kann es durchaus Spaß machen, solch eine Agitation, wie sie hier betrieben wird, über sich ergehen zu lassen.

Role

Atari Teenage Riot: THE FUTURE OF WAR. IRS 993,526. DIGITAL HARDCORE RECORDINGS/ INTERCHORD

Rechenschaftsberichte

Die Geschäftsstelle

rächt sich für das vergangene Jahr. Hier unser Rächenschaftsbericht:

Die Geschäftsstelle

- ist Kummerkasten aller Bedrängten und Beengten, Punchingball der Erzürnten und Frustrierten, heimliche Avantgarde aller Jammernden und Klagenden.
- schwebt ohne Spiritismus zwischen Basis und KA-hab-ihn-selig.
- pflegt den Kontakt zur Jugend, indem sie PraktikantInnen einen vergnüglichen Testlauf vor dem harten Berufsalltag ermöglicht.
- beantwortet Anfragen aller Art - mit Vorliebe von Fernreisenden, Menschen in Examensnöten und verzweifelt nach Geldtöpfen Ausschau Haltenden.
- bekämpft den Bildungsnotstand durch die Veranstaltung von Seminaren.
- stellt mit dem BUKO-Computerarchiv einen (Nachrichten-)Pool für Bewegungsfische zur Verfügung.
- legt Leimruten aus, um Ahnungslose in die Kongreßvorbereitungsgruppe zu locken.
- ist Stachel im Fleisch der Herrschenden, die sie mit "Gegenmacht von unten" das Fürchten lehrt.
- startete ein ehrgeiziges Befragungsprojekt, um mit den BUKO-Mitgliedsgruppen eines der letzten Rätsel der Bewegungsgeschichte zu erkunden.
- verwandelte den BUKO-Rundbrief aus einer Loseblattsammlung in ein ansehnliches Käseblättchen (ohne der großen Schwester FORUM das Wasser reichen zu können).
- fördert als bundesweite Fahrtkostenabrechnungsstelle den öffentlichen Fernverkehr.
- verjüngt sich laufend durch immer ältere MitarbeiterInnen.
- widersteht standhaft der Versuchung der Selbstabwicklung, ist meistens guter Laune und arbeitet ohne jede Supervision.
- liebt den abp
- macht dennoch keine Geschäfte
- und wünscht sich nichts mehr als Entlastung.

Hier die trockenen Zahlen:

Bilanz zum 31.12.96

Aktiva		Passiva	
Warenbestand	10.795,50	Gewinnvortrag	27.602,91
Barkasse	9.090,74	Rückstellungen	1.500,00
Bank/Postgiro	13.329,23	PRA	11.725,00
Forderungen	28.429,87	Verbindlichkeiten	29.147,08
Inventar	5.725,68	Darlehen	30.000,00
Steuerguthaben	2.835,67	Steuerschuld	2.415,55
Darlehen	5.130,67		
ARAP	3.016,00		
Verlust	24.037,18		
	102.390,54		102.390,54

Gewinn- und Verlustrechnung 1996

Erträge		Aufwendungen	
Einnahmen 7%	5.940,26	Personal	135.496,39
Einnahmen 15%	13.331,72	Miete	21.899,00
Sonst. Einnahmen	10.948,85	Mat.-handel	2.459,80
Zuschüsse	179.793,33	FK, Unterk., Verpfl.	88.469,27
Spenden	49.526,39	Archiv, Literatur	4.863,61
Beiträge	63.780,00	Abschreibung	7.343,89
Verlust	24.037,18	Bürokosten	59.922,58
		Sonst. Kosten	26.361,39
		Minderbestand	541,80
	347.357,73		347.357,73

BUKO Agrarkoordination

Überblick

Das Jahr 1996 war von zwei Ereignissen geprägt: Zum einen fand im Juni 1996 die FAO Konferenz zum Thema Pflanzengenetische Ressourcen statt, zu der wir im Auftrag des Forums Umwelt und Entwicklung die NRO-Konferenz *"In safe hands"* vorbereitet hatten, zum anderen ließ die Zusage der Europäischen Union auf Weiterförderung auf sich warten, so daß wir buchstäblich "in der Luft hingen". Dieses hatte zahlreiche Krisensitzungen zur Folge und wirkte doch sehr demotivierend. Für 1997 wurde der Antrag Agrarhandel anders gestalten" von der EU für drei Jahre bewilligt.

Es wurden 10 Agrar-Infos, 6 Biopolys, 2 Dossiers und 4 Studien erstellt. Wie auch in den Jahren zuvor, haben wir uns an der Erstellung des Kritischen Agrarberichts 97 beteiligt. Hinzu kam die Übernahme von Serviceleistungen für gemeinsame Kampagnen und BündnispartnerInnen (Bananenkampagne, Agrarbündnis), zahlreiche Einzelveranstaltungen, Planungs- und Koordinierungstreffen sowie die Betreuung von BesucherInnen, die Beantwortung von Anfragen und die Suche nach einer weiteren Finanzierung.

2. Die Themen

Anknüpfungspunkte unserer Arbeit waren die 4. Weltfrauenkonferenz in Beijing (1995), die 4. Internationale Technische Konferenz zu pflanzengenetischen Ressourcen der FAO in Leipzig und der im November 1996 stattgefundende Welternährungsgipfel.

2.1. Weltfrauenkonferenz

Hierzu wurden das Dossier 17 *"Frauenwelten, Weltfrauen, Weltfrauenkonferenzen"* in Zusammenarbeit mit der Werkstatt 3, Hamburg und die Studie:

"Frauenprojekte - ein Weg aus der Armut? Das Für und Wider der Frauenförderung in Tanzania" von K. Lanje veröffentlicht. Eine erste Vernetzung mit Frauengruppen, die zum Thema Handel arbeiten, konnte auf einer internationalen Tagung von WIDE, Women in Development Europe, begonnen werden, die Ende Mai in Bonn stattfand.

2.2 Biologischen Vielfalt

Unter dem Motto *"In safe hand - Communities Safeguard Biodiversity for Food Security"* trafen sich im Vorfeld der FAO-Konferenz zu Biologischer Vielfalt 124 NRO-VertreterInnen, davon fast 50 aus den Ländern des Südens. Das Abschlußdokoment *"The Leipzig Commitment to Agricultural Biodiversity - Towards a Peoples` Plan of Action"* wurde hier erstellt. Die Fallstudie *"Verdrängung traditioneller Sorten und Früchte durch kommerziell erzeugtes Saatgut in Zimbabwe"* wurde fertiggestellt.

2.3 Welternährung

Bereits auf der Leipziger FAO-Konferenz wurde eine Grundsatzerklärung verabschiedet, welches sich an die Deligierten des Welternährungsgipfels richtet. Die Anwesenheit der Biodiversity-AktivistInnen in Rom war schon deshalb notwendig. Darüber hinaus hat die BUKO Agrar Koordination in der NRO Koordination Welternährung mitgearbeitet. Die Ergebnisse sind im *Agrar Info, im Biopoly* thematisiert.

2.2 Gentechnologie

Die bereits 1995 gemeinsam mit der Verbraucher Zentrale Hamburg konzipierte Ausstellung *"GENiale Lebensmittel gehen uns alls an"* wurde überregional verliehen. Es ist die einzige Ausstellung in der Bundesrepublik, die den Dritte Welt Aspekt miteinbezieht und sich direkt und ansprechend an die VerbraucherInnen wendet. Mehrere Vorträge zum Thema wurden gehalten. Im November 1996 wurde erstmalig gentechnisch verändertes Soja in die EU eingeführt. Dieses hat zu einer großen Verunsicherung der VerbraucherInnen geführt. Wir haben dazu ein *Agrar Info* veröffentlicht, was sich mit der Verbreitung von Soja, den Anbauländern und Freisetzungen befaßt.

Aus aktuellem Anlaß haben wir Gen-Soja und Getreideumschlag im Hamburger Hafen als Thema genommen und dazu eine Hafenrundfahrt mit anschließender Podiumsdiskussion durchgeführt.

Die BUKO Agrar Studie:

"Auswirkungen der Gentechnologie auf die Landwirtschaft in der Dritten Welt" wurde erstellt. Auf internationaler Ebene fand eine Vernetzung mit den Gruppen statt, die zu Biodiversität und Gentechnologie arbeiten (Tagung imFebruar 97 in Hamburg).

2.3 Ökologische Landwirtschaft

In Zusammenarbeit mit Arbeit und Leben Hamburg wurde ein Bildungssurlaubsseminar durchgeführ. Dieses Seminar wird 1997 wieder stattfinden.

Wir arbeiten regelmäßig im AgrarBündnis, in der AG Nachhaltige Landwirtschaft des Forum Umwelt und Entwicklung, imErweiterten Vorstand des Pestizid Aktions-Netzwerkes (PAN) und im Vorstand von Neuland mit. Im Mai wurde eine Veranstaltung zu *"Nachhaltige Entwicklung und ökologische Landwirtschaft in Kuba"* in Kooperation mit der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba durchgeführt.

2.4 Projekt "Handel"

Der EU-Antrag zum Thema "Agrarhandel anders gestalten" wurde für Januar 1997 bewilligt, so daß wir mit der konkreten Umsetzung nun beginnen. Wir sind jetzt regelmäßig auf den Sitzungen der AG Handel und der Sitzungen von ICDA in Brüssel.

Das Museum der Arbeit in Hamburg und die Hafengruppe Hamburg werden neue Kooperationspartner. Das Dossier *"Welthandel"* wurde 96 veröffentlicht.

Ein FIA-Agrarhandelsbeirat konnte sich in nicht etablieren, stattdessen gibt es drei Treffen im Jahr mit unterschiedlichen Gruppen, die zum Thema arbeiten.

2.5 Bananen

Im Trägerkreis der Bananenkampagne arbeiteten wir regelmäßig mit, inhaltlichen Inputs werden zu dem Thema Pestizideinsatz und Gentechnik geleistet. Ansonsten haben wir organisatorische und buchhalterische Aufgabe für die Bananenkampagne übernommen.

BUKO-Kampagne:

Stoppt den Rüstungsexport

Allgemeines: Aufgabe der Koordinationsstelle ist es nach wie vor, Informationen über die deutsche Rüstungsindustrie, Rüstungsexporte und ihrer Hintergründe zu recherchieren, archivieren, zu veröffentlichen und auf die wirtschaftlichen Zusammenhänge und Folgen des Rüstungsexportes aufmerksam zu machen. Dabei sind verläßliche Informationen wichtig. Kampagnenarbeit bedeutet: Ideen von Gruppen und Einzelpersonen umzusetzen. Wir setzen inhaltliche Schwerpunkte und wollen ein breites kritisches öffentliches Bewußtsein im Zusammenhang mit deutschen Rüstungslieferungen herstellen. Deutscher Rüstungsexport ist ein wichtiger ökonomischer Faktor und nicht zu unterschätzendes Mittel deutscher Außenpolitik. Unsere Maximalforderung lautet: Stop aller Rüstungsexporte!

Es ist Krieg und keiner merkt es: Ein Skandal ohne gleichen ist es, daß der erste Kampfeinsatz in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland öffentlich so gut wie nicht wahrgenommen wird. Keine Proteste wurden laut als es grünes Licht gab für die Entsendung deutscher Soldaten in den Krieg - im ehemaligen Jugoslawien-. Die zunehmende Bereitschaft der BRD militärische Auslandseinsätze durchzuführen und auch Kampfeinsätze zu ermöglichen, bedeuten eine Militarisierung der Außenpolitik. Bestes Beispiel ist der jüngste Ramboeinsatz von Bundeswehrsoldaten in Albanien. Das Thema "Out of area", Umstrukturierung der Bundeswehr, Aufrüstung im Zusammenhang mit der NATO-Osterweiterung sind ein Arbeitsbereich für uns.

Schwerpunkt Indonesien: Schwerpunkt unserer Öffentlichkeitsarbeit war 1996 eine Kampagne für ein Rüstungsembargo gegen Indonesien. Bedeutsam war einer Mahnwache am Tage der Abreise von Bundeskanzler Kohl nach Indonesien im Oktober vor dem Bundeskanzleramt. Die überraschende Verleihung des Friedensnobelpreises an die beiden Osttimoresen Bischof Belo und Ramos Horta machten "Osttimor" plötzlich im ungeahntem Maße bekannt und wir konnten das Problem der deutschen Waffenlieferungen an Indonesien mit zahlreichen Publikationen verstärkt in die Öffentlichkeit tragen. Dje intensive Zusammenarbeit mit watch indonesia!, IMBAS (Initiative für die Menschenrechte Asiens) und der Kampagne: "Produzieren für das Leben" trugen zu einer starken und vielschichtigen "Waffenembargo"-Kampagne bei.

Highlights und Besonderheiten: Eine Besonderheit 1996 war die Ausstellung unseres nachgebauten Containers in Orginalgröße zum Thema "Rüstungsexporte" im Rahmen einer Sonderausstellung anläßlich des 100jährigen Bestehens des Überseemuseums in Bremen.
Highlight war ein Vortrag zur "Aktuelle Situation und Trends des europäischen Waffenexportes" in Brüssel am 13.05.96 im Rahmen einer Konferenz "A Total Ban on European Conventional Arms Exports" der Grünen im Europäischen Parlament im Mai 96.
Highlights waren auch die Erstellung des 50zigsten Rundbriefes der Kampagne mit vielen Gratulationen und Ermunterungen, der neuen Rüstungsexport-**Grundlagenbroschüre** (s.u.) und des **Asean-Sonderheftes:** "Die Tiger-Der Drache und das Meer"(s.u.). Ein großes Lob und Unterstützung für unsere Arbeit erhielten wir durch die Überreichung des Friedenspreises: "Sievershäuser Ermutigung" im Dezember 96.

Nur unsere finanzielle und damit auch personelle Situation ist schwierig. **Wir suchen dringend Menschen, die Lust und Kraft haben sich aktiv in die Rüstungsexportkampagne einzubringen!**

Grundlagenbroschüre: **"Welche Narrheit".**

Aus dem Inhalt: Was ist Rüstungsexport?, Rüstungsgut-Normalgut, Gesetze, Kontrolle, Zahlen, Genehmigungsweg, "out of area". 3.-DM (plus Porto).

Die Tiger, der Drache und das Meer.

Neues vom Rüstungsmarkt im fernen Osten.
Aus dem Inhalt: Die Rolle des Militärs in Südostasien. Kriegsschiffe für Indonesein und die Folgen. Rüstungsexportstatistiken. Länderportaits u.a. zu Philippinen, Singapur, Japan, Australien. 44seitige Broschüre zum Preis von 8.-DM (plus Porto).
Bestellungen bitte an die **BUKO-Kampagne: Stoppt den Rüstungsexport!,** Buchtstr.14/15, 28195 Bremen, Tel.: 0421/326045, Fax: 0421/3378177.

Kurdistan
AKTION 3.WELT Saar

Im Mittelpunkt unserer Kurdistan-Arbeit stehen die bundesdeutschen geostrategischen und ökonomischen Interessen (Öl/Wasser) an der Region Kurdistan. Das heißt weniger die moralische Kritik an der Beteiligung von Kohl & Kinkel an der militärischen Lösung der Kurdistanfrage, sondern das Benennen ihrer Ziele. Politische Grundlage ist die KA-Erklärung vom Dezember 1993 gegen das Verbot der PKK. Im vergangenen Jahr konzentrierte sich unsere Kurdistan-Arbeit für den BUKO auf folgende Bereiche und Aktionen.

Mitarbeit in der Informationsstelle Kurdistan e.V.
Sie ist ein unabhängiger Zusammenschluß von Gruppen und Organisationen, die ganz oder teilweise zu Kurdistan arbeiten. Ziel der Arbeit ist eine politische Lösung der Kurdistanfrage. Mittel dazu sind: Öffentlichkeitsarbeit und das Anstoßen von Diskussionen.

Mit der Nähmaschine zur Befreiung - Projekte in Kurdistan als Politikersatz: Projekt-Seminar in Aachen
Dieses Seminar, das wir gemeinsam mit der Informationsstelle Kurdistan e.V. Bonn" organisierten, stand im Mittelpunkt unserer Arbeit. Innerhalb der Kurdistan-Solidarität werden Erfahrungen, die andere internationalistische Gruppen/Organisationen mit Projektarbeit machten, kaum zur Kenntnis genommen.
Deshalb dieses Seminar und deshalb auch die Einladung von ReferentInnen der blätter des iz3w Freiburg, der Informationsstelle El Salvador und des Informationsbüro Nicaragua, Wuppertal.
Konkret gehen wir davon aus, daß viele Gruppen, ungetrübt von allen Erfahrungen aus Mittelamerika ihr" Projekt in Kurdistan aufziehen werden - sobald die Türkei dieses politische Ventil öffnet. Erfahrungen in der UN-Schutzzone Südkurdistan (Nordirak) bestätigen dies. Dort haben die bundesdeutschen Hilfswerke und auch einige kleinere Gruppen, ihre Projektgebiete wie Clans abgesteckt. Die Projekteuphorie hat Ähnlichkeiten mit dem Gründungsboom in einer Goldgräberregion. Kurdische Selbstverwaltungs- und Subsistenzstrukturen wurden mit der Finanzkraft des eurozentrischen Entwicklungsmodells beiseite gedrückt. Mit diesem Seminar, seiner publizistischen Umsetzung & Nachbereitung sowie den Folgeveranstaltungen versuchen wir

- das Rad nicht noch einmal neu zu erfinden
- aus Erfahrungen innerhalb des BUKO's zu lernen
- frühzeitig über vermeidbare Fehler zu diskutieren.

(vgl. Seminar-Artikel im FORUM Nr. 210/ S.35/36)

Verhältnis zwischen nationalen Befreiungsbewegungen und Solidaritätsarbeit
Arbeitsgruppe auf dem BUKO in Paderborn
Sie ist die Fortsetzung des Aachener Seminars und natürlich offen für neue Leute. Das Thema ist im BUKO nicht neu, stellt sich aber am Beispiel Kurdistans unter anderem Blickwinkel. Anders als zu Nicaragua, Mexiko, El Salvador, findet die Solidaritätsarbeit zu Kurdistan vor dem Hintergrund von massiver staatlicher Repression in der BRD statt. Ca. 300 KurdInnen sitzen nach wie vor als politische Gefangene in deutschen Gefängnissen.
Neben dem Verhältnis zwischen Befreiungsbewegung und Solidaritätsarbeit, geht es um die Einbettung des (nationalen) Befreiungskampfes in internationale, ökonomische Entwicklungen (Abschied vom Keynesianismus, Neoliberalismus als weltweites Steuerungsmodell....)!

Rechtshilfefond AZADI
Auf dem letzten BUKO in Heidelberg beschloß der BUKO seinen Beitritt zum Rechtshilfefond und eine monatliche Zahlung von 50,-DM. Ziel des Rechtshilfefonds ist die Unterstützung für KurdInnen, die aus politischen Gründen in der BRD inhaftiert sind. Der Aufbau des Rechtshilfefond hat sich u.a. aus juristischen Gründen etwas verzögert; der Eintrag ins Vereinsregister wurde im ersten Anlauf vom zuständigen Amtsgericht abgelehnt. Begründung: In der BRD sei Meinungsfreiheit garantiert, deshalb könne auch niemand aus politischen Gründen im Gefängnis sitzen.
Beim Rechtshilfefonds AZADI bestehen unsererseits in Sachen Mitarbeit personelle Probleme.

Was bringt all dies BUKO Gruppen ?
Wissen wir nicht - muß jede Gruppe für sich entscheiden.
Was können BUKO-Gruppen tun?
Sich an den Diskussionen und den Arbeitsbereichen beteiligen. Das Ganze ist ein offener Diskussionsprozeß und die Akteure haben die Weisheit weder mit dem Löffel gegessen noch gepachtet.
Macht es Spaß?
Sonst würden wir es nicht machen. Erinnert sei nur an die Begeisterung, die die Erklärung des PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan auslöste, der die Völker Kurdistans zur Teilnahme am "Heiligen Krieg" aufforderte. So viel Religion gibt Kraft & Orientierung. Und das hat auch der BUKO bitter nötig.

AKTION 3.WELT Saar, Weiskirchener Str. 24, 66679 Losheim,Tel. 06872/9930-56, Fax: 9930-57

BUKO-Arbeitsschwerpunkt Rassismus und Flüchtlingspolitik

"Die Tage werden länger und die Frühlingsstürme kündigen den nächsten BUKO an. Damit einher geht auch der Rückblick und die quälende Frage, was ist passiert im letzten Jahr, hat sich etwas getan.Mal wieder haben wir es nicht geschafft, demLauf der Dinge ein Bein zu stellen. Soviel vorweg. Innerhalb des Arbeitsschwerpunktes hat sich aber einiges getan, zumindest personell.
Nur schweren Herzens konnten wir den Rückzug von Blondi ins Private akzeptieren, den sie bei Forelle und Schwarzbier in der fränkischen Schweiz kundtat.
Die Schrumpfungstendenzen des Arbeitsschwerpunktes konnten aber aufgehalten werden, da auch einige Neue hinzu kamen. Das war nicht zuletzt die Reaktion auf unser Seminar in Wissen im Herbst 1995. Zur Erinnerung **"Solidarität mit illegalisierten Flüchtlingen"** war Thema seiner Zeit. Auch 1996 sollte dies der Schwerpunkt unserer Diskussion bleiben. Mit der Auswertung des Seminars kam bei uns die Diskussion auf eine abstraktere Ebene. Welche Funktion haben Illegalisierte in unserer Gesellschaft? Werden Illegalisierte gebraucht, um den Kapitalismus am Laufen zu halten.
Oder wird diese Entwicklung nur vorübergehend geduldet, Illegalisierte irgendwann abgeschoben und die billige Arbeitskraft durch deutsche Arbeitskraft ersetzt, was die totale Abschottung zur Folge hätte. Handelt es sich also um ein kurzfristiges oder langfristiges Phänomen? Welche Bedeutung haben die unterschiedlichen Einschätzungen für unsere politische Arbeit? Da wir bei den Treffen des AS nicht ausreichend Zeit hatten diese Fragen zu diskutieren, wurden sie konsequenterweise beim Seminar im November 1996 in Munzel bei Hannover zur Diskussion gestellt.
Trotz des abschreckenden Titels **"Europäische Flüchtlingspolitik, Abbau des Sozialstaates und Illegalisierung von MigrantInnen - Gesellschaftliche Differenzierung als Konsequenz derzeitiger Deregulierungspolitik"** meldeten sich mal wieder mehr Leute an, als wir Plätze vergeben konnten. Scheinbar war dies aber mehr eine Resonanz auf das 1995er Seminar denn auf die Seminarausschreibung.
Die meisten Teilnehmenden wollten nicht im Abstrakten diskutieren, sondern konkrete Handlungsperspektiven für linke antirassistische Politik. Ansatzpunkte waren die Legalisierungskampagne von **off limits** aus dem Jahr 1994 und die Bleiberecht-Forderung. Einig waren sich alle, daß an der Maximalforderung Bleiberecht festgehalten werden solle, auch wenn sie in den tagespolitischen Kampagnen nur schwer vermittelbar sei.
1997 will der AS sich verstärkt der Praxis zu wenden. Nicht nur weil wir erwarten, daß im Rahmen des beginnenden Bundestagswahlkampfes die rassistischen Kampagnen gegen MigrantInnen und Flüchtlinge neue Höhepunkte erreichen werden. Der AS denkt, daß es auch jetzt schon reicht und es endlich an der Zeit ist ein **breites Bündnis von unten gegen die rassistische Politik** zu organisieren.

Kontakt: **BUKO-Arbeitsschwerpunkt Rassismus und Flüchtlingspolitik**, c/o Informationsbüro Nicaragua e.V.,

Kurzprotokoll des 3. Vorbereitungsseminars BUKO 21 Paderborn vom 21.-23.3.1997

Finanzen:
Aufgrund der prekären Finanzlage und der Erfahrungen des letzten Kongresses in Heidelberg wurde folgendes beschlossen:
a) Der Kongreß muß sich selbst tragen, d.h., es darf kein Defizit gemacht werden.
b) Die Geschäftsstelle stellt umgehend Zusatzanträge zur (Teil-)Finanzierung des Kongresses; die Paderborner versuchen einen Antrag nach dem Gemeindefinanzierungsgesetz zu stellen (kommunale entwicklungspolitische 50 Pfennig").
c) Die Höhe der Fahrtkostenerstattung ergibt sich somit aus den Einnahmen abzüglich aller sonstigen Ausgaben.
d) Die Fahrtkostenerstattung ist nicht obligatorisch; die Kongreß-TeilnehmerInnen sollen bei der Anmeldung gefragt werden, ob sie die Fahrtkostenerstattung unbedingt benötigen.

Presse: a) Die Geschäftsstelle erstellt eine Pressemappe (Presseerklärung, Kongreß-Heft FORUM, BUKO-Selbstdarstellung, BUKO-Kritik an Wuppertalstudie, Kongreßfaltblatt).
b) Presseverantwortlicher beim Kongreß ist Moe. Die Foren bestimmen ebenfalls eine/n Presseverantwortliche/n.
c) Ein gemeinsames Pressegespräch soll auf dem Kongreß stattfinden.
Werbung: Die Paderborner wollen eine einstündige Sendung für die NRW-Bürgerradios erstellen; InteressentInnen sollen sich dort melden.

Zur **inhaltlichen Diskussion** wird eine Widerspruchs-/Zustimmungshitliste in bezug auf die Thesen des Aufrufs (Kongreß-Faltblatt) erstellt und anschließend drei Widersprüche diskutiert.
Widersprüche:zu 2/3 (Entprivilegisierung der formalen

Arbeit) >2x; zu 2/1 (Quotierung) >2x; zu 1/2 (Vielfalt) 2x.

Diskussion der Widersprüche zu These 2/3

Kritikpunkte:

- Die Privilegien des Eigentums gegenüber Arbeit sind wesentlicher als die Unterschiede zwischen formeller/informeller Arbeit, aber in der These völlig ausgeblendet.
- Die Entprivilegisierung der formalen Arbeit wird auch von Kapitalseite massiv betrieben. Die Formulierung lädt zu Mißverständnissen ein.
- Die Trennung zwischen formeller und informeller Arbeit ist unklar.
- Ist konkretes Engagement für formale Arbeitsverhältnisse gefragt?
- Die Terminologie Abwicklung" ist historisch und im Kontext vergangener Ereignisse in der Ex-DDR problematisch.

Diskussion der Widersprüche zu These 1,2

(Zitate Text kursiv)

Erste Runde Einwände:

- *Eine Vielfalt der Handlungsansätze ist nicht behindernd, sondern notwendig (Öffentlichkeits-, Lobby-, Projekt- und Kampagnenarbeit usw).* Worin besteht die Vielfalt dieser Handlungsansätze; hier ist keine Vielfalt, sondern eher Einfalt zu beklagen. Was bedeutet das usw.?
- Was ist mit dem letzten Satz gemeint: *"Es geht nicht zunächst um politische Programmatik und Strategie, sondern darum, erst wieder die Bedingungen für radikale, revolutionäre Veränderungen zu schaffen, die nur mit Mehrheiten zu machen sind."*
- Soll die Beschäftigung mit den inneren Spaltungen damit aufgehoben/überwunden werden (Sexismus, Rassismus etc.)?

Zweite Runde der Einwände:

- Was denn Vielfalt genau heiße und wie sie sich zur kriterienlosen Beliebigkeit abgrenze?
- Ob die politische Strategie und Programmatik denn völlig egal sei, wie es der letzte Satz der These suggeriere?
- Die politische Arbeit der anderen müsse durch Kriterien bewertbar sein, die eigene im übrigen auch.

Ein Widerspruch zur Arbeitsgruppe Kurdistanarbeit innerhalb des Forums 1 wurde konstatiert. Die Kurdistan-Solileute nehmen nämlich gerade eine kritische Bewertung der Projektarbeit vor und finden nicht alles gut, was unter Kurdistanarbeit läuft. Roland als Vertreter dieser Arbeitsgruppe sieht diesen Widerspruch und bemerkt, daß sie leider keine Zeit gehabt hatten, die Thesen rechtzeitig zu kommentieren.

Kongreßablauf

Einführung ins Kongreßthema am **Donnerstagabend**: macht Annette (Bielefeld). Die inhaltliche Erarbeitung der Einführung soll von anderen mitgetragen werden.

Salons: Die Idee, daß alle Foren ihren eigenen Salon gestalten, stößt auf Widerspruch. Die Diskussion um die Salons wurde auf das nächste Vorbereitungstreffen verschoben, bis dahin sollen die Foren noch mal überlegen. Materialwünsche bitte bis 1.5. an Thommy und Bernd.

Medienbörse: Allgemein gewünscht wird ein zentraler, abschließbarer Raum (nicht im Keller oder weitab). Die Medienbörse soll während aller Mahlzeiten offen sein.

Forum "Theater": findet statt. Ralf (Köln) und Tom (Dresden) bereiten das vor. Sie werden den Teilnehmenden verschiedene Möglichkeiten anbieten, aber die Gruppe muß dann selbst entscheiden, was sie machen möchte. Ob es zu einer Aufführung oder Einmischung oder Präsentation kommt, bleibt offen.

Samstag: Austausch-KG's und inhaltliches Plenum. Die Austausch-Kleingruppen sollen folgenden Zielen dienen: mitkriegen, was in anderen Arbeitsgruppen lief; thematische Grenzen überschreiten; diskutieren, was inhaltlich am Freitag fehlte. Die Austausch-Kleingruppen sollen nicht das inhaltliche Plenum am Nachmittag vorbereiten. Größe: 10-15 Personen.

Verteilungsverfahren: zufällig, aber so, daß in jeder Kleingruppe alle Foren vertreten sind. Die Methode zur Verteilung denkt sich Annette (Bielefeld) in Absprache mit Christoph (Bremen) aus. Geschlechtsgetrennte Gruppen sind möglich, werden aber nicht zwangsweise eingerichtet.

Die Vorbereitung des **inhaltlichen Plenums** geschieht in den Foren, die sich zu diesem Zweck am Samstag nachmittag von 14.30 bis 16.00 Uhr treffen. Das Plenum findet anschließend von 16.30 bis 19.00 Uhr statt. Aufgabe der Forendiskussionen ist: feststellen, wo weiterer/weiterführender Diskussionsbedarf bei den Teilnehmenden besteht; konkrete Aktionsvorschläge sammeln; Vorschläge herauskristallisieren, wofür sich der BUKO einsetzen soll; evtl. Kongreßthema BUKO 22 vorschlagen.

Von Seiten der Vorbereitungsgruppe wird kein Frauenplenum oder Männerplenum vorbereitet; wenn andere das machen möchten, ist das selbstverständlich möglich.

Demo vorm Abschiebeknast in **Büren** gegen 15 Uhr. Die Anreise dauert mindestens eine halbe Stunde (reine Fahrtzeit) und wird von den PaderbornerInnen organisiert. Rückkehr gegen 18 Uhr in Paderborn. Informationen über Hintergründe sowie Fahrkarten wird es während des ganzen Kongresses an einem Infotisch geben.

Entscheidungsgremium während des Kongresses: wird von GS gewünscht, da hin und wieder organisatorische Fragen schnell geklärt werden müssen. Auf der nächsten Sitzung der Vorbereitungsgruppe wird über diese Frage neu beraten.

Betrifft Kampagnen und Arbeitsschwerpunkte

Die Kampagnen und Arbeitsschwerpunkte, die hier keinen Rechenschaftsbericht abdrucken ließen, stehen auf dem Kongreß für eventuelle Nachfragen zur Verfügung stehen.

Bernd Hüttner

Gegenmacht - aber wie?

Bücher zu den Problemen mit der Organisierung

Ostern 1995 versammelten sich über 2000 Autonome und andere undogmatische radikale Linke in Berlin, um auf dem **Autonomie-Kongreß** über den "Stand der Bewegung" zu diskutieren. Dabei sollte es weniger um die Beschreibung des Gegenüber, des Feindes, sondern mehr um das "Innenleben" der Bewegung gehen. Die drei Kongreßtage waren unter jeweils ein Motto gestellt: *Autonomie - heute*, *Differenzen-Spaltungslinien-Solidarisierung* und drittens *Revolution - täglich oder gar nicht!*

Nahezu zwei Jahre später liegt nun die "offizielle", von der Kongreßvorbereitungsgruppe herausgegebene Dokumentation vor. Sie hat keinen Komplettheitsanspruch, versammelt aber das Protokoll der sehr prägnanten und witzigen Auftaktveranstaltung ("Autonomie ist selbstbestimmte Abhängigkeit") und die wichtigsten Papiere des Kongresses und seiner Vorbereitung. Hervorzuheben sind die Beiträge zum Militanzbegriff, das sehr scharfe Kritikpapier am Kongreß einiger Hamburger Feministinnen und der Beitrag zu Spaß und Politik, die alle die Debatten der radikalen Linken auf den Punkt bringen.

Eine Dokumentation der Presseresonanz und der in der autonomen Bewegung selbst schließt den Band ab. Die Kongreßvorbereitungsgruppe enthält sich einer direkten politischen Bewertung des Kongresses und seines Nachlaufes. Stattdessen simuliert sie sich selbst als die Vertretung des ideellen Gesamt-Autonomen Kreuzberger Prägung, der nach links (gegen die Antinationalen, gegen die Theoriefraktion allgemein) und rechts (gegen die Antifa-Organisierung) Kritik austeilt, ohne das eigene Politikverständnis zu reflektieren oder Vorschläge zu machen. Schade, hier wäre mehr möglich gewesen. Alles in allem eine schöne Dokumentation (wenn diese ästhetische Kategorie erlaubt ist), die auch für die interessant ist, die selbst nicht auf dem Kongreß waren, oder "den" Autonomen zugehören.

In **Den Faden weiterspinnen** berichten Frauen über ihre Erfahrungen im und mit dem *Internationalen Frauenplenum*, das in Westberlin von 1988 bis 1991 arbeitete. Es entstand aus der Mobilisierung gegen den IWF-Kongreß 1988 und war der Versuch, eine Zusammenarbeit von deutschen autonomen und antiimperialistischen Frauen und Lesben mit Immigrantinnen und im Exil lebenden nichtdeutschen Frauen auf die Beine zu stellen. Im Plenum wurden eine Vielzahl von Konflikten bearbeitet, die für die im Abschwung befindliche linke und internationalistische Bewegung der End-80er-Jahre typisch waren (und es auch heute noch sind): Das Verhältnis von Internationalismus und nationaler Befreiung, Feminismus und internationalistische Bewegung, Rassismus in der Linken und Umgang mit unterschiedlichsten Lebenswelten sowie das Verhältnis zu dogmatisch-linken Gruppen und Organisationen.

Zwei linke Internationalisten reagieren konsequent auf feministische Kritik

Das Buch hat einen leicht traditionslinken Einschlag, auch die im Buch dokumentierten Veröffentlichungen des Frauenplenums zeigen einen eher einfachen Antiimperialismus. Die herausgebenden Frauen dokumentieren aber einen Prozeß und ihre Diskussion und vermeiden damit einen gängigen Umgang mit auftretenden Schwierigkeiten. Sie nämich zuerst zu ignorieren, sie dann mit übertriebener Schärfe zu problematisieren und sich danach als Gruppe aufzulösen. Letzteres geschah dem Frauenplenum zwar dann auch, aber es hat nicht - wie es heute Mode ist - aus einer Kritik an Befreiungsnationalismus gleich die Abkehr vom Internationalismus überhaupt vollzogen.

Seit den frühen 90er Jahren gab es innerhalb der autonomen Linken immer wieder den Versuch, unter Männern das Patriarchat - und damit das eigene Dasein und Verstricktsein zwischen Priviligien und Leiden - zu thematisieren. In einer Anfangseuphorie gründeten sich relativ viele Männergruppen, die sich auf den Libertären Tagen, einem bundesweiten Kongreß der anarchistischen Bewegung in Frankfurt an Ostern 1993 erstmals öffentlich wahrnehmbar machten. Seitdem und spätestens seit dem Autonomie-Kongreß 1995, bei dem einer der Hauptstreitpunkte unter den bewegten Männern war, ob Männergruppen auch Männerbünde seien, ist die öffentliche wahrnehmbare Debatte unter Männern um Täterschaft, Gewaltverhältnisse und patriarchale Zurichtung von Frauen und Männern etwas abgeflaut. Seit den Libertären Tagen begleitet der **Männerrundbrief,** der sich am Anfang zur Abgrenzung von pro-maskulinistischen "wild-men" und anderen Männeraktivitäten des "backlash", noch das Adverb "profeministisch" vorangestellt hatte, diesen vielfältigen und unübersichtlichen Prozeß. Die Ausgabe 8 hat keinen Schwerpunkt, die Ausgabe 9 (Februar 1997) einen zu Jungenarbeit. Neben dem Schwerpunkt finden sich in jeder Ausgabe Artikel zur Auseinandersetzung mit Sexismus in der Linken, zu Pädophilie als Männergewalt, zum Verhältnis schwule/ hetero-Männer und allem weiteren, was das bewegte Männer-Herz und -Hirn so interessiert.

Autonomie-Kongreß; 160 S., 12,80 DM, Münster 1996; im Buchhandel oder bei Unrast-Verlag, Postfach 8020, 48043 Münster - Den Faden weiterspinnen; 160 S., 12 DM; Berlin 1995; zu bestellen bei Rotation-Vertrieb, Handwerkerstr. 2, 15366 Dahlwitz, Telefon: 03342/38760 - Männerrundbrief; 44 S., 5 DM plus Porto bei Männermedienarchiv, c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg

Rezensionen

Bernd Hüttner

Agrarwissenschaft und Kritik des Entwicklungsdenkens

Die Wissenschaft und die Bauern versammelt die Referate einer Tagung, die Ende 1989 (!) stattfand und auf der sich AgrarwissenschaftlerInnen und AgrarsoziologInnen versammelt hatten, die alle mehr oder minder der Agraropposition, in diesem Fall der *Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft* (AbL), nahestehen.
Die Referate deuten die Modernisierung von Landwirtschaft und Agrarwissenschaft als die Durchsetzung von technischer und ökonomischer Rationalität, die mit der Enteignung bäuerlichen Wissens, der Abwertung bäuerlicher Fähigkeiten und der Fremdbestimmung der Landwirtschaft durch Industrie und Wissenschaft einherging. Ziel (und Grund) dieser "Modernisierung", mit der die Durchsetzung des Leitbildes der "Landwirtschaft als Gewerbe" und des "Bauern als Unternehmer" einhergeht, ist schlußendlich die Kapitalakkumulation. Der Fortschritt knüpft zwar an Bedürfnisse der zur Entwicklung bestimmten Menschen an, wird aber größtenteils mit vielerlei Methoden herrschaftsförmig durchgesetzt. Das alte, traditionelle wird abgewertet und das "neue", mit dem viel Geld zu verdienen ist, als "modern" dargestellt. Im Gegensatz dazu versuchen die ReferentInnen "Fortschritt" nicht als Aufhebung von Defiziten zu bestimmen und vollziehen so einen Bruch mit dem klassischen Denken von Fortschritt und Entwicklung. Das zweite Charakteristikum der Buchbeiträge ist die außergewöhnlich starke Beachtung frauenspezifischer Aspekte: Der Anteil der Beiträge von Frauen liegt mit elf von 26 nahezu revolutionär hoch.
Im einzelnen geht es unter anderem um den Naturbegriff der bürgerlichen Agrarökonomie, das gesundheitliche Be- und Empfinden von Bäuerinnen, Erwartungen von BäuerInnen an die Wissenschaft oder um die Lehre vom 'rückständigen Bewußtsein' in der agrarsoziologischen Modernisierungsforschung.
"Bodenständige" Veränderungen etwa die von der Viehwirtschaft zur Tierproduktion werden ebenso behandelt wie weiter entfernt liegende, wie etwa die Agrarfrage in der sozialistischen Theoriediskussion bis und in der Weimarer Republik oder das sehr traditionelle Frauenbild in der sozialistischen Agrarutopie "Reise meines Brudes Alexej ins Land der bäuerlichen Utopie". Dieses Buch hatte A. Tschajanow, ein russischer bolschewistischer Wissenschaftler in den 1920er Jahren verfasst (deutsch: Frankfurt 1981/1984).
Sozusagen "nebenbei" wird in vielen Beiträgen das Verhältnis von bäuerlicher Lebensform zur Wissenschaft und umgekehrt problematisiert: Schließlich sind auch kritische AgrarwissenschaftlerInnen in erster Linie WissenschaftlerInnen. Das Buch hilft in der kritischen sozialökologischen Agrarwissenschaft eine Lücke zu schließen, sein verspätetes Erscheinungsdatum ist zwar ein Kuriosum, tut aber dem Gebrauchswert und der Qualität der Texte keinen Abbruch.

AG Ländliche Entwicklung an der GhK Kassel (Hrsg.): Die Wissenschaft und die Bauern; Bauernblatt Verlag Rheda-Wiedenbrück 1996, 266 Seiten, 32,80 (im Buchhandel oder unter Tel.: 05242/48476)

SHORT CUT

Bernd Hüttner

Chiapas und die Metropolen

Die Edition Nautilus, in der seit 1995 auch die Chiapas-Info-Zeitung "*Land und Freiheit*" erscheint, hat einen neuen Reader zu "Chiapas" vorgelegt. In ihm sind hauptsächlich Texte von der bzw. über die EZLN und ihr Verhältnis zur Zivilgesellschaft abgedruckt. Die Revolution der Frauen - weit vor dem Aufstand 1994 - wird noch einmal ins Gedächtnis gerufen, Gustavo Esteva diskutiert die Rolle der lokalen Demokratie für die EZLN und wie diese jene versteht. Im Band sind auch - neben anderen Texten der Zapatistas - die vier Erklärungen aus dem Lakandonischen Urwald nochmals dokumentiert und die beiden HerausgeberInnen, Lutz Schulenburg und Hanna Mittelstädt berichten über ihre von Mittelstädt auch ausdrücklich so genannten - subjektiven Erfahrungen und Aneignungen von "Chiapas".
Der Untertitel des Buches ist übertrieben, da die Konfrontation von "Chiapas" und seiner Bedeutung mit den "industriellen Metropolen " (so der Begriff auf der Rückseite des Buches), in nur wenigen Beiträgen diskutiert wird, die, für mein Empfinden, das Ganze noch nicht so zusammenbringen. Zum Beispiel wird meist von einer weltweiten Angleichung der Lebensverhältnisse und Kampfbedingungen ausgegangen, die so nicht richtig ist und die Existenz von Nationalismus und Leistungsrassismus in der arbeitenden Klasse nicht wahrhaben will.
Das Buch ist ein Beitrag zur Diskusison ob "Chiapas" die erste Revolution des 21. Jahrhunderts ist, und das auch für diejenigen, für die dies im Gegensatz zu den HerausgeberInnen des Buches noch nicht so klar ist. Es wirkt auch dem Trend entgegen, die Beschäftigung mit Chiapas nun - da dort die Mühen der Ebene und die ersten Rückschläge zu verzeichnen sind - langsam ad acta zu legen und mit ernstem Gesichtsausdruck die Probleme der Übersetzung von "Chiapas" nach "hier" zu problematisieren.

Der Wind der Veränderung. Die Zapatisten und die soziale Bewegung in den Metropolen; Hamburg 1997, 238 S., 28 DM

SHORT CUT

Bernd Hüttner

Stadtarchäologie in Chicago

- Rezension -

Der Stadtsoziologe Mike Davis hat in seinem Buch "City of Quartz" den Begriff "Stadtarchäologie" geprägt. Dieser erste Versuch einer Stadtarchäologie von unten, der in der 1994 erschienenen deutschen Übersetzung den Untertitel "Ausgrabungen der Zukunft in LA" hatte, wurde damals viel beachtet.
All denen, die das Buch gelesen haben (und natürlich auch allen anderen) und fasziniert waren vom soziologisch-historischen Ausgrabungsspaziergang durch Los Angeles, sei auch **Das Schwein und der Wolkenkratzer** empfohlen. Mit einer ähnlichen Methode wie Davis macht sich der italienische Journalist Marco d'Eramo daran, Chicago zu erkunden.
Den Auftakt bildet ein Themenkomplex, in dessen Zusammenhang vielleicht viele das erste Mal etwas über Chicago gelesen haben: das Schwein und das Rind, bzw. seine Verarbeitung. Schon 1906 war Fleisch und die Verarbeitung von Tieren der wichtigste Industriezweig in Chicago, das Fließband von Henry Ford wurde den Tötungs- und Verarbeitungslinien der Schlächthöfe nachgeahmt.
Heute rühmt sich der Multi *McDonald's* (der auch aus Chicago stammt), in der ganzen Welt völlig identische Hamburger zu verkaufen. Der Handel mit Tieren, landwirtschaftlichen Produkten und die daran gekoppelte Entwicklung der notwendigen technischen Infrastruktur für Verwertung und Transport hat Chicago groß gemacht und geformt. Das Buch erzählt aber auch von der *University of Chicago*, wo die Wiege des Neoliberalismus der sogenannten Chicago-boys stand, von Al Capone, der ebenfalls in Chiago zuhause war oder von der klirrenden Kälte, die Chicago jeden Winter heimsucht.
Thema sind aber auch die notwenigen "Schattenseiten" des Kapitalismus, dem Wirtschaftssystem, das in den Vereinigten Staaten von Amerika fast schon Religion geworden ist. Das Bild des "melting pot" versagt in Chicago, wo heute fast 50 Prozent der Bevölkerung "farbig" sind, und in ihren eigenen communities ihre Kultur pflegen und lernten sich zur eigenen Sicherheit selbst zu organisieren, was z.B. in der Gründung der *Black Panther Party* (auch in Chicago) mündete. "In alten Zeiten hieß es, alle Wege führen nach Rom, in der modernen Zeit fahren alle Züge nach Chicago", schrieb ein Journalist 1884. Dies traf nicht nur auf die Fleischtransporte zu, sondern auch auf die Millionen von EinwanderInnen aus mehr als 25 Nationen zu, die um die Jahrhundertwende in Chicago ein und aufeinander trafen. 1910 waren mehr als zwei Drittel der Bevölkerung MigrantInnen der ersten oder zweiten Generation. D'Eramo betrachtet diese Migrationswelle vor allem vor dem Hintergrund der damaligen Arbeitskämpfe. Es war kein Geheimnis, daß MigrantInnen von Arbeitgebern immer wieder als StreikbrecherInnen benutzt werden. Und auch Antisemitismus gibt es. Menschen wurden von Arbeitgebern und dem Staat - besonders im Zusammenhang mit riots während Arbeitskämpfen - rassistisch stigmatisiert. Sacco und Vanzetti z.B., oder die Anarchisten, die als mutmaßliche Haymarket-Attentäter hingerichtet wurden, und von denen der überwiegende Teil nicht in Nord-Amerika geboren worden war, sie alle finden Eingang in D'Eramos Studie, wie überhaupt die Geschichte der Arbeiterbewegung Chicagos.
Das Buch liefert ein Panorama des Kapitals als gesellschaftlichem Verhältnis. Des Kapitals als dem Grund, der eine große Anzahl von Menschen und Material in kurzer Zeit von einem Ort zum anderen bewegt, der die Arbeiterklasse zusammensetzt und umwälzt, der aus dem Nichts eine blühende Stadt entstehen lässt (Chicago ist nur 130 Jahre alt), Industrieareale errichtet und sie nach zwei Generationen wieder verschrottet. D'Eramo zeigt, wie Börse und Holzproduktion, wie die politische Ökonomie der Entfernung mit der Herausbildung von Konsumnormen und Mentalitäten zusammenhängt, wie verflochten Gewalt und Ökonomie sind und wie die zwei Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse Kapital und Rassismus ineinanderverschränkt sind. Mit der Analyse des Patriarchats hapert es etwas, dieses wird zwar ab und an erwähnt, aber nicht speziell untersucht. D'Eramo analysiert, und das ist nennswert, wie gesellschaftliche Naturverhältnisse mit kapitalistischer Organisation und Herrschaft zusammenhängen und sich wechselseitig beeinflussen. Nur ein Beispiel für die Schaffung von Wirklichkeit, die die herrschaftsförmige und kapitalistische Zurichtung von Natur zustandebringt: Das Warentermingeschäft mit Nutzpflanzen (wie Weizen) und Tieren (wie Rindern) verlangt eine Einheitlichkeit dieser Produkte. Sie müssen zu einem bestimmten Zeitpunkt in der Zukunft schon heute nenn- und bewertbare Eigenschaften haben. Also werden sie bewertet, vermessen und in Kategorien eingeteilt. Aus Tieren und Lebensmitteln werden Waren - und nur die der Warenförmigkeit entsprechenden Tiere und Pflanzenprodukte werden gehandelt. Am Schluß dieses Prozesses steht der Umstand, daß es andere als die neu geschaffenen Getreidesorten oder Rinderarten kaum noch gibt; die Verordnung also die ihr entsprechenden Tatsachen erst produziert.
Das Buch liefert am Beispiels Chicago nahezu eine Sozial- und Wirtschaftsgeschichte der USA, es ist sehr anschaulich geschrieben, noch dazu unterhaltsam und es macht viel Spaß es zu lesen. Für mich das bislang interessanteste Buch in diesem Jahr. Der hohe Preis ist etwas schade, dafür bekommt mensch aber ein richtiges gebundenes Buch, in dem auf fünfzig Seiten mehr steht, als in einem Jahrgang mancher Internationalismuszeitschrift.

Marco d'Eramo: Das Schwein und der Wolkenkratzer. Chicago, eine Geschichte unserer Zukunft, Antje Kunstmann Verlag München 1996, 453 Seiten, 45 DM

Alltagsforschung

Männer

Manchmal scheint er fast ausgestorben zu sein, der Typ des ungebrochen machohaften Mackers. Erst recht in der, wenn auch sehr heterogenen, linken Szene. Dort hat eher die verunsicherte, sich selbst bemitleidende und bestenfalls feministisch gelehrige Variante Konjunktur, oder anders gesagt, Männer, denen das Fundament bröselt auf dem sie stehen, die aber doch lieber reglos und unglücklich darauf verharren, und Jahre ihres Lebens damit verbringen abzuwägen, was Bewegung oder Veränderung bedeuten könnte, geistig wie emotional wie körperlich.

Es gibt aber doch Exemplare, die mit erschreckender Offenheit zugeben, daß sie dieses Problem gar nicht erst *haben*. Zu diesen Exemplaren gehört Wiglaf Droste. Möge sich doch die Gesellschaft verändern, die Geschlechterverhältnisse verschieben, die Bedingungen für die männliche Identität sich mindestens verkomplizieren, Wiglaf Droste bleibt unverblümter Chauvinist und immer in Sorge um die Darstellung der männlichen Potenz.

Dies stellte er wieder (taz 8.4.97) mit seiner Replik auf Elke Heidenreich unter Beweis. Die Ursache: Elke Heidenreich hat in der letzten Ausgabe des Kursbuches unter dem Titel "Männer" einen Artikel verfaßt. Dort beschreibt sie sehr treffend "Männerfreundschaften", und daß es demnach als "Grundwahrheit" gelten kann, daß es solche gibt. Der Artikel endet mit demZitat, übrigens auch das Werbezitat in den Rowohlt-Anzeigen: "Jeder (Mann) träumt heimlich von der Zauberfee. Was ist das eine Zauberfee? Eine Frau, die sich unmittelbar nach dem Vögeln in einen Kasten Bier und fünf Freunde verwandelt."

Das kann ein Mann wie Wiglaf Droste nicht unwidersprochen stehen lassen. In der taz, Titel: "Fauler Zauberfeenzauber" nimmt er dies zum Anlaß, deutlich in seiner Männerehre gekränkt, Elke Heidenreich zu zeigen was eine publizistische Harke ist. Zum einen sei doch wohl klar, daß drei halbe Liter pro Mann ausgesprochen "knickerig" sei und nur zu einer "Trockenübung" führen könne. Aha, der wahre Mann schluckt natürlich einiges weg. Darauf folgt die obligatorische Distanzerklärung zur Homosexualität: "Oder sieht Elke Heidenreich den Beischläfer als klassischen Zwanzig-Bier-Homosexuellen, der den Kasten Bier erst austrinkt und dann mit seinen Freuden vögelt? Und welcherart? ... Kann das gelingen? Und ist das dann noch Freundschaft?" Aha, der wahre Mann ist nicht schwul.

Der Versuch als Frau Sexualität zu karikieren, muß natürlich scheitern, ist aber positiv hervorzuheben, ist doch die ganze Frauen-Literatur lediglich in der Lage, die "angefeuchtete, kitschige 'Salz-auf-unserer-Haut'-Prosa zu verfertigen, einen verrucht sein sollenden, diseusevulgären Femme-fatale-Jargon zu pflegen oder rotzlöffelig auf dem Girlie-Ticket zu reisen."

Da kann frau sich nur noch gelangweilt zurücklehnen und sich beruhigt anderen Dingen zuwenden. Männer haben sich unbestritten eine gewisse Verhaltenspalette angeeignet, deren gemeinsames Wesensmerkmal die selbstherrliche Ignoranz ist, was häufig unter ganz schwierigen Konstrukten vergraben ist. Wiglaf Droste ist da so anspruchslos und unverbildet in seinem holzschnittartigen Sexismus, und schließlich hat Elke Heidenreich nichts anderes beschrieben.

"Männerfreundschaften, Überlegungen zu zwei Grundwahrheiten" von Elke Heidenreich, in Kursbuch "Männer", Heft 127, Rowohlt Berlin, März 1997, 18 DM. (qualitativ gemischt, von lesenswert: - Karin Wieland, Deutsche Dandys - bis zu unsäglich: Daphne Patai, Heterophobie, Feministinnen contra Männer)

Leserinbrief

"... scharf, aber niemals ätzend."

Zum Kongreßbericht über die PDS-Konferenz, FORUM 210/97

Den Kongreßbericht von Bernd Hüttner zur PDS-Konferenz "Nachhaltige Entwicklung - Ein Fahrplan für linke Politik?" (Anfang Februar in Hannover - mit Fragezeichen im Titel!) möchte ich dringend korrigieren und ergänzen. Über die Eingangsreferate, die Bernd naiv bis inhaltlich langweilig nennt, ließe sich natürlich trefflich streiten.

Ich persönlich bin von Elmar Altvater als dem Kritiker der Nachhaltigkeitsdebatte ziemlich enttäuscht, wenn er den AutorInnen von "Zukunftsfähiges Deutschland" quasi unterstellt, sie wären radikal kapitalismuskritisch - ohne dies überhaupt zu wissen und zu wollen. Aber wenn wir die Nase mal nicht ganz so hoch oben tragen: die Eingangsreferate der BUKOs waren nun auch nicht immer aufregend, neu und radikal. Böswillige BeobachterInnen der BUKOs hätten sich bestimmt ohne große Anstrengungen profilieren können, indem sie sich in diese Referate verbissen hätten... .

Über das Diskussionsklima in der Arbeitsgruppe "Der Traum vom Umweltraum - linker Politikansatz oder Illusion?" kann ich mich nur absolut erfreut äußern. Die BUKO-Schwertfisch-Position, so wie ich sie in Thesen zugespitzt hatte, wurde sehr kontrovers und lebendig diskutiert, auch scharf, aber niemals ätzend. Ich hatte dabei durchweg das Gefühl mit Leuten zu tun zu haben, die ihre Standpunkte und ihr Politikverständnis an das Thema Nachhaltigkeit rantragen und dort zur Diskussion stellen. Eine politische Naivität in dem Sinne, daß die Begriffe Ökologie und soziale Gerechtigkeit hinreichen, um über die Akzeptanz dieses Konzeptes zu entscheiden, könnte ich wirklich kaum einer/einem der TeilnehmerInnen nachsagen.

Das Nachhaltigkeits-Positionspapier von André Brie & Co ist nun in der Tat rattenschlecht und repräsentiert sicher einen realpolitischen bis zynisch-abgezockten Flügel in der PDS. (Von den VeranstalterInnen in Hannover würde das auch niemand bezweifeln - deshalb ja der Kongreß!) Aber über die PDS insgesamt wüßte ich nicht viel zu sagen - so wie ich ja auch über den BUKO insgesamt nichts zu sagen wüßte! (Wie weit ist eigentlich die Schwertfisch-Position wohl im Gesamt-BUKO verankert? Na?)

Die Teilnahme an dem PDS-Kongreß hat mir aber schwer Mut gemacht, mit unseren, das heißt den Schwertfisch-Positionen weiterzumachen und weiterzustreiten, und das ist doch 'ne Menge, oder? Eine Zusammenarbeit mit den VeranstalterInnen des Kongresses könnte ich mir u.U. gut vorstellen. Um so bedauerlicher finde ich es, daß die Kongreßberichterstattung von Bernd den "kritischen" BUKO der "naiven" PDS gegenüberstellt und ich hoffe diesen Eindruck durch meinen Brief etwas zurecht zu rücken.

Helga Eblinghaus, Wuppertal

Calvin and Hobbes

BLIPP
PLITSCH
PLUTSCH
BLOPP

Gegenmacht

frei nach Watterson

Cleaver sagt, wir sollten keine Zeit mehr mit **Analysen** verschwenden ...

... sondern uns militant **organisieren**

He, machen wir einen **Kongreß** zusammen?

Wir **pfeifen** auf deine Kongresse. Wir suchen jetzt die direkte Konfrontation.

In diesem Schlammloch?

Wir graben nach den **Wurzeln** der 68er Bewegung!

Wie attraktiv! Wie modern!

Mit der Scheiß Dekonstruktion wollt ihr euch bloß vorm **Handeln** drücken!

Okay, Mister Che Guevara' Schick' mir 'ne Postkarte aus dem Untergrund!

Ich **zeig** dir was aus dem Untergrund!

Was denn? Den mumifizierten Schwanz von Rudi Dutschke?

Hier, du Bürgerschnepfe!

Daneben, du Ödipal-Revoluzzer!

Das ist sie, die soziale Bewegung der **Zukunft**! Konfliktoffen! Unverblümt! Stark! Sexy!

HALT DEN RAND

Zeitschriftenschau

Politische Ökologie, iaf-informationen, Arranca!, ila und Jugendaktionsheft Umwelt 1997

Mit "*Ausgespielt - Arbeit und Umwelt im Standortpoker*" hat die sehr, sehr betuliche **Politische Ökologie** ihre 50. Ausgabe vorgelegt. Das Heft enthält Beiträge zur Beschäftigungswirkung von Umweltschutz, zu Arbeitslosigkeit und den Perspektiven einer "Umwelt und Arbeit" einschließenden Politik. Arbeit jenseits der klassischen Erwerbsarbeit spielt in einigen Beiträgen des Heftes eine Rolle. Der grundsätzliche Tenor ist vor allem konstruktiv, da "Politik, Wirtschaft und Interessenverbände" einen "hilflosen Aktionismus" betreiben würden. Als ob das größte Problem ist, daß die Herrschaftseliten oder der Staatsapparat phantasielos seien (zumal sie das natürlich nicht sind). *Politische Ökologie* spielt für einen modernen, herrschaftskritischen sozialökologischen Diskurs keine Rolle. Da es aber nur Ökologiezeitschriften gibt, die genauso uninteressant oder politisch noch harmloser sind (Ausnahmen bitte bei der Redaktion melden!), wird mensch nicht umhin kommen, in die PolÖk ab und zu einen Blick zu werfen (102 S., 19,80, bei pan-adress-Leserservice, Semmelweisstr. 8, 82152 Planegg).
Das Heft 1/97 der **iaf-Informationen**, der Zeitschrift des *Verbandes binationaler Familien und Partnerschaften* hat den Schwerpunkt Beratung. In der Ausgabe finden sich Artikel zu Beratungsalltrag und -praxis, zu lesbisch-schwuler Paarberatung, zum "Innenleben" einer Beraterin oder zu Mediation als Mittel bei Konflikten. Ferner, wie in jedem Heft, "iaf-intern", Buchtips und anderes. Ein mehr als peinlicher Faux-pas ist die zustimmende Besprechung eines Buches von Peter Schütt aus dem neu-rechten MUT-Verlag (S. 25). Autor der Besprechung ist Ulrich Nehls, der "Leiter des norddeutschen Büros von Aktion Courage-SOS Rassismus in Mölln" (!) (32 S., 6 DM incl. Versand, iaf e.V., Ludolfusstrasse 2-4, 60487 Frankfurt).
Eine insgesamt schwache Ausgabe zu Neoliberalismus (auch im Verhältmis zur Nummer 10, die ebenfalls Neoliberalismus zum Schwerpunkt hatte) hat die linksradikale Zeitung **Arranca!** in ihrer Ausgabe 11 vorgelegt. Unter dem Schlagwort 'Neoliberalismus 2' findet sich ein Sammelsurium von Artikeln (u.a. zu Telearbeit international, Italien, Westeuropäische Währungsunion), gräßliche Leserbriefe und -beiträge und ein annehmbarer Reportagen- und Kulturteil. Ob aus dem linksradikalen Ansatz von *F.e.l.S.* (Für eine linke Strömung), die *Arranca!* herausgeben, nach vier Jahren etwas die Luft raus ist? Schade wär's ja (80 S., 6 DM plus Porto, Arranca!, c/o Buchladen Schwarze Risse, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin).
Mit dem Internet beschäftigt sich die aktuelle Ausgabe der **ila** (Nr. 204). Unter dem schnieken Titel "*http://www/...*" hat die *ila* Beiträge zu Internet und/in Südamerika bzw. der "3. Welt" zusammengestellt. Im einzelnen gibt es eine Einführung für Nicht-UserInnen, die Diskussion um die Nachteile des Netzes und um eine "subversive" Nutzung. Desweiteren werden alternative Netze vorgestellt und ein Interview mit dem argentinischen Netzsüchtigen Oscar A. Prada zum besten gegeben (60 S., 8 DM, Informationsstelle Lateinamerika, Heerstr. 205, 53111 Bonn, Tel.: 0228/65 86 139).
Jedes Jahr erscheint das **Jugendaktionsheft Umwelt**, die umfangreiche Adreß- und Terminsammlung der Jugendumweltbewegung. Von großen Umwelt-Jugendverbänden über unabhängige Projekte bis zu regionalen Umweltwerkstätten sind viele Einrichtungen verzeichnet, ebenso werden Kongresse, Seminare und Aktionen angekündigt. Das Heft liefert nicht mehr als es verspricht, nämlich Adressen. Die Inhalte fehlen etwas, dies scheint aber eines der (derzeitigen) Mankos der Jugendumweltbewegung widerzuspiegeln: Hauptsache bewegt, vernetzt und gutgefühlt, die Inhalte sind dabei nachrangig (68 S., gegen 4 DM in Briefmarken bei Projektwerkstatt, Hauptstrasse 12, 35781 Weilburg).

P.S.: Die in *FORUM* 210, S. 41 für Februar 1997 angekündigte Abschieds-Ausgabe der **links** ist bis dato noch nicht erschienen. Wir warten - wie viele andere - immer noch gespannt. Die Chancen, daß dieses Heft jemals noch erscheint, dürften mittlerweile aber gegen Null gehen ...

Bernd Hüttner

SHORT CUT

Impressum

alaska ist die Zeitschrift der entwicklungspolitischen Aktionsgruppen in der Bundesrepublik Deutschland, die sich im Rahmen des Bundeskongreß (BUKO) organisieren.

Herausgeber:
Verein zur Förderung entwicklungspädagogischer Zusammenarbeit e.V., Nernstweg 32-34, 22765 Hamburg, Tel.: 040-39 31 56

Redaktionsanschrift: alaska, Buchtstr. 14-15, 28195 Bremen, Tel.: 0421-32 51 56, Fax: 0421-33 78 177

RedakteurInnen: Claudia Bernhard, Iris Bockermann, Franck Düvell, Bernd Hüttner, Kai Kaschinski, Christoph Spehr, Katharina Vogelmann

MitarbeiterInnen: Romuald Leonhardt

Anzeigen: Bernd Hüttner

Druck: Gegendruck, Dragonerstr. 57, 26135 Oldenburg

Bezugsbedingungen:
alaska erscheint sechsmal pro Jahr.
Das Jahresabo kostet:
Normal 55,- DM
Institutionen 80,- DM
Ermäßigt 44,- DM
Soli 80,- DM
Ausland-EU 85,- DM
Ausland-Übersee 120,- DM
Bei Abnahme mehrerer Exemplare (Gruppen) oder Kommissionsverkauf (Buchläden) gibt es 20% Rabatt.

Zahlungen nach Rechnungserhalt auf das unten angegebene Konto.
Kündigungen per sechs Wochen zum Jahresende, nicht gekündigte Abonnements verlängern sich um ein Jahr.

Sonderkonto:
FORUM, Nr.: 6669-209
bei PGA Hamburg, BLZ 200 100 20

Nachdruck erwünscht, bitte Quelle angeben und Belegexemplar schicken.
Beiträge, die Mitgliedsgruppen des BUKO oder anderer LeserInnen werden, soweit redaktionell möglich, abgedruckt.
V.I.S.d.P.: Claudia Bernhard
Für namentlich gekennzeichnete Beiträge sind die entsprechenden Personen bzw. Gruppen verantwortlich.

Postvertriebsstück
Entgelt bezahlt
H 11673 F
alaska
Buchtstraße 14/15
28195 Bremen

12/ 98/ 1/212/ 836

Infoladen
Koburger Straße 3

04277 LEIPZIG

»So fühlt sich's an, wenn man eine Entscheidung trifft!«

(William Gibson, »Idoru«)

FISCHBUCH

Es ist soweit. Am 26.05.97, rechtzeitig zum BUKO 21, erscheint das

Schwertfisch: Zeitgeist mit Gräten.
Politische Perspektiven zwischen Ökologie und Autonomie.

mit Beiträgen von: Claudia Bernhard, Helga Eblinghaus, Bernhard Fedler, Bernd Hüttner, Kai Kaschinski, Ulla Peters, Christoph Spehr, Armin Stickler, Heinz-Jürgen Stolz

zu: Politisierung der Subsistenz, Solibewegung 2000, Tünche für den Standort, Baumkänguruhs, nachhaltiger Antifeminismus, Frösche und Schlangen, Alexandra, SCHWUPS, Abwicklung, gesellschaftliches Naturverhältnis, Demokratiekritik u.v.a.m.

Dieses Buch kann man/frau kaufen (Preis ca. 20 DM)

Kann man/frau aber auch geschenkt bekommen!

Zur Feier des neuen Namens gibt's für jede neue Abonnentin und jeden neuen Abonnenten ein FISCHBUCH gratis. Schwimmt frei ins Haus. Einfach ausfüllen und einsenden, faxen oder anrufen. Ab jetzt und solange Vorrat reicht. Also: Zeit für eine Entscheidung!

Ich will ein ABO der alaska!
(und bekomme dafür ein Fischbuch gratis)

Name: ____________________

Adresse: ____________________

evtl. Telefon für Rückfragen: ____________________

O Normalabo Inland 55,- DM/Jahr
O Institutionenabo Inland 80,- DM/Jahr
O sonstiges Abo (siehe Impressum): ____________________

Ort, Datum, Unterschrift: ____________________

einsenden an: alaska, Buchtstr. 14/15, 28195 Bremen